

DOKUMENTE DES FORTSCHRITTS

Internationale Revue

Herausgegeben von Professor Dr. R. Broda-Bern

8. JAHR

OKT. 1915



**Organ des Instituts für internationalen Austausch
fortschrittlicher Erfahrungen und des Bundes
für Menschheitsinteressen und Organisierung
:: :: :: :: menschlichen Fortschritts :: :: :: ::**

Akademische Buchhandlung von Max Drechsel in Bern

Jährlich 4 Hefte für 5 Mark (5 Fr.). Mit der WOCHEN-Ausgabe „Die Menschheit“ zusammen: Jährlich 10 Fr. in der Schweiz, 10 Mark in Deutschland und 12 Fr. in den anderen Ländern. Einzelhefte der „Dokumente des Fortschritts“ 1 Fr. 50 Cts. (1 Mk. 25 Pfg.), Einzelnummern der „Menschheit“ 10 Rappen (10 Pfennig). :: :: :: ::

INHALT:

Besitzt die Menschheit hinreichende Organe für Erforschung und Wahrung ihrer Gemeinschaftsinteressen? Eine Erklärung der Gegenwartswirren und ein Versuch zu ihrer Lösung von Prof. Dr. R. BRODA.

I. Kapitel.	
Einige soziologische Grundbegriffe	151
II. Kapitel.	
Die Menschheit vor der Entwicklung zur innern Einheit	159
III. Kapitel.	
Das Zusammenwachsen der Menschheit zu einem sozialen Organismus . . .	162
IV. Kapitel.	
Die Unzulänglichkeit der internationalen Zentren für Regelung der Menschheitsfragen	170
V. Kapitel.	
Wie kann der Menschheitsorganismus gesunden?	176
VI. Kapitel.	
Menschheitsbewusstsein und Menschheitswille	182
VII. Kapitel.	
Einige einleitende Gesichtspunkte zur Frage der zweckmässigsten Form der zwischenstaatlichen Organisation	193
VIII. Kapitel.	
Was lässt sich aus einer kritischen Betrachtung der Kriegsursachen der Vergangenheit für die Frage des Bedürfnisses nach den verschiedenen zwischenstaatlichen Organen der Zukunft entnehmen?	198
IX. Kapitel.	
Uebersichtliche Darstellung der Verfassung des künftigen Staatenverbandes, wie sie sich auf Grund der im vorhergehenden aufgestellten Gesichtspunkte zu gestalten hätte	209
X. Kapitel.	
Schlusswort	223
Grundlagen der Friedensbewegung.	
Von PAUL OTLET, Direktor des Internationalen Bibliographischen Instituts zu Brüssel und Generalsekretär des Weltverbandes internationaler Vereine	226

BESITZT DIE MENSCHHEIT HINREICHENDE ORGANE FÜR ERFORSCHUNG UND WAHRUNG IHRER GEMEINSCHAFTSINTERESSEN?

Eine Erklärung der Gegenwartswirren und ein Versuch zu ihrer Lösung von Prof. Dr. R. BRODA, Bern.

I. KAPITEL.

Einige soziologische Grundbegriffe.



Im Folgenden soll zunächst gezeigt werden, dass die Menschheit als sozialer Organismus erst im Werden ist und dass die furchtbaren, alle menschlichen Gemeinschaften so tief berührenden Kämpfe der Gegenwart sich als Wirren dieser Uebergangsepoche darstellen.

Um diese Problemstellung zu erfassen, müssen wir zunächst Klarheit über das Wesen eines sozialen Organismus zu gewinnen suchen. Die Frage ist nicht einfach. Alle Soziologen haben sich mit derselben auseinandergesetzt, haben, wie Herbert Spencer, Paul von Lilienfeld, Alfred Espinas, René Worms, in der Gleichsetzung der wesentlichen Lebensfunktionen des sozialen und individuellen Organismus die Probleme der Soziologie aus denen der Biologie heraus erklären wollen oder, wie Alfred Fouillée, Emil Waxweiler und Adolphe Ferrière in kritischer Beleuchtung der von der erstgenannten Schule angeführten Identitätsmomente nachzuweisen gesucht, dass es sich nur um Analogien, wenn nicht gar Symbole, handle und dass zwischen Gesellschaftsorganismus und individuellem Organismus eine Reihe der tiefgreifendsten Unterschiede vorliege. Als solche führt Fouillée z. B. die Tatsache an, dass der Gesellschaft jene konstante und regelmässige Reihe von Lebenswandlungen (Kindheit, Vollkraft, Tod) fehle, die für den tierischen und menschlichen Organismus so charakteristisch sind.

Der junge Genfer Soziologe Ferrière kommt in vorurteilsloser Untersuchung beider Thesen*) zur Feststellung, dass die sozialen und individuellen Organismen wohl durchaus wesensverschieden sind, aber in ihrer Struktur eine Reihe von Gleichartigkeiten aufweisen, die dann wieder z. T. gleichartige Entwicklungsgesetze bedingen. Die sozialen wie die individuellen Organismen charakterisieren sich durch eine lebendige Verbindung lebendiger Teile (Zellen im Falle des individuellen, Individuen im Falle des sozialen Organismus).

Beiden Gruppen der Organismen ist es eigen, sich a) durch Arbeitsteilung oder Differenzierung der Funktionen, b) durch Wechsel-

*) La loi du progrès en biologie et en sociologie et la question de l'organisme social, Paris, Giard & Brière, 1915, 680 Seiten.

beziehung dieser arbeitsteiligen Vorgangsweisen weiter zu entwickeln und eben hierin liegt das charakteristische Merkmal ihres organischen Fortschritts.

Ferrière begründet dann in tiefschürfender Analyse des der Entwicklung der verschiedenen Organismen Gemeinsamen, dass die individuellen wie die sozialen Organismen, um immer weitergehende Arbeitsteilung und immer weitergehende wechselseitige Stützung all dieser Lebensfunktionen zu erlangen, mehrerer Bedingungen bedürfen, so vor allem, dass sich zwischen ihren Bestandteilen fixe Beziehungen ausbilden, die eine Gleichgewichtsstörung hintanhaltend und dass eine hierarchische Ordnung die einzelnen Arbeitsweisen verkettete und den gemeinsamen Lebenszwecken dienstbar mache.

Abgesehen von der unendlichen Verschiedenartigkeit aller Organismen in materieller Beziehung (man denke an Pflanze, Tier und Mensch, an Ameisenstaat und Büffelherde, an Jägerstamm und Kulturstaaatenverband, an Religionsgemeinschaften und politische Parteien usw.), die naturgemäss zu mannigfachen Werturteilen in ethischer, ästhetischer und utilitaristischer Beziehung, wie auch vom Standpunkte der Entwicklungslehre Anlass gibt, lassen sich die Organismen auch in Beziehung auf die Vollkommenheit ihrer innern Struktur werten; diese kann auch dann vollkommener sein als die eines andern, ob auch die Lebewesen, die den Organismus bilden, als solche in der organischen Entwicklungsreihe tiefer stehen. Gewiss stehen die Insekten individualbiologisch unter den Säugetieren und den Menschen, trotzdem aber ist der Ameisenstaat als Organismus feiner und höher ausgebildet als Büffelherde und Jägerstamm. Gewiss hat die moderne Bewegung für ethische Kultur, aus der Fülle der modernen Kultur schöpfend, höhere geistige Werte entwickelt als der Islam oder selbst die katholische Kirche; als vollausgebildete ethisch-religiöse Organismen stehen jedoch zweifellos die beiden letztgenannten Kirchen hoch über der werdenden ethischen Kirche mit ihrer noch unvollkommenen arbeitsteiligen Fürsorge für Befriedigung der einzelnen psychischen Bedürfnisse.

Gerade das letztere Beispiel zeigt uns augenfällig, dass der Begriff des Organismus an sich nicht als ein scharf abgegrenzter anzusehen ist, dass es vielmehr unendlich viele Zwischenstufen werdender Organismen gibt, ohne dass es ohne Willkür stets möglich wäre zu sagen, ob eine Verbindung von Individuen in einem speziellen Falle überhaupt schon hinreichend festgeworden sei, um von einem Organismus zu sprechen. Die katholische Kirche hat zweifellos alle Begriffsmerkmale eines hochentwickelten, arbeitsteilig entfalteten, durch eine ausgebildete Hierarchie zu einer wahren Einheit gewordenen Organismus; beim Verbands der ethischen Kirchen Amerikas oder Englands lässt sich das Gleiche, wenn schon in minderm Grade, sagen, bei der ethischen oder monistischen Bewegung Deutschlands liegt schon eine viel losere Bindung vor, bei der Freidenkerbewegung ist sie nur mehr ganz rudimentär, bei den an Zahl alle anderen freigeistigen Gruppen so weit überragenden und immerhin auch durch eine starke gemeinsame Grundanschauung verbundenen Agnostikern liegt so gut wie gar kein Ansatz zur Bildung eines wahren Organismus vor.

Gerade dieser Gesichtspunkt hinsichtlich der vielen mehr oder minder losen Verbindungen zwischen Einzelpersonen oder sozialen

Gruppen, die sich erst allmählich zu einem wahren Organismus mit ausgebildeter Arbeitsteilung und wechselseitiger Unterstützung aller Teile zusammenschliessen mögen, wenn die Bedingungen hierfür günstig geworden sind, wird uns später für die Erforschung des Problems, inwieweit die Menschheit bereits einen lebendigen Organismus bilde, von Wichtigkeit sein.

* * *

Bei den höhern Organismen der rein menschlichen Sphäre wären wohl noch einige konstitutive Merkmale vollkommener Struktur den von Ferrière angegebenen, für alle Organismen auch tierischer Sphäre geltenden Merkmalen beizufügen.

Wenn den Individuen, die einen solchen Organismus bilden, das Bewusstsein ihrer Verbindung zu einer höhern sozialen Einheit, das Bewusstsein ihrer Interessengemeinschaft und der Wille zu deren solidarischer Befriedigung eigen ist, wenn Organe für diese Vertretung der Gemeinschaftsinteressen erwachsen sind oder bewusst geschaffen wurden, dann wird die Erreichung jener Ziele, denen die organische Verbindung der Einzelwesen zum in Frage stehenden Organismus dient, unendlich erleichtert werden. Das deutsche Volk bildet eine solche Vereinigung von Individuen, die volles Bewusstsein dieser Einheit, klare Erkenntnis der Gemeinschaftsinteressen und energischen Willen zu deren solidarischer Befriedigung besitzen und aus diesem Willen heraus eine grosse Reihe von Verbänden für Wahrung der einzelnen wirtschaftlichen und Kulturinteressen als arbeitsteilige Organe der Volksgemeinschaft geschaffen haben. Die Untertanen des russischen Reiches besitzen nicht das gleiche Bewusstsein von einer höhern sozialen Einheit, der sie angehören, von wahren Gemeinschaftsinteressen, sie haben nicht in gleichem Grade den Wunsch, alles für die Befriedigung dieser Gemeinschaftsinteressen einzusetzen, sie haben nicht gleich vollkommene Organisationen für Erfüllung der verschiedenen kulturellen und sozialen Notwendigkeiten aufgebaut und darum ist der soziale Organismus „Deutschland“ in sich gefestigter und darum auch nach aussen wirkungsstärker als der soziale Organismus „Russisches Reich“. Im vorliegenden Beispiel wirkt allerdings die straffere Organisierung in gleicher Richtung wie die grössere Kulturhöhe der Individuen. Aber die Problemstellung ist durchaus möglich ohne diese letztere Tatsache. Als das verhältnismässig kleine Preussen im siebenjährigen Kriege und dann wieder im Jahre 1866 sich dem gesamten übrigen deutschen Reich, resp. Bund als überlegen erwies, da ging dies durchaus nicht auf eine grössere individuelle Kulturhöhe der Preussen gegenüber den Bewohnern der alten deutschen Kulturgebiete zurück; im Gegenteil, es war nur die schärfere Zusammenfassung des preussischen Staatsorganismus mit seinem einheitlichen Willen und seinen klar ausgebildeten arbeitsteiligen Organen gegenüber den zersplitterten Fürstentümern und Städten Alt-Deutschlands mit ihrem Mangel an Einheitsbewusstsein und einheitlichen Organen, die ersterm den Sieg verbürgten.

Einheitsbewusstsein und einheitliche Organisation

sind überaus wertvolle Faktoren für Interessenbefriedigung und Machtentfaltung. *)

* * *

Eine weitere, für die Durchsetzung im Lebenskampfe überaus bedeutsame Eigenschaft ist in gleicher Weise für Individuen wie für soziale Organismen gültig: das Zweckbewusstsein. In gewissem Grade kann ja gesagt werden, dass es die Grenzscheide zwischen Tier und Mensch bilde. **) Das Tier folgt seinen Instinkten, der Mensch lässt sich wohl auch in sehr vielen Fällen von Instinkt, Routine und von den Vätern ererbter Handlungsweise leiten, aber er denkt doch mehr und mehr über seine physischen und geistigen Bedürfnisse und Wünsche nach und sucht mehr und mehr nach den zweckentsprechendsten Methoden ihrer Befriedigung. Von der Durchdringung seines Wesens mit Zweckgedanken hängt seine Leistungsfähigkeit in weitestgehendem Grade ab. Seine Fertigkeiten selbst werden wesentlich bestimmt davon, ob seine Eltern und die soziale Gemeinschaft, der er angehört, diesen Zweckgedanken auf seine Erziehung angewandt und ihn zur Aneignung entsprechend nützlicher Kenntnisse angehalten haben, oder ihn einfach zügellos heranwachsen liessen. Seine Produktivkraft hängt dann wieder wesentlich davon ab, ob er seine Produktionsmethoden einfach denen des Vaters nachbildet (wie es der europäische Bauer überwiegend tut) oder ob er über das wirtschaftliche Ziel seiner Arbeit klar nachzudenken und die entsprechenden, von der neuzeitlichen Technik anheimgegebenen Methoden für die im gegebenen Falle grösste Rentabilität versprechende Art der Bodenbewirtschaftung anzuwenden sich entschliesst (wie das der amerikanische Farmer tut und so ein Vielfaches des Bodenertrages im Vergleich mit den osteuropäischen Bauern als seinem Widerspiele in dieser Richtung erreicht).

Zweckbewusstsein und bewusste Lebensgestaltung sind von gleicher Wichtigkeit bezüglich aller anderen Fragen des Einzel Lebens in der Erwerbung von subjektivem Glück oder Leid. So ist z. B. die individuelle Fürsorge für das Alter durch Ersparnis oder Versicherung oder die kollektive Fürsorge durch Sozialversicherung ein Faktor, der unendlich viel Leid, das bei der rein instinktmässigen Lebensführung, dem Aufzehren der eben erworbenen wirtschaftlichen Güter eintreten muss, vermeidet.

Die Durchdringung mit Zweckgedanken — sowohl was Individuen als auch was Völker anlangt — muss im übrigen durchaus nicht mit der sonstigen Kulturhöhe Hand in Hand gehen. Der West-Europäer ist im grossen und ganzen kulturell verfeinerter als der Amerikaner, aber vermöge seines grösseren Zweckbewusstseins hat der letztere eine so unendlich grössere Vermehrung seiner wirtschaftlichen Güter im Laufe des letzten Jahrhunderts erzielen können. Der Arier steht in vielen geistigen Beziehungen über dem Semiten, der moderne Franzose

*) Siehe im VI. Kapitel die Anwendung dieses für alle Organismen geltenden Gesichtspunkte auf unser Spezialproblem des Menschheitsorganismus.

**) Siehe die scharfsinnigen Untersuchungen darüber in Müller-Lyers Schrift: Der Sinn des Lebens. München, Verlag Lehmann.

etwa ist gewiss im Durchschnitt ein geistig, sittlich, ästhetisch höher entwickeltes Lebewesen als der osteuropäische Jude. Wenn man jedoch 10,000 Franzosen und ganz gewiss, wenn man 10,000 Italiener neben 10,000 osteuropäischen Juden auf irgendwelchen Neulandboden (Amerika) oder selbst in irgend ein anderes Milieu stellt, in dem die rechtliche Bewegungsfreiheit für beide Rassen die gleiche ist, so wird nach zwei Generationen nicht bloss der überwiegende Reichtum, sondern auch die starke Mehrzahl der politisch und sozial leitenden Stellungen in Händen der Juden sein. Amerika (und in weniger scharfer Ausbildung auch jene europäischen Länder, die wie Ungarn alle in Recht und Volkssitte begründeten Benachteiligungen der Juden aufgehoben haben), sind klare Beispiele für die Richtigkeit dieser These. Sie erklärt sich aus dem grössern Zweckbewusstsein der Juden, wie es im harten Lebenskampfe der Ghettojahrhunderte sich herausbildete.

Im Wettkampf der Staaten wieder hat das deutsche Reich durch seine klare Erfassung der Zweckgedanken und durch seine systematische Ordnung aller Verhältnisse im Hinblick auf diese plastisch geschauten Ziele soviel militärische und politische Ueberlegenheit gewinnen können. Der Angelsachse hat nur im überseeischen Neuland sich gleiche Zweckbegabung angeeignet, auf den britischen Inseln ist er Greifbarkeits-Empiriker geblieben, führt nur jene Reformen durch, die einem bereits fühlbar gewordenen Bedürfnis entsprechen, während es ihm widerstrebt, vorauszuberechnen, welche künftigen Bedürfnisse vielleicht schon Opfer und Einrichtungen der Gegenwart heischen. So baut er seine Wehrkraft erst jetzt mitten im Kriege aus und kommt auf Schritt und Tritt dadurch in Nachteil, dass er die entsprechenden Vorkehrungen nicht lange vorher planmässig entwickelt hat. Zweckbewusstsein und Planmässigkeit sind, wie aus all diesen Beispielen wohl klar hervorgeht, weitere entscheidungsvolle Faktoren für den Sieg der Organismen im Daseinskampf.*)

* * *

Hängt so die Leistungsfähigkeit eines sozialen Organismus von seinem Entwicklungsgrade ab, so kann in der Mehrzahl der Fälle doch vorausgesetzt werden, dass seine wichtigsten Momente in gleichem Grade ausgebildet sind, so vor allem, dass dem Grade der Arbeitsteilung und innern Wechselbeziehung der Teile auch der Ausbildungsgrad der Organe, welche all diese Lebensfunktionen ordnen und regeln, entspreche. In Ausnahmefällen allerdings mögen Wachstumsstörungen eintreten, die etwa die Ausbildung entsprechender regelnder Organe verhindern, während die zu regelnde Arbeitsteilung und die zu regelnden Wechselbeziehungen bereits weit vorgeschritten sind. Der natürliche Ausgleich pflegt ja allerdings nach einer gewissen Zeitspanne einzutreten, aber solche Uebergangsperioden bringen für die Zeit, während der sie eben währen, schwere Unordnung und Zerrüttung mit sich und schaffen Verhältnisse, unleidlicher, als wenn die Entwicklung zum

*) Siehe hierzu die Ausführungen des VI. Kapitels.

Organismus, Arbeitsteilung usw. noch gar nicht eingesetzt hätte. Einige Beispiele mögen diese Wirrnis der Uebergangsperioden, die in direktester Beziehung zum Hauptthema dieser Studie stehen, veranschaulichen.

Gegen Ausgang des Mittelalters hatte sich z. B. in Deutschland (aber ähnliches gilt von mehreren anderen Ländern) eine weitgehende wirtschaftliche Arbeitsteilung vollzogen. An Stelle der lokalen Produktion für den Eigenbedarf traten blühende Industrien, welche für den ganzen Markt des Landes arbeiteten. Handelsbeziehungen spannten sich von einer Grenze zur andern und über sie hinaus, Städte erwuchsen . . . Aber eine einheitliche Reichsgesetzgebung, Organe für Sicherung des von Stadt zu Stadt, von Provinz zu Provinz gehenden Handels gegen Plünderung durch Raubritter und Willkür der Fürsten fehlten. Solange jeder kleine Landstrich sich selbst genügte und die Beziehungen zum Nachbarlandstrich lose waren, mochte die politische Zersplitterung ruhig hingehen. Aber die Arbeitsteilung und Wechselbeziehung im Innern des Landes setzte auch einheitliche politische Gestaltung voraus, sowie sie ja später sich blühend entfaltet hat. Die Uebergangsperiode war von Streit und Hader erfüllt. *)

Ein anderes Beispiel. In den amerikanischen Grossstädten blüht wirtschaftliche Tätigkeit in weitgehender Arbeitsteilung. Aber eine planvolle Regelung des Gemeindelebens kann ob der Parteikämpfe und der bestechlichen, unfähigen Verwaltung seitens der durch einen Parteitriumph emporgetragenen Demagogen sich nicht recht entwickeln. Die in Arbeitsteilung und Wechselbeziehung hochentfaltete Wirtschaft entbehrt der entsprechenden regelnden Organe und dies wird von der Bevölkerung als peinvolle Last empfunden.

Das britische Reich mit seiner weitestgehenden Arbeitsteilung, welche die Grossindustrie auf den britischen Inseln und die Nahrungsmittelproduktion in den Ueberseegebieten konzentrierte, war hart daran, ein Parallelbeispiel zu liefern. Wäre das Kräfteverhältnis zu den Seestreitkräften der ihm feindlichen Nationen nur um ein klein wenig ungünstiger gewesen, so wäre ein Schulbeispiel weitgehender Arbeitsteilung bei unzureichender Sicherung der Verbindungen vorgelegen. Deutschland wieder umgekehrt war wohl gleichfalls auf dem Wege zu einer das Mutterland zu einer grossen Fabrik arbeitsteilig umgestaltenden Entwicklung und seine Verbindungen hätten im Ernstfall nicht zur Sicherung des Verkehrs hingereicht. Aber durch eine weise vorschauende Politik hatte es planvoll durch seine im damaligen Augenblick höchst unpopulären Getreide-Schutzzölle jene an sich nützliche, aber eben die Gefahr der Lebensstörung mit sich bringende Entwicklung zum arbeitsteiligen Industriestaat rechtzeitig verhindert.

Ein letztes Beispiel. Die Entwicklung der Grossindustrie mit ihrem Erwachsen eines zahlreichen hochspezialistischen Arbeiterstandes ist an sich als fortschrittlich zu werten. Aber sie brachte eine Reihe von Problemen (so die Loslösung des Industriearbeiters von seinem bei Arbeitskrisen Sicherheit gewährenden ländlichen Heim, Gefahr der Ueberarbeit der Frauen und Kinder, sozial ungünstige Teilung des Arbeitsproduktes zwischen ihm und dem Fabrikherrn), von denen z. B.

*) Siehe im III. Kapitel die gleichgerichtete Problemstellung der Gegenwart.

die beiden erstgenannten in Deutschland durch Sozialversicherung und Arbeiterschutzgesetzgebung gelöst wurden, während sie in den östlichen Industrieländern noch nicht gelöst sind und darum zu schweren Degenerationen der Rasse führen. Die drittgenannte Frage der zweckentsprechenden Teilung des Arbeitsertrages, resp. der Vermittlung des durch die arbeitsteilige Grossindustrie geschaffenen Reichtums an die in ihr persönlich tätigen Bevölkerungsschichten ist — ausser in gewissem Grade in Australien — noch nirgends gelöst. Die entsprechenden Organe, d. h. die notwendigen staatlichen oder genossenschaftlichen Betriebszentren, fehlen noch, die rein technisch-wirtschaftliche Entwicklung ist weit gediehen, ohne von der entsprechenden juristischen Entwicklung hinreichend nahe gefolgt zu werden und dieser Gegensatz bildet bekanntlich die soziale Frage unserer Zeit mit all ihren schweren Kämpfen und Erschütterungen.

Werdende Organismen oder auch solche Organismen, die einzelne Lebensfunktionen in hohem und andere nur in minderm Grade ausgebildet haben, sind also allüberall schwersten Spannungsmomenten und inneren Erschütterungen ausgesetzt. Sie sind ruheloser und die Lebewesen, die sie bilden, unter Umständen unglücklicher, als wenn die Entwicklung zum Organismus noch gar nicht eingesetzt hätte oder wenn die am weitest entwickelten Lebensfunktionen die minder entwickelten noch nicht überholt hätten.

In den folgenden Kapiteln soll versucht werden zu zeigen, dass die Menschheit sich eben in der Lage eines solchen werdenden Organismus befindet. Als die einzelnen Völker und Länder noch wirtschaftlich und geistig, politisch und militärisch ganz unabhängig von einander waren, mochten sie ruhig nebeneinander bestehen. Seit aber die wirtschaftliche Arbeitsteilung eingesetzt und die Notwendigkeit weitestgehenden Güteraustausches von einem Ende der Erde zum andern mit sich gebracht hat, seit die ganze Erde eine arbeitsteilige Betriebsstätte bildet, seit die Entwicklung des Verkehrs die Distanzen gebrochen, überall Beziehungen geschaffen und in tausend Hinsichten die Menschheit zu einer Einheit umgestaltet hat, da bedurfte es eben auch der all die neu erstandenen Interessen regelnden Gesetzgebung, der all die neu erstandenen Spannungen ausgleichenden Gerichtsbarkeit, der all die miteinander in Beziehung getretenen Machtzentren zum Frieden zwingenden internationalen Exekutivgewalt.*) Diese notwendigen Organe der menschlichen Einheit sind jedoch noch nicht vorhanden. Wichtige Gemeinschaftsinteressen bestehen, aber der Wille zu ihrer solidarischen Befriedigung, ja selbst das Bewusstsein einer Zugehörigkeit zur menschlichen Einheit fehlen**) und so mag jedes Volk Raubbau an den grossen Gemeinschaftsinteressen der Menschheit treiben, durch Annexionen oder Völkerhasspropaganda die Keime zu künftigen Kriegen, zu künftiger Verwüstung der Erde legen, bloss um irgendwelche relativ unwichtige Interessen der eigenen Gruppe zu befriedigen.

*) Siehe die nähere Ausführung im IX. Kapitel.

**) Wie im VI. Kapitel näher dargelegt werden soll.

Organismus, Arbeitsteilung usw. noch gar nicht eingesetzt hätte. Einige Beispiele mögen diese Wirrnis der Uebergangsperioden, die in direktester Beziehung zum Hauptthema dieser Studie stehen, veranschaulichen.

Gegen Ausgang des Mittelalters hatte sich z. B. in Deutschland (aber ähnliches gilt von mehreren anderen Ländern) eine weitgehende wirtschaftliche Arbeitsteilung vollzogen. An Stelle der lokalen Produktion für den Eigenbedarf traten blühende Industrien, welche für den ganzen Markt des Landes arbeiteten. Handelsbeziehungen spannten sich von einer Grenze zur andern und über sie hinaus, Städte erwuchsen . . . Aber eine einheitliche Reichsgesetzgebung, Organe für Sicherung des von Stadt zu Stadt, von Provinz zu Provinz gehenden Handels gegen Plünderung durch Raubritter und Willkür der Fürsten fehlten. Solange jeder kleine Landstrich sich selbst genügte und die Beziehungen zum Nachbarlandstrich lose waren, mochte die politische Zersplitterung ruhig hingehen. Aber die Arbeitsteilung und Wechselbeziehung im Innern des Landes setzte auch einheitliche politische Gestaltung voraus, sowie sie ja später sich blühend entfaltet hat. Die Uebergangsperiode war von Streit und Hader erfüllt.*)

Ein anderes Beispiel. In den amerikanischen Grossstädten blüht wirtschaftliche Tätigkeit in weitgehender Arbeitsteilung. Aber eine planvolle Regelung des Gemeindelebens kann ob der Parteikämpfe und der bestechlichen, unfähigen Verwaltung seitens der durch einen Parteitriumph emporgetragenen Demagogen sich nicht recht entwickeln. Die in Arbeitsteilung und Wechselbeziehung hochentfaltete Wirtschaft entbehrt der entsprechenden regelnden Organe und dies wird von der Bevölkerung als peinvolle Last empfunden.

Das britische Reich mit seiner weitestgehenden Arbeitsteilung, welche die Grossindustrie auf den britischen Inseln und die Nahrungsmittelproduktion in den Ueberseegebieten konzentrierte, war hart daran, ein Parallelbeispiel zu liefern. Wäre das Kräfteverhältnis zu den Seestreitkräften der ihm feindlichen Nationen nur um ein klein wenig ungünstiger gewesen, so wäre ein Schulbeispiel weitgehender Arbeitsteilung bei unzureichender Sicherung der Verbindungen vorgelegen. Deutschland wieder umgekehrt war wohl gleichfalls auf dem Wege zu einer das Mutterland zu einer grossen Fabrik arbeitsteilig umgestaltenden Entwicklung und seine Verbindungen hätten im Ernstfall nicht zur Sicherung des Verkehrs hingereicht. Aber durch eine weise vorschauende Politik hatte es planvoll durch seine im damaligen Augenblick höchst unpopulären Getreide-Schutzzölle jene an sich nützliche, aber eben die Gefahr der Lebensstörung mit sich bringende Entwicklung zum arbeitsteiligen Industriestaat rechtzeitig verhindert.

Ein letztes Beispiel. Die Entwicklung der Grossindustrie mit ihrem Erwachen eines zahlreichen hochspezialistischen Arbeiterstandes ist an sich als fortschrittlich zu werten. Aber sie brachte eine Reihe von Problemen (so die Loslösung des Industriearbeiters von seinem bei Arbeitskrisen Sicherheit gewährenden ländlichen Heim, Gefahr der Ueberarbeit der Frauen und Kinder, sozial ungünstige Teilung des Arbeitsproduktes zwischen ihm und dem Fabrikherrn), von denen z. B.

*) Siehe im III. Kapitel die gleichgerichtete Problemstellung der Gegenwart.

die beiden erstgenannten in Deutschland durch Sozialversicherung und Arbeiterschutzgesetzgebung gelöst wurden, während sie in den östlichen Industrieländern noch nicht gelöst sind und darum zu schweren Degenerationen der Rasse führen. Die drittgenannte Frage der zweckentsprechenden Teilung des Arbeitsertrages, resp. der Vermittlung des durch die arbeitsteilige Grossindustrie geschaffenen Reichtums an die in ihr persönlich tätigen Bevölkerungsschichten ist — ausser in gewissem Grade in Australien — noch nirgends gelöst. Die entsprechenden Organe, d. h. die notwendigen staatlichen oder genossenschaftlichen Betriebszentren, fehlen noch, die reintechnisch-wirtschaftliche Entwicklung ist weit gediehen, ohne von der entsprechenden juristischen Entwicklung hinreichend nahe gefolgt zu werden und dieser Gegensatz bildet bekanntlich die soziale Frage unserer Zeit mit all ihren schweren Kämpfen und Erschütterungen.

Werdende Organismen oder auch solche Organismen, die einzelne Lebensfunktionen in hohem und andere nur in minderm Grade ausgebildet haben, sind also allüberall schwersten Spannungsmomenten und inneren Erschütterungen ausgesetzt. Sie sind ruheloser und die Lebewesen, die sie bilden, unter Umständen unglücklicher, als wenn die Entwicklung zum Organismus noch gar nicht eingesetzt hätte oder wenn die am weitest entwickelten Lebensfunktionen die minder entwickelten noch nicht überholt hätten.

In den folgenden Kapiteln soll versucht werden zu zeigen, dass die Menschheit sich eben in der Lage eines solchen werdenden Organismus befindet. Als die einzelnen Völker und Länder noch wirtschaftlich und geistig, politisch und militärisch ganz unabhängig von einander waren, mochten sie ruhig nebeneinander bestehen. Seit aber die wirtschaftliche Arbeitsteilung eingesetzt und die Notwendigkeit weitestgehenden Güteraustausches von einem Ende der Erde zum andern mit sich gebracht hat, seit die ganze Erde eine arbeitsteilige Betriebsstätte bildet, seit die Entwicklung des Verkehrs die Distanzen gebrochen, überall Beziehungen geschaffen und in tausend Hinsichten die Menschheit zu einer Einheit umgestaltet hat, da bedurfte es eben auch der all die neu erstandenen Interessen regelnden Gesetzgebung, der all die neu erstandenen Spannungen ausgleichenden Gerichtsbarkeit, der all die miteinander in Beziehung getretenen Machtzentren zum Frieden zwingenden internationalen Exekutivgewalt.*) Diese notwendigen Organe der menschlichen Einheit sind jedoch noch nicht vorhanden. Wichtige Gemeinschaftsinteressen bestehen, aber der Wille zu ihrer solidarischen Befriedigung, ja selbst das Bewusstsein einer Zugehörigkeit zur menschlichen Einheit fehlen**) und so mag jedes Volk Raubbau an den grossen Gemeinschaftsinteressen der Menschheit treiben, durch Annexionen oder Völkerhasspropaganda die Keime zu künftigen Kriegen, zu künftiger Verwüstung der Erde legen, bloss um irgendwelche relativ unwichtige Interessen der eigenen Gruppe zu befriedigen.

*) Siehe die nähere Ausführung im IX. Kapitel.

**) Wie im VI. Kapitel näher dargelegt werden soll.

Die Menschheit ist in vielen Beziehungen schon ein einheitlicher Organismus, in anderen Beziehungen ist sie es noch nicht, man könnte ihren riesenhaften, werdenden Organismus, der zu so wunderbarer Arbeitsteilung gelangt und in anderen Beziehungen wieder so kläglich in der Entwicklung stecken geblieben, als ein wahres Monstrum bezeichnen. Diese Ungleichmässigkeit muss auch in diesem wie in allen früher erörterten Fällen zum anarchischen Durcheinander, zu Kämpfen und Wirrnis führen; wie weit diese gehen können, davon zeugt der gegenwärtige Weltkrieg. Wiederkehr relativer Ruhe kann erst von der Ausbildung der supernationalen Organe, die die Menschheit zu einem vollkommen ausgestalteten Organismus wandeln würden, erwartet werden.*)

Im Folgenden soll versucht werden, für diese Behauptungen den ins Einzelne gehenden Beweis anzutreten.

*) Siehe im X. Kapitel die Begründung dieses Leitgedankens im Hinblick auf die in den dazwischenliegenden Abschnitten entwickelten Causalreihen.

II. KAPITEL.

Die Menschheit vor der Entwicklung zur innern Einheit.



B die Menschheit eine organische Einheit in dem Sinne bilde, dass alle Menschenrassen von einem gemeinsamen Urtypus abstammen oder ob sich der Uebergang von den tierischen Voreltern zum Menschentum auf mehreren verschiedenen Linien vollzogen, darüber besteht keine vollständige Einmütigkeit der biologischen Forscher. Die Mehrheit neigt der ersteren Ansicht zu und damit wäre allerdings in der gemeinsamen Abstammung eine gewisse organische Beziehung zwischen allen lebenden Rassen und Individuen gegeben. Zweifellos und offenbar ist auch allen Menschen eine grosse Summe gemeinsamer Anlagen, gleichartiger Empfindungen eigen, unendlich vieles, das als Grundlage für seelischen Gleichklang, Mitempfinden und Sympathie, für solidarische Stimmungen und Gesinnungen dienen kann.

Aber die Verwirklichung all dieser Möglichkeiten setzt eben doch die wechselseitige Beziehung der einzelnen menschlichen Gruppen voraus. Solange unser Planet für die unvollkommene Verkehrstechnik der Vergangenheit ein unendlich grosser gewesen ist, solange Länder und Meere die Menschen nicht wie heute verbanden, sondern wahrhaft trennten, konnten all die in den gemeinsamen Anlagen für innere Verschmelzung gegebenen günstigen Vorbedingungen nicht zum Werden wahrhafter Einheit führen. Durch all die Jahrhunderttausende der Vergangenheit gab es keine der ganzen Menschheit gemeinsame Betätigungslinie, kein gemeinsames Werk, kein gemeinsames Ziel, ja, von unmittelbaren Grenznachbarn abgesehen, nicht einmal jene Wechselbeziehung, die in Kampf und Krieg und in dessen Wirkungen — Gefangenschaft und Sklaverei — wurzelte. Jedes kleine (und bei höheren Kulturepochen jedes weiter ausgedehnte) Wirtschaftsgebiet genügte sich selbst. Erst vor vierhundert Jahren sind die Verkehrswege gefunden worden, welche Gütertausch zwischen Europa und Amerika, Europa und Südafrika, Europa und Ostasien ermöglichen; aber für lange Zeit noch wurden sie nur für vergleichsweise beschränkten Handel benutzt. Einzelne ausschliesslich an bestimmten Teilen der Erde produzierte Waren, wie Gewürze, mochten verhandelt werden; aber in allen für das soziale Leben wirklich entscheidungsvollen Produktionsbeziehungen stellten auch die Staaten des 16. und 17. Jahrhunderts noch im wesentlichen geschlossene Wirtschaftsgebiete dar. Von einer wahren Arbeitsteilung, welche jede Güterproduktion auf den für sie klimatisch, geologisch und ethnologisch günstigsten Teil der Erdoberfläche konzentriert hätte, wie derjenigen, der wir im letzten Jahrhundert mit Riesenschritten näher gekommen sind, konnte damals noch keine Rede sein.

So fehlten die wichtigsten Merkmale für das Vorhandensein eines sozialen Organismus „Menschheit“: Arbeitsteilung und Wechselbeziehung der Bestandteile. Es fehlte auch, wenn man von einigen ganz wenigen Denkern absieht, jedes Bewusstsein innerer Einheit, jede Erkenntnis gemeinschaftlicher Interessen, jeder Wille zu deren solidarischer Verfolgung, es fehlten voll und ganz jedwede Organe zur Verwirklichung der Kollektivinteressen.

Und dieser Organe bedurfte es auch nicht. Denn die gemeinsame Arbeit der Völker war zu gering, als dass sich ein elementares Bedürfnis nach einverständlicher, gemeinsamer Leitung hätte herausbilden können; die Reibungsflächen waren nicht gross genug, um Organe für Schlichtung von Konflikten nötig zu machen. Nur innerhalb örtlich beschränkter Gebiete riefen allerdings gemeinschaftliche Interessen und steter Konflikt nach politischer Einheit. Vor allem innerhalb der einzelnen mehr oder minder ausgebildeten Staatsgebilde. Und dort ist es dann auch, wie im Deutschland, Frankreich oder England des ausgehenden Mittelalters und der beginnenden Neuzeit, zu organischen Zusammenfassungen gekommen. Die Kriege, wie sie etwa zwischen Germanen und Römern oder Russen und Mongolen oder selbst Spaniern und Engländern geführt wurden, hatten noch nicht jenen Bürgerkriegscharakter, jene Note des Gegeneinanderschlagens innerlich verknüpfter Gruppen, jenes Unvermögens, sich im gemeinsamen Hause zu vertragen, wie es den Bürgerkriegen, die der Einung Deutschlands und Frankreichs vorausgingen oder dem derzeitigen Bürgerkrieg, der der Einung der Menschheit vorausgeht, eigen ist. Sondern jene Kriege der Vergangenheit wurden eben überwiegend zwischen einander fremden Völkern ausgefochten, die einander Land oder Beute oder Macht und Freiheit rauben wollten. Eine Verhinderung dieser Kriege durch Herstellung einer höhern Einheit wäre aussichtslos gewesen, da diesen Völkern eben die zur Verschmelzung in einen gemeinsamen sozialen Organismus notwendigen Gemeinsamkeiten fehlten. Da es sich aber ausserdem nur um Konflikte zwischen Fremden handelte, da wahre Wechselbeziehungen innerlicher Art zwischen den Völkern fehlten, so mochten die Kämpfe auch auf den Konflikt zweier Völker oder Völkergruppen beschränkt bleiben oder nur die unmittelbaren Nachbarn in Mitleidenschaft ziehen; erst die innerliche Verknüpfung aller Völker und Staaten, wie sie der Jetztzeit eigen ist, musste einen Einzelkonflikt zum allgemeinen Weltbrand sich ausbreiten lassen.

So unvollkommen also auch der Menschheitszustand der Vergangenheit war, er war in sich haltbar. Die verschiedenen sozialen Egoismen, wie Völker und Staaten sie darstellten, mochten sich miteinander gut oder schlecht vertragen, in ihrer innerlichen Unabhängigkeit voneinander konnten sie sich doch immer wieder auf sich selbst zurückziehen; auf Konfliktsperioden mochten wahre Friedensperioden, auf wahre Trennung oder nur ganz lockere Beziehung gegründet, folgen: während eben solcher auf wahre Trennung und wechselseitige Abschlüssung gebauter Friede in unserer Zeit nicht mehr möglich ist und Friede nur auf einverständlicher Regelung der gemeinschaftlichen Interessen und Gegensätze beruhen kann.

Die Menschheit der Vergangenheit bildete keinen wahren sozialen

Organismus. Freilich wäre es zu weitgehend, zu sagen, dass der Begriff der Menschheit damals eine bloße Abstraktion gewesen sei; durch gemeinsame Anlagen und Problemstellungen und immerhin, wenn auch rudimentär, vorhandene Handelsbeziehungen — ja, in manchen Geschichtsepochen, auch durch erste Ansätze geistiger Beziehungen — war schon eine gewisse Gemeinsamkeit geschaffen. Aber es lagen doch erst Ansätze für Bildung eines sozialen Organismus vor, welche die Schaffung gemeinsamer Organe noch nicht imperativ erheischten. Wir wiederholen es: ein unvollkommener, aber in sich haltbarer Zustand.

III. KAPITEL.

Das Zusammenwachsen der Menschheit zu einem sozialen Organismus.

DIE entscheidenden Wandlungen in der gegenseitigen Beziehung der Völker, die aus einem losen Nebeneinander eine grosse soziale Einheit schufen, setzten zu Beginn des 19. Jahrhunderts mit der Erfindung der Dampfmaschine ein. In der Tat lag ja in allererster Linie ein Problem der räumlichen Distanzen vor. Solange diese nicht überbrückt waren, konnten sich rege wirtschaftliche und persönliche, geistige und politische Beziehungen zwischen den einzelnen Ländergebieten nicht entwickeln. In ganz speziellen Hinsichten, wenn ein ausserordentlicher Anreiz zur Ueberwindung von Schwierigkeiten vorlag, wie etwa beim Handel mit den kostbaren Gewürzen, mochte man alle Mühe, die mit der Unvollkommenheit der Verkehrsverhältnisse über grosse Instanzen hinweg Hand in Hand ging, trotzdem auf sich nehmen, weil eben ein ausserordentlich hoher Gewinn entsprechenden Gegenwert bot. Auch ein grosser Kriegsfürst mochte in der Ueberwindung räumlicher Distanzen ein der Ueberwindung mächtiger Feinde vergleichbares, zu höchster Anstrengung reizendes Kriegsziel erblicken und — über den räumlichen Feind triumphierend — weite Landstrecken vorübergehend zusammenschliessen. Alexander der Grosse, Attila, Tamerlan haben so vorübergehende, lose Beziehungen zwischen Landgebieten hergestellt, die im normalen Verlauf der Dinge zu völliger wechselseitiger Unabhängigkeit bestimmt zu sein schienen. Grosse, mit organisatorischen Genie begabte Völker, an deren erster Stelle die Römer zu nennen sind, haben durch musterhafte Ausnutzung der zu ihrer Zeitepoche bestehenden Verkehrsmittel relativ weite Landgebiete zu vergleichsweise dauernder Einheit zusammengeschlossen. Aber gerade das römische Beispiel zeigt die Grenzen dieser Möglichkeit; dauernder römischer Kulturbesitz und dauernder Bestandteil der kulturellen, sozialen und politischen Einheit des römischen Reiches sind eben doch nur die Randländer des Mittelmeers gewesen, die vermöge der auf diesem Binnenmeere schon damals hochentwickelten Schifffahrt in guter Verkehrsbeziehung miteinander gehalten werden konnten. Die römische Herrschaft in Germanien, die dieser guten Verbindungsmöglichkeit mit dem Zentrum des Reiches entbehrte, ist niemals stabil genug geworden, um die Germanen dem römischen Kulturkreis wahrhaft anzugliedern; dieselben haben, ungleich den Galliern, Iberern usw. weder römische Kultur noch römische Sprache angenommen.

Auch die entwickeltste Verkehrs- und Kulturepoche der Vergangenheit, die des römischen Reiches, war so weit von der Herstellung auch nur eines einheitlichen Verkehrsgebietes „Europa“ entfernt, die Be-

ziehungen zum nächsten grossen Kulturkreis „Indien“ waren nur ganz lose, die mit China oder gar Südafrika, Amerika fehlten vollständig. Auch diese Epoche und ebensowenig irgend eine der anderen, die ihr während des ganzen Mittelalters und des grösseren Teiles der Neuzeit folgten, haben auch nur ein wechselseitiges Voneinanderwissen der einzelnen Hochkultur-Gebiete der Erde gekannt, von den weiten Halbkultur- und Unkulturgebieten ganz zu geschweigen. Auch die grosse Seefahrtsepoche des 16. und 17. Jahrhunderts hat sich mit der Begründung von Herrschafts- und losen Handelsbeziehungen begnügt und überwiegend an den Küsten gehaftet. Eine Wechselbeziehung intensiv kommerzieller oder irgendwie kultureller Art zwischen den alten Kulturgebieten Europas und Asiens hat auch sie nicht anzuknüpfen vermocht.

All das hat sich im 19. Jahrhundert dank der Entwicklung der modernen Verkehrsmittel geändert. Die Umkreisung der Erde war ehemals ganz unmöglich, dann nahm sie Jahre in Anspruch. Heute kann sie in sechs Wochen beendet werden. Auch die Kosten des Personen- und Schiffsverkehrs sind auf einen Bruchteil der frühern Ziffern gesunken. Der Transport von 100 kg Getreide über den atlantischen Ozean kostete im 18. Jahrhundert etwa 12 Franken; heute etwa 60 Centimes: 5% der früheren Spesen.*)

Ebenso verbilligten sich die Transportkosten zu Lande. So betrug in Rheinland-Westfalen der Frachtsatz für den Tonnenkilometer vor Einrichtung der Eisenbahnen 40 Pf., nachher ging er auf 13—14 Pf. herab und beträgt jetzt 1 $\frac{1}{4}$ Pfennig. Die auf diese Verbesserung der Verkehrsmittel aufgebaute Organisation des Weltpostvereins umfasste im Jahre 1908 ein Gebiet von 113 Millionen km² mit 1150 Millionen Einwohnern, innerhalb dessen Grenzen ein normaler Brief für 25 Centimes (in einer Reihe wichtiger Beziehungen, so zwischen Deutschland und England einerseits, Amerika anderseits, nur 10 Centimes) kostet. In einem einzigen Jahre (1904) sind im zwischenstaatlichen Verkehr 30 Milliarden Stück Korrespondenzen befördert worden.

Im Jahre 1907 wurden 404 Millionen Telegramme befördert und über 4 Milliarden Gespräche vermittelt.

All dies hat für Gütertausch, Geschäftsbeziehungen und wirtschaftliche Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Ländern, ja Erdteilen unseres Planeten Vorbedingungen geschaffen, ebensogut, ja besser als sie früher zwischen den einzelnen Provinzen eines gleichen Staates bestanden. Gewiss hat der Weltkrieg gezeigt, dass in gleicher Weise, wie sich die Menschheit des 19. Jahrhunderts dem Prinzip der Arbeitsteilung angepasst hat, auch eine sich rückbildende Wiederanpassung an eine Aufhebung des Weltverkehrs in gewissem Grade möglich ist. Deutschland hatte sich vor Beginn des Krieges in wunderbar ausgebildeter Weise alle Möglichkeiten der Arbeitsteilung zunutze gemacht, einen bedeutenden Teil der grossindustriellen Produktion der Erde auf seinem Gebiete konzentriert und arbeitsteilig zu höchster Vollkommenheit ausgebildet; es konnte jedoch sein wirtschaftliches Leben in eingeschränkter, aber doch den Existenzgrundlagen Genüge tuender Weise

*) Siehe das „Handbuch der Friedensbewegung“ von Dr. Alfr. H. Fried, Berlin. Verlag der Friedenswarte.

auch während des Krieges fortsetzen, weil es eben den für die Existenz selbst unentbehrlichen Produktionsumfang der Landwirtschaft und Viehzucht in seinen eigenen Grenzen, ungleich England, hinreichend bewahrt hatte. — Trotzdem würde natürlich eine dauernde Abschneidung vom Weltverkehr und eine dauernde Unterbindung der deutschen Exportindustrie jede Vermehrung des Nationalvermögens ausschliessen und nach gewissen Fristen zu einer weitgehenden Verminderung desselben führen. Der Normalzustand ist auch für Deutschland nicht mehr die Rolle des geschlossenen Wirtschaftsgebiets, sondern die Einfügung in die arbeitsteilige Wirtschaftsgenossenschaft der Menschheit.

In noch weit höherem Grade gilt dies, wie an einer frühern Stelle dieser Schrift angedeutet, von England, das in der Pflege seiner arbeitsteiligen industriellen und kommerziellen Spezialaufgaben grossen Reichtum für sich gewann und grosse Werte dem Rest der Erde abgibt, bei Abschneidung der Verbindungen jedoch in kürzester Frist verhungern müsste.

Auch die Schweiz, um beim Nächstliegenden zu bleiben, zeigt auf, zu wie weitgehender Arbeitsteilung und wechselseitiger wirtschaftlicher Abhängigkeit die Erleichterung und Verbilligung der Verkehrsbeziehungen geführt hat. Einzelne Industrien, wie die Uhrenindustrie oder die Schokoladefabrikation, einzelne Wirtschaftsformen, wie die Käseerzeugung, versorgen einen beträchtlichen Teil des Weltmarkts, haben sich in Anlehnung an günstige Rohstoffgewinnung oder in langer Tradition ausgebildete Volksfertigkeiten vorzüglich entwickelt, geben die Möglichkeit an die Hand, mit einem gegebenen Quantum von Arbeitskräften ungleich höher bewertete Güter zu erzeugen, als es bei Verwendung dieser gleichen Arbeitskräfte in verschiedenen Gewerbszweigen und bei minderer Arbeitsteilung möglich wäre.

Auch die wirtschaftliche Verwertung der Naturschönheiten hat in die Schweiz jahraus jahrein einen Goldstrom fliessen lassen und diese Fremdenindustrie hat auch wieder dem „Fremden“, d. h. der nach Erholung und Erquickung dürstenden Menschheit unendlich viel hygienische und seelische Werte gegeben.

Andererseits ist die Schweiz wieder, was Getreide, Gemüse und Zucker, Kohle und Eisen und überaus viele Industrieprodukte, die in die speziell arbeitsteilig ausgebildeten Schweizer Industriezweige sich nicht einfügen, anlangt, durchaus auf ausländische Zufuhr angewiesen, was sich ja eben jetzt in der Notwendigkeit der auf Sicherung dieser Zufuhren mit den verschiedenen Nachbarstaaten gerichteten Verhandlungen dem Volksbewusstsein Tag für Tag lebendig einprägt. Gewiss hat dieser Krieg aller Orten zur Erkenntnis des Umstandes geführt, dass der Weltverkehr und seine Möglichkeiten eben doch nicht eine Naturtatsache darstellen, auf deren Sicherheit in allen Lagen zu rechnen ist, und da und dort wird man gewiss für einige Zeit der weitgehenden Arbeitsteilung entgegenwirken und dem eigenen Lande die für Bewahrung der Existenz in Krisenzeiten unentbehrlichsten Produktionszweige zu erhalten suchen. Aber wo nicht, wie in Deutschland, ein eiserner Wille und eine rücksichtslose Entschlossenheit, eventuell durch zollmässige Verteuerung der Volksnahrung die Urproduktion zu bewahren, vorhanden ist, wo die wirtschaftlichen Kräfte sich selbst über-

lassen bleiben, dort wird gewiss bald nach dem Kriege auch dieser Entwicklungsgang zur Arbeitsteilung, zur Konzentrierung jeder Produktionsform auf den für sie günstigsten Boden und zum stets regern Austausch der Güter zwischen den einzelnen Produktionszentren einsetzen. Gerade die Störungen der Kriegszeit — so ganz verwandt den Störungen des sozialen Lebens innerhalb eines Staatsgebildes zu Zeiten von Bürgerkriegen — haben die Tatsache, dass die Erde eben heute bereits ein arbeitsteiliges Wirtschaftsgebiet darstellt, in plastische Erscheinung treten lassen.

* * *

Bekannt ist, dass Arbeitsteilung und Gütertausch auch zur Preisbildung der meisten wirtschaftlichen Werte auf dem Weltmarkt geführt haben und die ganzen Problemkomplexe von Angebot und Nachfrage, Warenpreis und Handelsgewinn zu Funktionen nicht mehr der Nationalwirtschaft, sondern der Weltwirtschaft geworden sind. Der zwischenstaatliche Warenumsatz ist von 37 Milliarden Franken im Jahre 1860 auf 154 Milliarden Franken im Jahre 1906 gestiegen. Ueberlegt man, welche Scharen von Unternehmern und Angestellten bei all seinen technischen Teilhandlungen tätig sind, so wird es einem klar, welch grosser Personenkreis damit an eine Lebensfunktion des sozialen Organismus „Menschheit“ und nicht mehr an die speziellen Lebensfunktionen der Teilstaaten gebunden ist. In der Kriegszeit werden ja Anleihen meist auf dem innern Markt vergeben. In der Normalperiode jedoch war auch dies anders. Die Geldbeschaffung der Staaten und der grossen Industriewerke wurde zu einer internationalen Funktion, die Besitzer russischer Staatswerte oder amerikanischer Industrieaktien oder spanischer Bahnobligationen waren und sind über alle Länder verstreut, auch das rein wirtschaftliche Interesse am Gedeihen der betreffenden Wirtschaftskörper ist so ein internationales geworden. Jede ökonomische Störung an einem Punkte der Erde wurde an allen anderen fühlbar, nicht bloss die örtlichen Teilhaber oder Anwohner all dieser wirtschaftlichen Gebiete, sondern die ganze Welt hatte unmittelbares Interesse an guter Verwaltung, an rechtlicher Verteilung von Erträgen und Gewinnen. Beziehungen des Kredits, Staats- und Privatverträge schlossen die Wirtschaft der Erde stets enger und enger zusammen, riefen stets gebieterischer nach einheitlicher Regelung, Verwaltung, Gesetzgebung, Gerichtsbarkeit, nach entsprechenden Organen im grossen Wirtschaftsorganismus Erde, wie sie den für die Zwecke der einzelnen nationalen Wirtschaftsgebiete entwickelten Organen entsprächen.

Viele Satzungen und Verträge bildeten auch bereits Ansätze zu solcher Gesetzgebung, viele Instanzen erwachsen bereits für die Erdverwaltung, manche wirtschaftlichen Konflikte wurden bereits vom Haager internationalen Gerichtshof entschieden; aber freilich war all dies, wie wir später noch überprüfen wollen, nur rudimentär. Die Weltwirtschaft als solche war bereits die Wirtschaft eines voll ausgebildeten Organismus, die Organe zu ihrer Regelung dagegen noch

unendlich unvollkommener als die Parallelorgane der kleinen Sozialorganismen; der Staaten:

Auch die Organisation vieler Berufszweige ist heute international geworden.

So stark auch die Triebkräfte waren, welche angesichts der wechselseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit der Länder zu gleichmässiger Führung auch des Lebenskampfes der einzelnen Stände in den verschiedenen Staaten führen mussten, so war es doch dem Einsichtigen stets klar, dass diese Triebkräfte nicht in die Kategorie der allermächtigsten sozialen Energien gehörten und dass sie sehr wohl unter dem Ansturm einer übermächtigen Energie, wie sie sich eben in der derzeitigen Kriegsleidenschaft offenbart, erliegen müssten. Die internationale Gewerkschaftsbewegung und der internationale Sozialismus sind gegenüber den atavistischen Urleidenschaften, die sich der Menschen allerorten bemächtigt haben, zusammengebrochen. Das ändert jedoch durchaus nichts an der Tatsache, dass auch diese internationalen Berufs- und Parteiorganisationen wichtige Funktionen im Leben des Sozialorganismus „Menschheit“ zu erfüllen begonnen hatten.

Die allgemeinen Weltausstellungen übten nicht unwichtige Funktionen im international gewordenen Wirtschaftsleben aus. Aber sie gehörten zugleich einem andern Komplex internationaler Lebensfunktionen, dem internationalen geistigen Leben, an. Während der letzten Pariser Weltausstellung wurden 200 internationale Kongresse abgehalten und nicht viel geringer war die Zahl dieser Veranstaltungen während der Brüsseler Weltausstellung im Jahre 1910.*)

Die astronomische Forschung der Kulturvölker ist eine arbeitsteilige, internationale geworden; alle Observatorien tragen zu ihr arbeitsteilig bei. Auch die medizinische, naturwissenschaftliche, soziologische Forschung ist durch die wechselseitige Benutzung der Quellenwerke und Studien, durch die wissenschaftlichen Kongresse usw. zu einer internationalen und arbeitsteiligen geworden und nichts ist törichter, als wenn kurzsichtige, vom Rausch der Stunde verblendete Menschen während der Kriegszeit glaubten, man könne je wieder zu einer spezifisch deutschen oder spezifisch französischen Wissenschaft zurückkehren. Das Volk, das sich so der Möglichkeiten der Arbeitsteilung beraubte, würde sein eigenes Forschen damit zur Minderwertigkeit verdammen und der sachliche Sinn seiner Gelehrten müsste sich allsobald gegen solche Schmach auflehnen und zur alten, allein der Wissenschaft gemässen, internationalen Forschung zurückkehren.

Telegraph und Telephon, die Technik der Nachrichtenbüros und der Presse bringen alle Mitteilungen auch über entfernteste Vorgänge so rasch vor den Leser jedes Kulturlandes, dass sich für die Psyche auch der abschwächende Einfluss der Entfernung, der früher für die Geschehnisse der Fremde nur wenig Interesse aufkommen liess, verliert. Illustrierte Zeitschriften und Kinematograph erleichtern für die breite Volksmasse diese Anteilnahme an fernern Vorgängen und gerade dieser Krieg hat ja wieder die rasche und weite Fortpflanzung aller

*) Siehe für eingehendere Darlegung dieser internationalen Zusammenhänge das ausgezeichnete, bereits erwähnte „Handbuch der Friedensbewegung“ von Dr. Alf. H. Fried und die Studie des gleichen Verfassers: „Das internationale Leben der Gegenwart.“, Leipzig, Teubner.

Stimmungswellen, die Internationalität der öffentlichen Meinung aufzeigt. Gewiss ist es der urgewaltigen Interessensolidarität der von gleichen Bajonetten umschirmten Bürger, ist es der von der Zensur erzielten Ausschliessung aller Kritik und selbst solcher Nachrichten, die der von oben gewollten Linie der öffentlichen Stimmung eine andere Richtung geben könnten, gelungen, innerhalb der einzelnen kriegführenden Staaten Meinungskomplexe zu erzeugen, die mit der objektiven Wahrheit nur mehr in ganz losem oder auch gar keinem Zusammenhange stehen; aber in den neutralen Ländern, welche Nachrichten von beiden Seiten erhalten und deren kritisches Urteil nicht unter gleichen Suggestivgewalten steht, haben sich doch grosse Momente der Sympathie, der Hoffnung und der Trauer gleichmässig über die Landesgrenzen hinweg entfalten können und wieder für die Einheitlichkeit des menschheitlichen Organismus — jenseits der von augenblicklicher Krankheit infizierten Teile — Zeugnis abgelegt.

* * *

Dieses intensive internationale Leben hat naturgemäss auch die Zahl der Reibungsflächen und Gegensätze vervielfacht. Es ist ein Satz alltäglicher Erfahrung, dass mit der Intensität der Handelsbeziehungen in einer Stadt und in einer Provinz auch die Zahl der Prozesse wächst, die eben aus diesen Interesse-Beziehungen und Interesse-Konflikten sich notwendig ergeben. Auch die Zahl und Intensität der sozialen Gegensätze wächst mit der Intensität der sozialen Entwicklung. Sie ist klein in unentwickelten Agrarländern und am grössten in den höchstentwickelten Industriestaaten. Je mehr sich die Staaten selbst in regster Wechselbeziehung ihrer lokalen Distrikte zu eng verschmolzenen Wirtschaftskörpern zusammengeschlossen haben, desto mehr werden auch z. B. die lokalen Streiks von allumfassenden Generalstreiks abgelöst, die dem Wirtschaftsleben Deutschlands, Frankreichs, Englands, Schwedens in den letzten Jahren ihr Gepräge aufgedrückt haben.

Zahlreiche und grosse Konflikte sind eine Begleiterscheinung, ja, direkt ein sinnfälliges Merkmal enger Wechselbeziehung. Und wenn die Internationalisierung des Völkerlebens immer mehr Reibungs- und Konfliktsmöglichkeiten geschaffen hat, so ist das nicht ein Beweis gegen, sondern für die Verschmelzung der Völker zu einer Einheit, eine Quelle ausgedehntester Kriegsmöglichkeiten, eine Erklärung der Universalität der gegenwärtigen Weltkrise und andererseits ein Schrei nach einer solchen internationalen Organisation, die die Entscheidung der Konflikte zu eben jenen gesetzlichen Methoden überleiten würde, die innerhalb der einzelnen Wirtschafts- und Rechtsgebiete die Austragung aller Gegensätze ermöglichen. Als Einzelbeispiele für diese, eben aus der Verschmelzung der Länder zu einem menschheitlichen Organismus entstehenden, neuen Konfliktkategorien seien die Gegensätze genannt, die aus dem Streit Sumchutzzoll oder „offene Tür“ in Kolonialgebieten entstehen. Diese gewinnen angesichts der wachsenden Arbeitsteilung und des Erwachens ausgesprochener Exportstaaten stets grössere industrielle Bedeutung für das Wohl und Wehe der europäischen Län-

der. Um sie wirtschaftlich beherrschen zu können, strebt man nach ihrem politischen Besitz und dies Streben wieder führt zur Anspannung aller auf militärische Machtstellung bezüglichen Möglichkeiten, zur Ausbildung imperialistischer Parteien, zu Kriegsfreude, zum Krieg.

Gewiss gibt es auch in der Gegenwart noch Gegensätze, die aus reinem Macht- und Gebietshunger entstehen, ohne jede aus innern Entwicklungsprozessen erquellende Begründung: Wie etwa die Annexionswünsche, die sich in mehreren europäischen Staaten — entgegen deren eigenem Nationalinteresse — jetzt kundtun. Aber sie sind eben überwiegend aus dem Wahn der Kriegsepoche, der ja auch in so vielen anderen Beziehungen atavistisch zur Vergangenheit zurückleitet, entsprungen.

Als noch die ruhige Vernunft der Friedensepoche in Europa gebot, haben auch die leidenschaftlichsten Imperialisten Deutschlands nicht an die Annexion Belgiens und diejenigen Russlands nicht an eine Annexion Ostpreussens gedacht; sondern man erwünschte auch in jenen Kreisen nur eine Machterweiterung auf Grund von Angliederung solcher noch unerschlossener Gebiete, welche die Stellung des eigenen Landes im Weltorganismus tatsächlich verbessern konnten, also etwa die Angliederung Marokkos an Deutschland oder die offene Tür zum freien Meere für Russland.

Auch das Erwachsen so vieler neuartiger Konflikte wäre also als eine Begleiterscheinung der Internationalisierung aufzufassen und in gewissem Grade sogar als ein Hebel der Entwicklung, weil es eben die Notwendigkeit internationaler Verwaltung und Gerichtsbarkeit auch dem nüchternsten Realpolitiker, dem konservativsten Verehrer der Staatssouveränität stets handgreiflicher vor Augen führt.

Die Verkleinerung der Erde und die Entstehung von Beziehungen und Gegensätzen — über die stets weniger in Erscheinung tretenden Entfernungen hinweg — hat auch der Machtpolitik der Staaten eine ganz neue Richtung gegeben. Ehedem beschäftigte man sich im grossen und ganzen nur mit seinen unmittelbaren Nachbarn, nur mit ihnen führte man Krieg und, was die Bündnispolitik anlangt, suchte man allenfalls sich mit dem andersseitigen Nachbarn des eigenen Nachbarn zu verständigen, um so diesem ein Uebergewicht entgegenzusetzen. Die Bündnisse der werdenden Neuzeit zwischen Frankreich und der Türkei gegen das dazwischenliegende Deutsche Reich gehören in diese letztere Kategorie. Die neue Weltepoche hat jedoch die Ausbildung von Gegensätzen auch zwischen Staaten, die nicht unmittelbar benachbart sind, ermöglicht (so haben Spanien und Amerika mit einander Krieg geführt und der Gegensatz zwischen Deutschland und Amerika ob der Behinderung des amerikanischen Personen- und Güterverkehrs nach Europa trägt auch durchaus den Stempel der neuen Epoche).

Weil eben die Beziehungen der Staaten auch in machtpolitischer Hinsicht so enge sind, weil jede Stärkung oder Schwächung des einen von ihnen das allgemeine Gleichgewicht und die Machtstellung jedes andern von ihnen beeinflusst, deshalb ist man auch zu immer weiterumfassenden Bündnissystemen geschritten und die Gegensätze zweier Länder wurden so zu Gegensätzen ganzer ungeheurer Machtkomplexe. In gewissem Sinn mag es als Parallele dienen, wenn man an die Zu-

rückdrängung der lokalen Streiks in hochentwickelten Industrieländern und ihre Ersetzung durch weitaus seltenere, aber umso umfassendere und verheerendere, das ganze Wirtschaftsgebiet einschliessende Generalstreiks denkt. Auch hierin liegt wieder ein Symptom dafür, dass es sich bei diesen Völkergegensätzen nicht mehr um Gegensätze zwischen zwei einander fremden Organismen handelt, sondern eben um Gegensätze innerhalb des gleichen grossen Organismus, ähnlich den aus sozialen Gründen erwachsenen Machtgegensätzen innerhalb der Industriestaaten.

* * *

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die wachsende Arbeitsteilung der Staaten, die stets intensiver werdende Wechselbeziehung derselben und auch das Auftauchen von stets neuen nach Regelung rufenden Konfliktmöglichkeiten den sozialen Organismus Menschheit zu intensiverem Leben und stets grösserer struktureller Vollkommenheit führten, ihn mehr und mehr in seiner ganzen Summe von Lebensfunktionen den bekannten sozialen Organismen der Einzelstaaten an gleichen; nur mit dem einen, stets schreiender werdenden Widerspruch, dass die Gesetzgebung, Verwaltung und Gerichtsbarkeit, dass die Organe der Einzelstaaten, welche das wirtschaftliche und soziale Leben in ihrem Innern ordnen und regeln, für den werdenden Weltstaat gar nicht oder bloss ganz rudimentär vorhanden waren, dass die Ausbildung dieser internationalen Funktionen und Organe ob der ihnen entgegenstehenden Trägheitswiderstände, nationalen Vorurteile und Gruppenegoismen unvergleichlich langsamer vor sich geht, als die Entwicklung der Arbeitsteilung und Wechselbeziehung des internationalen Lebens selbst. Wir werden im spätern sehen, dass gerade diese Schnelligkeitsunterschiede zu jenen monstruösen Missbildungen im menschheitlichen Organismus geführt haben, die ihrerseits wieder den gegenwärtigen Weltkrieg verschuldeten.

IV. KAPITEL.

Die Unzulänglichkeit der internationalen Zentren für Regelung der Menschheitsfragen.

DIE vorliegende Studie ist dazu bestimmt, der objektiven Wahrheit über den Entwicklungsgrad des menschheitlichen Organismus nachzuforschen, eine allzu plastische Hervorhebung der einzelnen Untersuchungsergebnisse, die dem Bilde leichte Uebersichtlichkeit und Anschaulichkeit verleihen würde, ist darum nicht möglich; denn die Wirklichkeit ist eben durch die wechselseitige Kreuzung von Tendenzen und Gegentendenzen charakterisiert, die dem flüchtigen Beobachter die Gewinnung einer einheitlichen Anschauung erschweren, deren Erfassung aber für die Aufdeckung der wahren Entwicklungsgesetze und den Versuch eines einigermaßen zuverlässigen Ausblicks auf die Zukunft unentbehrlich ist. So muss festgestellt werden, dass Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz bezüglich aller internationalen Lebensfragen nicht etwa völlig fehlen, sondern nur eben im Vergleiche zu den parallelen innerstaatlichen Funktionen unzureichend ausgebildet sind und ebenso den hochentwickelten Problemen des zwischenstaatlichen Lebens nicht Genüge leisten. Werfen wir einen kurzen Blick auf die bisherigen Entwicklungsansätze.

Am sichtbarsten sind die Anfänge einer internationalen Gerichtsbarkeit in Erscheinung getreten. Im Haag besteht seit dem Jahre 1899 ein „ständiger“ Schiedsgerichtshof, dessen Mitglieder von den verschiedenen Regierungen Europas und der anderen Erdteile ernannt wurden. Seine Kompetenzen sind rein fakultativ und der gute Wille zu seiner Befassung mit auftauchenden Streitfragen ist bei mehreren Grossmächten stets nur ein geringer gewesen. Trotzdem hat er in mehreren Streitfällen ohne wichtiges Streitobjekt, die trotzdem ob der augenblicklichen Erregung ernste Kriegsgefahr erzeugten (Doggerbankstreit zwischen England und Russland im Jahre 1904, Affäre der Casablanca-Deserteure u. a. m.), gerade durch seine langsame Verhandlungsweise die Erregung ablaufen lassen und die Konflikte gerichtlich geschlichtet.

Eine seltsame Laune der Entwicklung hat es übrigens gewollt, dass gerade bei Kriegsausbruch die Errichtung eines wahren Staatengerichtshofes, dessen Befassung nicht mehr ins Belieben beider Parteien gegeben, sondern der auf Klage einer Partei — genau so wie jeder andere Gerichtshof — Recht gesprochen hätte, im Prinzip bereits von allen Mächten gutgeheissen war. Der internationale Prisengerichtshof war nach den Beschlüssen der Haager Mächte aus 15 Richtern zusammengesetzt, die nach einem in allen Einzelheiten festgesetzten Turnus von den verschiedenen Vertragsstaaten ernannt werden sollten.

Er sollte als Appellinstanz gegenüber den Erkenntnissen der einzelstaatlichen Prisengerichtshöfe fungieren und so die Willkür des Staates, dessen Kriegsschiffe ein fremdes, feindliches oder neutrales Handelsschiff weggenommen haben, brechen. Viele Kriege der Vergangenheit und in letzter Zeit wieder das Wegnehmen französischer Schiffe durch italienische im Tripoliskrieg, sowie die grosse Anzahl analoger Zwischenfälle im derzeitigen Weltkrieg haben gezeigt, dass eine solche rechtliche Sicherstellung der Neutralen grösste Bedeutung für Beseitigung vermeidbarer Erbitterung, ja selbst für Unschädlichmachung wahrer Kriegsursachen gewinnen könnte. Der Prisengerichtshof sollte auf Grundlage des von der Londoner Seerechtsdeklaration kodifizierten Prisengerichtsrechts, also genau wie jeder andere Gerichtshof, auf Grund ordentlichen, geschriebenen Rechts, seine Urteile fällen, er hätte in seinem eigenen Wirkungskreise eine segensreiche Tätigkeit entfalten — und durch die praktische Erprobung ordentlicher internationaler Gerichtsbarkeit — deren Ueberlegenheit über die bloss fakultative Schiedsgerichtsbarkeit ausgezeichnet dartun können.

Im Sinne eines amerikanischen Vorschlages war auf vielen Seiten Geneigtheit vorhanden, diesem Prisengerichtshof, über dessen richterliche Zusammensetzung man sich endlich allseits geeinigt hatte, die Funktionen eines ordentlichen obligatorischen Staatengerichtshofes zuzuerkennen, resp. seine Kompetenzen weit über das enge Problem der Prisengerichtsbearbeitung auszudehnen. Diese Frage sollte eine der hauptsächlichsten Diskussionspunkte der dritten Haager Konferenz, deren Einberufung als offiziell beschlossen galt, bilden.

All das ist nun vom Kriegssturm weggefegt worden; der Prisengerichtshof ist nicht in Tätigkeit getreten, soviel praktisch nützliche Arbeit gerade in den Beziehungen zwischen Kriegführenden und Neutralen er auch in diesem Weltkrieg mit seiner Fülle von objektivem Material hätte leisten können; die Londoner Seerechtsdeklaration ist nicht formell ratifiziert worden und bei aller „Sympathie“ seitens sämtlicher Kriegführenden durch tausend Repressalien und Gegenrepressalien durchlöchert worden. Die Haager Konferenz wurde nicht einberufen und hat somit auch den ordentlichen Staatengerichtshof nicht schaffen können.

Wir sehen also: Die Ansätze zu internationaler Gerichtsbarkeit sind im Jahre 1914 bereits recht ansehnliche gewesen und man konnte mit einem Schein von Recht sagen, dass ein so ungeheures Werk wie die Verdrängung der Gewalt aus dem zwischenstaatlichen Leben eben eine langsame organische Entwicklung während eines ganzen oder halben Jahrhunderts voraussetze und dass man also eigentlich mit dem Tempo der Entwicklung ganz zufrieden sein könne. Man übersah, dass diese embryonale Gerichtsbarkeit einem Damm zu vergleichen war, gegen die Sturmflut des Weltkrieges erbaut; war der Damm im kritischen Augenblick noch nicht genügend hoch und fest, dann musste er eben von den Fluten weggefegt werden — und das Werk war neu zu beginnen. So sind gerade aus diesem Weltkrieg und aus der praktischen Nichtbewährung so vieler, auf unrichtige Beurteilung der psychologischen Möglichkeiten des Kriegsmilieus gebauter kriegsrechtlicher, auf Humanisierung des Krieges hinzielender Gesichtspunkte, aus dem Bruch der internationalen Verträge und aus dem Versagen des Haager

Schiedshofs unendlich viele Vorurteile gegen die Möglichkeit jeder völkerrechtlichen Satzung erwachsen, der Weiterausbau dieser Einrichtungen ist erschwert worden.

* * *

Die internationale Gesetzgebung war zu Beginn des Weltkrieges schon viel weiter vorgeschritten, als in der Laienwelt bekannt und eben weil sie aus unmittelbaren, praktischen Bedürfnissen, aus technischen Notwendigkeiten, jenseits aller bewussten Gegenüberstellung nationaler und internationaler Gedanken hervorgegangen war, werden ihre Ergebnisse selbst durch die nationalistische Flutwelle der gegenwärtigen Krise nur in einzelnen Punkten durchbrochen werden können, die Weiterentwicklung ist durch das praktische Bedürfnis verbürgt.

Organe dieser Gesetzgebung waren die internationalen Regierungskonferenzen, die sich in den letzten Jahrzehnten und vor allem in den letzten Jahren derart gehäuft haben, dass sich das Netzwerk der internationalen Verträge für einvernehmliche Regelung wirtschaftlicher, politischer, sozialer und kultureller Fragen von Jahr zu Jahr enger gestaltete.

Aus der Fülle der Regierungskongresse in den letzten 25 Jahren seien folgende als Beispiele angeführt:*)

1890: Brüsseler Konferenz zur Bekämpfung des Sklavenhandels;
im gleichen Jahre: Berner Konferenz zur Regelung des Eisenbahnwarentransportes;

1896: Pariser Konferenz zum Schutz des geistigen Eigentums;

1897: Sanitätskonferenz in Venedig bezüglich von Massnahmen gegen die Pest;

1898: Konferenz zu Rom zur Bekämpfung des Anarchismus;

1899: Haager Friedenskonferenz, die zur Errichtung des internationalen Schiedshofs führte;

1900: Brüsseler Konferenz zum Schutz des industriellen Eigentums;

1901: Brüsseler Konferenz zur einvernehmlichen Beseitigung der Exportprämien für Zucker, Beendigung eines wahren „Zuckerkrieges“ zwischen den einzelnen Produktionsstaaten;

1905: Brüsseler Konferenz über Schutz gegen Schiffszusammenstöße und Hilfeleistung zur See;

im gleichen Jahr: Berner Arbeiterschutz-Konferenz, die zum einvernehmlichen Verbot des gelben Phosphors in der Streichholzindustrie und zum Verbot der Nacharbeit der Frauen führte;

1906: Algeciras-Konferenz, welche zur Einsetzung der internationalen Polizei in den marokkanischen Häfen führte usw. (Allerdings durch die spätere Entwicklung überholt, aber als Uebergangsfaktor um die Vermeidung augenblicklicher Konflikte durchaus verdient);

im gleichen Jahr: Genfer Konferenz zur Revision der „Genfer Konvention“;

1907: zweite Haager Konferenz, die zur Kodifizierung des Kriegrechts usw. führte;

*) Siehe eine ausführliche Liste dieser Kongresse, sowie der internationalen Aemter in Frieds „Handbuch der Friedensbewegung“, S. 124 bis S. 133.

1908: Brüsseler Konferenz zur Beschränkung des Waffenhandels in Afrika;

1909: Londoner Seekriegsrechts - Konferenz (deren Beschlüsse wenigstens zum Teil die Grundlage der im gegenwärtigen Weltkrieg beobachteten Usancen geworden sind);

1910: Haager Konferenz zur Vereinheitlichung des Wechselrechts;

1912: Züricher Arbeiterschutz - Konferenz, die zur Beschränkung der Kinderarbeit führte.

Die Fülle dieser segensvollen Vereinbarungen darf jedoch andererseits nicht vergessen lassen, dass sie nur einem beschränkten Prozentsatz aller nach einvernehmlicher Regelung rufenden internationalen Fragen gerecht wurden und dass die Methode für die Ausarbeitung all dieser gesetzgeberischen Werke eben doch eine unvollkommene und schwerfällige gewesen ist. Am fühlbarsten sind diese Mängel bei den wichtigsten dieser gesetzgebenden Versammlungen, den Haager Konferenzen selbst, geworden. Die Erfordernis der Einstimmigkeit und die wiederholte Paralyse der vom Willen einer grossen Mehrheit getragenen Anträge durch einzelne widerstrebende Regierungen zeugen von der Unvollkommenheit der Methode.

Die interparlamentarischen Konferenzen wieder, die ob ihrer Beziehungen zu den Staatsparlamenten mehrfach als Embryos eines internationalen Parlamentes aufgefasst wurden, haben keinerlei gesetzgeberische Kompetenz.

Auch in dieser Sphäre also wertvolle Ansätze, aber doch trauriges Zurückbleiben der gesetzgeberischen Entwicklung und ihrer technischen Methoden gegenüber der Fülle der für solche Gesetzgebung bereitstehenden Materie.

* * *

Ganz ähnliche Gesichtspunkte kommen für die Beurteilung der Ansätze zu einer internationalen Verwaltung in Frage. Mehrere der oben erwähnten und eine ganze Reihe anderer Regierungskonferenzen haben internationale Ämter ins Leben gerufen, die zum Teil wichtige Fragenkomplexe ganz in jener Weise ordneten, wie einzelstaatliche Ämter sich mit innerstaatlichen Fragekomplexen befassen.

An erster Stelle ist wohl das Berner Büro des Weltpostvereins zu nennen, das seit dem Jahr 1874 besteht und einen grossen Anteil an der durch die Erleichterung der Postverbindungen ermöglichten Entwicklung des Welthandels genommen hat.

Wichtig für seine spezielle Sphäre ist auch das ständige Büro der internationalen Zuckerkommission zu Brüssel, das das Wiederaufleben des „Zuckerkrieges“ bis jetzt erfolgreich verhinderte. Das Berner Büro für das industrielle Eigentum leistet seit 1883 und das Berner Büro für das literarische Eigentum seit 1886 nützliche Dienste für die angemessene Belohnung und Aneiferung schöpferischer Arbeit.

Das Brüsseler Büro zur Bekämpfung des Sklavenhandels hat seit 1890 diesen Rest vergangener Barbarei fast völlig ausgeschaltet usw.

Vergleichen wir jedoch all diese Ämter mit den Ministerien eines beliebigen Einzelstaates, so tritt uns die Verschiedenheit in der Inten-

sität der internationalen und der einzelstaatlichen Verwaltung in anschaulichste Erscheinung.

Bei aller Würdigung des bisher Geschaffenen und der von ihm bezeugten Entwicklungstendenz müssen wir doch aus dieser ins Einzelne gehenden Untersuchung eine völlige Bestätigung der im letzten Kapitel angedeuteten These, dass nämlich die Ausbildung der Organe zur Regelung des internationalen Lebens weit hinter der Entwicklung dieses Lebens und der von ihm gebornen Konfliktsmöglichkeiten zurückbleibe, entnehmen.

Der soziale Organismus Menschheit ist weit von gleichmässiger Ausbildung seiner verschiedenen Funktionen entfernt und der Gefahr innerer Erschütterungen damit im höchsten Grade ausgesetzt...

Hierzu kommt der Umstand, dass selbst die bereits entwickelten internationalen Organe nur aus besonders fühlbar gewordenen Einzelbedürfnissen entsprungen, dass jedoch jedes Einheitsbewusstsein der Menschheit, jedes Bewusstsein der Interessengemeinschaft, jeder bewusste Wille zu deren planmässiger Wahrung und Regelung durchaus gefehlt haben. So stehen auch die bereits geschaffenen internationalen Einrichtungen zusammenhanglos nebeneinander. So haben sie keinerlei konzentrierten Einfluss auf die allgemeine Weltentwicklung üben, keinerlei wirksamen Widerstand gegenüber den sie bedrohenden Gewaltkrisen leisten können.

In einzelnen technischen Beziehungen war man zu bewusster internationaler Regelung internationaler Fragen vorgeschritten: aber die grossen allgemeinen Menschheitsgeschicke blieben nach wie vor ein wirrer Spielball der gegeneinanderschlagenden Gruppenegoismen, der jeder vereinheitlichenden, regelnden, geistigen Instanz entbehrenden internationalen Anarchie. Keine Instanz bestand oder besteht für Wahrung der menschheitlichen Gemeinschaftsinteressen und so konnte mit ihnen bösartigster Raubbau getrieben werden. Solange Frieden herrschte, kam das mehr in negativer Weise zur Geltung, indem all die grossen Ersparnis- und Aufbaumöglichkeiten, welche sich einer bewussten Erfassung des Menschheitsinteresses geboten hätten, nicht beachtet wurden; indem z. B. in Indien und Japan Uebervölkerung herrschte, während die nahen Territorien Nordaustraliens — um politischer, bei gutem Willen durchaus ausgleichbarer Widerstände des an den Südostküsten des Erdteils konzentrierten australischen Volkes willen — menschenleer verbleiben mussten.

Als jedoch der Krieg all die Gruppenegoismen zur Leidenschaftshitze anfachte, die ruhige Beurteilung der augenblicklichen Eigeninteressen trübte und die der eigenen Zukunftsinteressen, sowie jedwedes Allgemeininteresses überhaupt völlig auslöschte, als diesen Gruppenegoismen gar kein „Menschheitsegoismus“, gar kein Kraftzentrum für Wahrung dieser Gemeinschaftsinteressen entgegenzuarbeiten vermochte, da hat der Raubbau an den Gemeinschaftsinteressen wahrhaft phantastische Dimensionen angenommen.

Die Völker schlagen gegeneinander und haben bereits im ersten

Kriegsjahr 100 Milliarden wirtschaftlicher Werte und mehrere Millionen Menschenleben vernichtet, den Glauben an die Heiligkeit der Verträge, der für jede Entwicklung zur Ueberwindung der Gewalt durch das Recht so unentbehrlich ist, schwer erschüttert, den Entwicklungsgang zur wirtschaftlichen Arbeitsteilung, zur geistigen Kooperation unterbrochen. — Um ephemärer „Vorteile“ willen (was Anstachelung der Kriegsleidenschaft im eigenen Volke und Stimmungsbeeinflussung im neutralen Ausland anbelangt) hat man allerorten Berichte über vom Gegner begangene „Greuel“ systematisch verbreitet und damit dauernden Hass ins Unterbewusstsein der Völker gesät, eine psychische Atmosphäre geschaffen, die noch für lange Jahrzehnte hinaus anlässlich jedes unbedeutenden Streitfalls die Gefahr eines allgemeinen Weltbrandes heraufbeschwören wird.

Geht es nach dem Wunsche der Annexionsfanatiker in den verschiedenen Ländern, so wird die siegreiche Staatengruppe, wenn es eine solche gibt, eine Reihe von Landgebieten des Gegners gegen den Willen der Bewohnerschaft sich aneignen; um dieselbe niederhalten zu können, wird man auf die demokratischen Entwicklungen im eigenen Lande teilweise verzichten müssen; um Rache- und Befreiungskriege seitens der verstümmelten „Feindesländer“ hintanzuhalten, wird man ungezählte Milliarden auf verstärkte Waffenrüstung ausgeben und in dem — trotz alledem früher oder später aus dem begangenen Unrecht neu erwachsenden — Weltbrand erst recht Hunderte von Milliarden dahinschwinden sehen. All das, ohne irgendwelchen ernstlichen Vorteil auch nur für die engen Eigeninteressen und in offener Verhöhnung des Friedensinteresses der künftigen Generationen des eigenen Volkes, in Niedertretung des einem wehrlosen Riesen gleichenden, weil eines Bewusstseins- und Aktionszentrums entbehrenden Menschheitsinteresses. Das Fehlen dieses wichtigsten Organs im Menschheitsorganismus erklärt vor allem dessen gegenwärtige Zerrüttung.

Seine Arbeitsteilung und seine Wechselbeziehungen, sein blühendes materielles und geistiges Leben haben sich rascher entwickelt, als die Organe für dessen Regelung, für die Schlichtung der vom quellenden Leben geborenen Gegensätze, als das Eigenbewusstsein dieses zum Eigenleben erwachten Organismus.

Die Gemeinschaftsinteressen sind rascher erwachsen als das Verständnis dafür und der Wille zu ihrer Vertretung gegenüber den Gruppeninteressen.

Mit dem raschen Wachstum der meisten menschheitlichen Lebensfunktionen hat das Wachstum der höchsten, des Eigenbewusstseins und des Eigenwillens nicht Schritt gehalten, und diese Wachstumsstörung, diese Ungleichmässigkeit und innere Gegensätzlichkeit musste zum grotesken Schauspiel führen, dem wir anwohnen, zum Herumtorkeln des Menschheitsorganismus, dem der Blick für den zu gehenden Weg, dem das Verständnis für die zur Wahrung seiner eigenen Interessen vorzunehmenden Handlungen fehlt. Aus dieser Uebergangsperiode erklären sich die Kriegswirren unserer Zeit.

V. KAPITEL.

Wie kann der Menschheitsorganismus gesunden?

(Einige methodologische Grundbegriffe.)

IN den folgenden Abschnitten soll zu zeigen versucht werden, welche Organe im Menschheitsorganismus erwachsen müssen, gebildet werden müssen, damit dieser in eine neue Harmonieperiode einträte.

Vielleicht mag es vermessen erscheinen, von bewusster Bildung solcher Organe, vom bewussten Eingreifen in die grossen Entwicklungsprozesse zu sprechen. Aber zu den Eigentümlichkeiten der gegenwärtigen Epoche gehört es ja eben, dass der Menschheitsorganismus selbst jedes Eigenbewusstseins, jeder Eigenintelligenz und jedes Eigenwillens entbehrt, dass es jedoch unter den Menschen, die seine Zellen darstellen, gar wohl solche gibt, die sich über die allgemeinen Notwendigkeiten Klarheit zu verschaffen vermögen.

Wie wir bei der Erläuterung der soziologischen Grundbegriffe am Eingang dieser Studie gesehen haben, liegt eben keine wahre Identität zwischen Sozialorganismen und menschlich-tierischen Organismen vor, sondern nur eine Analogie, eine Parallelität, weniger im statischen Aufbau, als in den dynamischen Entwicklungsvorgängen: aber auch hier wieder Verschiedenheit neben der Verwandtschaft, eine Verschiedenheit, die vor allem darin ihren elementaren Ausdruck findet, dass den Zellen des tierisch-menschlichen Organismus keinerlei Intelligenz und somit keinerlei Möglichkeit einer bewussten Beeinflussung des Gesamtorganismus zukommt, während eben der Sozialorganismus nicht bloss von organischen Entwicklungsgesetzen, sondern auch von der schöpferischen Intelligenz- und Willensbegabung der Einzelmenschen abhängig ist.

Das in den folgenden Abschnitten zu entwickelnde Programm will im übrigen durchaus keine Vorhersage dessen, was sein wird, darstellen, sondern nur eine Zusammenstellung des Sollenden, einen Aufruf zur Tat in Benutzung der vorhandenen Entwicklungsansätze und Entwicklungsmöglichkeiten, einen Appell zum Eingriff des einzelmenschlichen Willens in den Komplex der Menschheitsgeschicke, in den Werdeprozess des Menschheitswillens.

Das zu wollen, ist nicht „sozialer Utopismus“, wie Dr. Alfred H. Fried in seinem sonst so ausgezeichneten „Handbuch der Friedensbewegung“*) dartun will. Betrachten wir seinen Gedankengang, um das Irrtümliche desselben im einzelnen nachweisen zu können.

Fried schreibt: „Das Kriterium der sozialen Utopie ist untrüglich in der Methode enthalten, die ihrer Verwirklichung dienen soll.

*) Seite 117.

Es gibt einen grundlegenden Unterschied zwischen der Methode des technischen Fortschritts und der Methode des sozialen Fortschritts. Beim technischen Wirken kann sich der Mensch ein Produkt vorstellen und, von diesem ausgehend, gewissermassen zurückdenkend (deduktiv) die Mittel suchen, die zur Verwirklichung dieses vorgestellten Produktes vonnöten sind. Der Techniker konstruiert das gewollte Produkt.

Beim sozialen Wirken kann der Mensch nicht vom Produkt ausgehen. Er kann nicht rückdenkend Mittel suchen oder ersinnen, die ein vorher gewolltes Ergebnis zeitigen könnten. Er kann nicht konstruieren.

Die soziale Entwicklung ist ein natürlicher Prozess und unterliegt den natürlichen Bedingungen der organischen Entwicklung. Ein Produkt kann sich dabei nur ergeben, wenn die natürlichen Voraussetzungen dafür vorhanden sind: d. i. die keimkräftige Materie und die Keimkraft; monistisch ausgedrückt: Leben.

Leben kann nicht konstruiert werden.

Man kann einen ohne Pferde laufenden Wagen ersinnen, aber man kann nicht einen Apfel oder ein Pferd produzieren.

Ebensowenig kann man eine bestimmte soziale Ordnung, eine bestimmte Gesellschaftsordnung, einen bestimmten Zustand des internationalen Zusammenlebens produzieren.

Die Weltorganisation lässt sich daher ebensowenig wie ein Apfel oder ein Pferd durch Willensakt und direkte menschliche Handlung erzeugen.*

Frieds Beweisführung wäre wissenschaftlich haltbar, wenn die Entwicklung eines sozialen Organismus wirklich eine mit der Entwicklung eines tierisch-menschlichen Organismus identischer Vorgang wäre. Gewiss kann „Leben nicht konstruiert werden“. Die Unmöglichkeit, auch bei sinnvollster Kombinierung physikalischer und chemischer Prozesse ein lebendiges Wesen, selbst niedrigster Entwicklungsstufe, zu erzeugen, ist eine der wichtigsten Lehrsätze der biologischen Wissenschaft. Aber Worms und Espinas haben eben geirrt, wenn sie aus den Analogien zwischen sozialem und tierisch-menschlichem Organismus, sozialem und organischem Leben eine Identität beider Kategorien abzuleiten suchten.**) Fouillée**) und Ferrière***) und alle modernen soziologischen Forscher haben es nachgewiesen und Worms selbst†) hat in seinen späteren Schriften die eigene These in ihrer radikalen Zuspitzung aufgegeben.

Da also das Leben eines sozialen Organismus nicht Leben im biologischen Sinne ist, so brechen die Folgerungen, die Fried aus dem Satze „Leben kann nicht konstruiert werden“ auf die Unmöglichkeit bewusster Schöpfung sozialer Einrichtungen und Reformen nach logischen Prinzipien zieht, in sich zusammen.

Andererseits muss natürlich jede solche soziale Neuschöpfung mit den tatsächlichen Bedürfnissen des sozialen Organismus rechnen.

*) Siehe die Erörterung der soziologischen Grundbegriffe im ersten Kapitel der vorliegenden Studie.

**) Fouillée, „Les éléments sociologiques de la morale“, Paris, 1905.

***) Ferrière, „La loi du progrès“, S. 187.

†) Worms, „Les principes biologiques de l'évolution sociale“, Paris, 1910, S. 11 und S. 42.

Um wahren Fortschritt zu beinhalten, muss sie eine Anpassung der menschlichen Einrichtungen an die sich wandelnden technischen oder psychologischen Grundlagen darstellen. Das erstere hat Karl Marx in seiner sogenannten „materialistischen“, besser als „ökonomisch“ zu bezeichnenden Geschichtsauffassung zum Ausdruck gebracht und den Inhalt des sozialen und geistigen Fortschritts in der Anpassung des gesellschaftlichen Ueberbaus an die wirtschaftlichen Veränderungen und damit indirekt an die dieselben bedingenden technischen Entdeckungen erblickt. Er übersah, dass es psychologische Entwicklungsreihen gibt, die von den obgenannten ganz unabhängig sind: So all die Versuche des Menschen, eine seelische Beziehung zur Umwelt zu gewinnen, all die hieraus erwachsenden Religionen.

Aber der Gedanke, dass die sozialen Einrichtungen ein sekundäres Moment darstellen, dass das Kriterium ihrer Vorzüglichkeit nicht in ihnen selbst, sondern im Grade ihrer Anpassung an die gegebenen technisch-ökonomischen (und wir fügen bei „psychologischen“) Bedingungen ihrer Geschichtsepoche liegt, war durchaus richtig und damit wird auch die Rolle des schöpferischen Geistes eingeschränkt. Sucht er nach rein logischen Gesichtspunkten zu schaffen, ohne den spezifischen Notwendigkeiten der Geschichtsepoche Rechnung zu tragen, dann kommt er in Widerspruch mit deren Entwicklungstendenzen, dann scheitert er als Utopist. Sucht er jedoch, sei es auch mit logischen, ja, technischen Mitteln in durchaus konstruktiver Form die Anpassung der sozialen Einrichtungen an deren natürliche Grundlagen zu erzielen, dann ist er nicht Utopist, sondern sozialer Reformator. In weitaus den meisten Fällen steht er dann auch nicht allein; andere haben vor ihm, wenn auch in logisch unvollkommener Weise, die gleichen Probleme zu lösen versucht... All diese Anstrengungen summieren sich, die Entwicklungstendenz setzt sich — mit Unterstützung des menschlichen Geistes — durch.

Auch Marx' Schüler geben dies heute zu und erkennen an, dass der menschliche Geist und der menschliche Wille wohl bedingt seien von der Umwelt, dass ihr tätiges Eingreifen jedoch unentbehrlich sei für die Durchsetzung der natürlichen Entwicklung.

Die Geschichte bietet übrigens eine Fülle von Beweisen gegen die These des radikalen marxistischen Flügels von der die menschliche geistige Initiative ausschliessenden naturgesetzlichen Entwicklung — und gegen Frieds Ansicht, dass „ein soziales Projekt utopisch sei, sobald es die Anwendung der technischen Methode zur Voraussetzung habe, also eine Konstruktion bedinge.“*) Die Schaffung der deutschen Sozialversicherung z. B. ist ein durchaus logisches Werk gewesen, das von Bismarck und seinen Mitarbeitern bewusst gewollt und nach technischen Gesichtspunkten konstruiert worden ist.

Gewiss entsprach es einem Bedürfnis der Zeit und stellte eine Anpassung an die unsicher gewordene Lage des Industriearbeiterstandes, der in den Krisenfällen des Lebens jenes Rückhalts entbehrte, wie ihn der Bauer in seiner Heimstätte hat, dar; aber diese Bedürfnisfrage wurde logisch erfasst und ihre Befriedigung technisch gelöst. Der Angelsachse in seinen früheren konservativen Entwicklungsstadien liebte

*) Op. cit. S. 118.

es, die Entwicklung solcher Institutionen den Gesetzen des „natürlichen Wachstums“ zu überlassen. Aber das Bismarck'sche Vorgehen hatte dem gegenüber unendliche Ueberlegenheit in der Ersparnis an Zeit und in der bessern, weil bewusst alle wissenschaftlichen Daten verwertenden technischen Ausgestaltung. Uebrigens hat auch das England der modernen liberalen Partei, das England Lloyd Georges' nunmehr seine traditionelle Methode aufgegeben, die Ueberlegenheit der deutschen „logisch-technischen Konstruktion“ über die bloss automatische Förderung der Entwicklung anerkannt und an Stelle der natürlichgewachsenen Sozialversicherungs-Einrichtungen ein planmässig geschaffenes System nach deutschem Muster gesetzt.

Aehnliches gilt von der Schöpfung des deutschen militaristischen Systems, das eben dadurch allen anderen Militärsystemen der Erde überlegen ist, dass es keinerlei Vorkehrung der Routine oder dem „natürlichen Wachstum“, den erst in der Kriegszeit selbst zu schöpfenden Erfahrungen und Anpassungen überlässt (wie das England zu seinem Schaden getan hat), sondern in rein logischer Weise mit den Hilfsmitteln der Wissenschaft und Technik die vorzüglichst-mögliche Kampfmaschine der Welt konstruiert hat.

Auch unter den grossen geistigen Wandlungen der Vergangenheit lassen sich neben denen, die in allmählicher Entwicklung vor sich gegangen sind, sehr wohl auch solche nennen, die planmässig konstruiert wurden: So der von der französischen Revolution auf Grundlage der „Menschenrechte“, auf den Ideen seiner Philosophen aufgebaute moderne Staat; diese „logische“ Methode Frankreichs ist ja oft der „natürlichen Entwicklung“ Englands gegenübergestellt worden; beide sind möglich und die erstere ist durchaus nicht „utopisch“, denn das Kriterium der Utopie ist ja eben die Unerfüllbarkeit; doch der „Staat“ der französischen Revolution ist verwirklicht worden.

Auch in der Entstehung der grossen Religionen sind beide Möglichkeiten des Fortschritts vertreten. Judentum und Bramaismus haben sich allmählich entwickelt; das Christentum ist in weitgehendem Masse auf das individuelle Genie des Mannes aufgebaut, dessen in den Evangelien wiedergegebene Lehrsätze heute noch einen hauptsächlichen Bestandteil im ganzen organischen Sein der Kirchen darstellen. Andererseits hat gewiss die Entwicklung und zwar nicht bloss die nach aufwärts, sondern vor allem die Anpassung an unvollkommenere Bedürfnisse, die Entwicklung nach abwärts auch viel zur heutigen Form beigetragen.

Aber in den Werken eines Luther und Calvin sehen wir die grosse Rolle logischer Konstruktion wieder voll bestätigt, andererseits auch in dem von Loyola durchaus bewusst aufgebauten „Jesuitenorden“ (der trotzdem nicht das Leben einer „Utopie“ lebt).

Aus all diesen historischen Präzedenzfällen geht klar hervor, dass es durchaus nicht utopisch und nicht unmöglich ist, die Anpassung der zwischenstaatlichen Organisation an die natürlich-gewandelten Bedürfnisse des zwischenstaatlichen Lebens mit den Hilfsmitteln der Logik, d. h. der wissenschaftlichen Erforschung aller Bedürfnisse und technischen Möglichkeiten zu versuchen. Solche schöpferische Strebung wird gut daran tun, all die vorhandenen Entwicklungsansätze zu benutzen und auszubauen. Der schmachvolle Zusammenbruch

aller internationalen Organisation in diesem Weltkrieg hat andererseits gezeigt, wie gefährlich es ist, alles von der unendlich langsamen, instinktiven Entwicklung — die eben von den Katastrophen, die sie nicht aufzuhalten vermag, überrannt und damit rückgebildet wird — zu erwarten. Die blossе Züchtung der natürlichen Entwicklung genügt nicht; die übertriebene Ehrfurcht vor dem historisch Gewordenen und historisch Werdenden, wie sie in der praktischen Politik von den Vertretern der besitzenden Stände und der vererbten Privilegien gepredigt und als konservative Staatsweisheit verherrlicht wurde, um so den liberalen Vertretern logischer Neuschöpfung, d. h. Wegräumung des Schutts der Jahrhunderte und Neuaufbaus eines modernen Staatsgebäudes, entgegengestellt zu werden, muss ihres Zaubers entkleidet werden. Allzu gefährlich ist es, das hat die Geschichte vielfach erwiesen, wenn auch die Wissenschaft um die Gunst der herrschenden Gewalten sich bemüht, indem sie sich vor deren, aus Besitzinteresse geborenen Leitideen verbeugt.

Evolution und Revolution sind in der Vergangenheit im gleichen Masse Faktoren der Entwicklung gewesen und viele Anzeichen sprechen dafür, dass der ungeheure historische Fortschritt, der in der Schaffung einer wirksamen zwischenstaatlichen Organisation gelegen wäre und sich bisher an tausend Vorurteilen, tausend Widerständen der Inhaber der einzelstaatlichen Souveränitätsrechte, vor allem aber der an der zwischenstaatlichen Anarchie und dem — durch sie zur wichtigsten Staatsfunktion emporgetragenen — Militärgewerbe interessierten Klassen gebrochen hat, nur durch eine von augenblicklich übermächtigen Kräften zu erzwingende Umwälzung möglich ist und dass ein Jahr die Entwicklung weiterbringen mag, als vorher ein halbes Jahrhundert.

Der Sieg einer der beiden Staatenverbände hätte möglicherweise eine, wenn auch zu seinen Gunsten orientierte zwischenstaatliche Machtorganisation erzwingen können. Ostwald in Deutschland hat von solcher militärischen Aufrichtung eines europäischen Staatenbundes mit dem deutschen Kaiser als Präsidenten geträumt. Camille Sabatier*) und andere haben in Frankreich den Gedanken vertreten, dass der Sieg der Verbündeten zur Aufrichtung einer internationalen Exekutivgewalt führen müsse, welche jede neue Friedensstörung durch kriegsfreudige Staaten hintanhalt, alle Waffenmacht in ihren Händen konzentriere und die Einzelstaaten zur Abrüstung zwingt. War dieser Gedanke noch speziell gegen Deutschland orientiert, so hat ihn Professor Hamon**) von diesen Schlacken befreit und die Aufrichtung einer zwischenstaatlichen Machtpotenz als Gewährleistung gegen Friedensstörer, wer immer sie seien, gefordert. Alte Vorurteile pflegen im Kriegssturm und den aus ihm hervorgehenden Entschlüssen eine weniger grosse Rolle zu spielen, als in Friedenszeiten. Einseitige Beurteiler mögen daraus trügerisch die Rolle des Krieges als Fortschrittsfaktor ableiten, indem sie dessen unendlich grössere kulturfeindliche Wirkungen ausser acht lassen. Aber ein auf einen entscheidenden Sieg der einen Mächtegruppe gebauter Friede hätte vielleicht wirklich, sei es Ostwald'sche, sei es Hamon'sche Gedanken, zur Verwirklichung führen können.

*) Siehe mehrere Nummern der „Voix de l'Humanité“ (Lausanne) im Januar und Februar 1915.

**) Siehe „Die Menschheit“ (Bern) vom 28. August 1915.

Diese Möglichkeit ist durch die seitherige Kriegsentwicklung, die einen derartig entscheidenden Sieg einer der beiden feindlichen Parteien unwahrscheinlich macht, begraben. Aber auch die wachsende Verzweiflung der Volksmassen während eines durch Jahre bis zur völligen Erschöpfung beider Teile sich hinziehenden Krieges — der eben nicht früher aufhört, als bis, so spät dies auch sei, die Erschöpfung und Verzweiflung der Volksmassen die Beendigung erzwingt — die Empörung dieser Massen ob all der nutzlos gebrachten Opfer kann sehr wohl den grossen aufrüttelnden, Vorurteile und Klassenwiderstände zermalmenden, revolutionären Faktor darstellen, der die Machthaber zur Aufrichtung einer zwischenstaatlichen Organisation, welche die Wiederkehr ähnlichen Massenleides verhindere, zwingen muss. Und wenn auch diese Hoffnung fehlschlägt, so kann es der planmässigen, auf die Daten der Weltkatastrophe sich stützenden pazifistischen Propaganda gelingen, im Laufe der folgenden Jahre eine solche Massenströmung zu erwecken, dass diese bewusst die Aufrichtung der internationalen Organisation in die Hände nimmt.

Diese Darlegungen waren vielleicht im Gefüge dieser Studie notwendig, um aufzuzeigen, dass die logische Konstruktion einer zwischenstaatlichen Organisation, um die sich die vorurteilsfreiesten Soziologen, ein Forel*) und ein Umano**), bemühen, durchaus nicht als „Utopismus“ abzutun ist, sondern sehr wohl grosse Bedeutung im Werden der neuen Organisationsformen gewinnen kann; und um jeder möglichen Kritik der in den nächsten Kapiteln versuchten Herausarbeitung der zweckmässigsten Form zwischenstaatlicher Organisation, soweit sie nicht die Einzelargumente, sondern die Methode des logischen Aufbaus betreffen sollte, von vornherein zu begegnen.

* * *

Für die weitere Beweisführung dieser Studie war es ausserdem von besonderer Wichtigkeit, festzustellen, dass eine bewusste und planmässige Beeinflussung der Entwicklungsvorgänge im sozialen Organismus durchaus möglich ist, dass Neuschöpfung mit den Mitteln der menschlichen Logik eine durchaus wichtige Rolle spielen kann und dass darum die klare Erfassung der Anpassungsnotwendigkeiten, die Propagierung der notwendigen Forderungen und die Schaffung von Kraftzentren für deren bewusste und planmässige Vertretung eine grosse Wichtigkeit für den Fortschritt der Menschheit besitzt.

Dies Problem der Schaffung eines Zentrums für bewussten und planmässigen Menschheitsfortschritt soll im nächsten Abschnitt behandelt werden.

*) „Die Vereinigten Staaten der Erde, ein Kulturprogramm“, von Prof. A. Forel, Lausanne, 1915.

**) Umano, *Essai de Constitution internationale*, Paris, Cornély, 1907.

VI. KAPITEL.

Menschheitsbewusstsein und Menschheitswille.

DIE Zeitereignisse haben mit furchtbarer Deutlichkeit aufgezeigt, dass alle Interessen der Schwachen, alle Interessen, die nicht von einem ernsten Willen und entsprechenden Machtmitteln gestützt werden, zertreten werden. Zu diesen Interessen der „Schwachen“ gehören auch die der Menschheit; nicht bloss werden die in arbeitsteiliger Anstrengung ihrer Söhne geschaffenen wirtschaftlichen Werte zertrampelt, ihr auf Zusammenarbeit der Völker beruhender geistiger Fortschritt durch den Krieg gehemmt, auch der Friede ihrer künftigen Generationen wird schon heute durch systematische Verbreitung von Völkerhass (die irgendwelchen augenblicklichen, vielfach auch nur scheinbaren Vorteilen einer kriegführenden Partei dienen soll und durch die Annexionsträume, deren Verwirklichung wieder den annektierenden Staaten selbst nur scheinbaren Vorteil bringen, aber furchtbare Rachekriege heraufbeschwören würde) gefährdet.

Jede nationale Gruppe treibt Raubbau an den gemeinsamen Menschheitsinteressen, weil es eben ungeschützte Interessen eines Schwachen sind.

Warum aber ist die Menschheit schwach? Weil sie keine Zentren besitzt, in denen das Bewusstsein für die Gemeinschaftsinteressen erwachsen, in denen sich ein Menschheitswille zur Wahrung dieser Interessen ausbilden, von denen aus die ungeheuren Kräfte des schlafenden Riesen geweckt und all den Egoismen der sozialen Gruppen, all dem oft so gar nicht „heiligen“ *Sacro egoismo* der Völker übermächtig entgegengestellt werden könnten.

Ein solcher Menschheitswille zur Selbstverteidigung und zum planmässigen Fortschritt der Menschheit, der in weiterem Rahmen dem Willen der Völker zu Selbstschutz und Fortschritt vergleichbar wäre, vermöchte auch zum Träger jener Entwicklung zur zwischenstaatlichen Organisation zu werden, die allein der Menschheit dauernden Frieden geben kann; dieser Wille allein könnte die schleppende, in tausend Entwicklungsansätzen langsam vorangehende, dann aber wieder an tausend Trägheitswiderständen sich brechende ungeordnete Bewegung von der zwischenstaatlichen Anarchie zur zwischenstaatlichen Ordnung*) vereinheitlichen, befeuern, ihr klare Gesichtspunkte und Unwiderstehlichkeit verleihen.

Er würde dem Menschheitsorganismus erst ein inneres Gleichgewicht geben und in der Wahrung der Menschheitsinteressen auch alle Völker- und Individualinteressen, die in demselben enthalten sind, machtvoll fördern. Das Menschheitsbewusstsein würde wohl dem Na-

*) Siehe die nähere Darstellung im IV. Kapitel dieser Studie.

tionalhass — der Ausartung des nationalen Patriotismus — in ernster Weise gegenüberzutreten; aber die wahre, auf Ausbildung aller Kräfte des eigenen Volkes, ohne jeden Eifersuchtsgedanken dem Nachbar gegenüber bedachte Vaterlandsliebe könnte sehr wohl an seiner Seite ebenso weiterbestehen, als sich Familien- und Stammesbewusstsein neben dem nationalen Patriotismus erhalten haben.

Menschheitsbewusstsein und Menschheitswillen auszubilden, ist also eine grosse Aufgabe der Zeit, deren Verwirklichung kein legitimes Interesse verletzen und die Erreichung der grössten und wertvollsten Interessen ermöglichen würde. Diese Ausbildung kann als eine wahre entwicklungsgeschichtliche Pflicht, als ein „Soll“ im höchsten Sinne des Wortes angesprochen werden.

Im Folgenden wollen wir untersuchen, welche Entwicklungsansätze für solches Menschheitsbewusstsein und solchen Menschheitswillen sich bereits geschichtlich herausgebildet haben und was weiter geschehen kann und geschehen muss, um beide zu ihrer vollen Entfaltung zu führen.

* * *

Zu den bekanntesten Lehrsätzen der Psychologie gehört die Aufdeckung der in konzentrischen Kreisen sich weitenden „Wir-Vorstellung“ des Menschen. Das Gemeinschafts- und Solidaritätsgefühl der Eltern mit ihren Kindern und der Gatten untereinander reicht bis ins Tierreich zurück, ebenso die Solidarität der Herde. Die ersten Entwicklungsstadien der Menschheit tragen diesen Stempel der Stammessolidarität in besonders ausgeprägter Weise; kein Mitglied eines Jäger- oder Hirtenstammes konnte darüber im Zweifel sein, dass all sein eigenes Wohl und Wehe an den Erfolg der gemeinschaftlichen Tätigkeit und vor allem an den Sieg im Kampf gegen andere Stämme, gegen den „Feind“ gebunden sei. Für den Stammesfremden besass man keinerlei Mitempfinden, es sei denn, er genösse die an bestimmte Bedingungen und Formen gebundene, aus der Erkenntnis der objektiven Nützlichkeit der Institution geborene „Gastfreundschaft“. In allen anderen Fällen mochte er ruhig getötet werden, während jede feindselige Handlung gegen ein Mitglied des eigenen Stammes bereits in jenen fernsten Urzeiten scharf geahndet wurde. Das „Wirempfinden“ innerhalb des Stammes war sogar stärker, weil an unmittelbare sichtbare Interessen geknüpft, als das gleiche Phänomen auf höherer Entwicklungsstufe. Ihm gegenüber trat jedes individuelle Recht bekanntlich weit zurück.

Mit Annahme sesshafter Lebensweise und Uebergang von der Viehzucht zum Ackerbau vollzog sich in den meisten Fällen der Uebergang von der Stammesverfassung zur Staatsverfassung und dementsprechend die Erweiterung des Stammespatriotismus zum Staatspatriotismus. Die unmittelbar bewusste Blutszusammengehörigkeit und Interessegemeinschaft, welche das Stammesbewusstsein so scharf ausgebildet hatte, trat nun zurück. Liebe zum Heimatboden, Solidarität im Kampfe mit dem auswärtigen Feind, gemeinschaftliche Tradition, Sprache und Kultur, Treue zu Fürst und Land sind an die Stelle jener Urkräfte getreten und haben eine auf alle Volksgenossen ausgebreitete,

allerdings gegenüber dem Stammesbewusstsein minder intensive Wir-empfindung erzeugt.

Vielfach ist dann durch Zusammenschluss kleiner Vaterländer zu einem grössern Vaterland oder auch schon vor der politischen Einigung durch sprachliche und kulturelle Solidarität ein auf noch weitem Kreis ausgedehntes Wirempfinden getreten; im bekannten Falle der deutschen Einigung ist es den letzten politischen Entwicklungen vorangegangen und hat als Sehnsucht nach der Einigung die grossen Dichter des deutschen Volkes befeuert.

Dieser weiterumfassende Patriotismus hat jedoch durchaus nicht die Tilgung der vorhergehenden engeren konzentrischen Kreise zur Folge gehabt. Ist auch die Stammeseinheit als solche in modernen Verhältnissen zurückgetreten, so haben doch lokale Einheitsbildungen, die zum Lokalpatriotismus, zur Anhänglichkeit an die Vaterstadt oder das heimatliche Dorf führten, ihre Stelle eingenommen. Der moderne Deutsche hat nicht aufgehört, ein treuer Sohn seiner engern Heimat, z. B. Bayerns zu sein und warm für seinen noch engern Heimatskreis, z. B. sein heimatliches Gebirgstal, zu empfinden; ebensowenig ist natürlich die Familiensolidarität ausgetilgt worden. Er ist sich seiner Zugehörigkeit zu all diesen Solidaritätskreisen voll bewusst.

Die Verknüpfung der Völkerinteressen und die durch tausend Beziehungen der Presse und der geistigen Strömungen herbeigeführte Annäherung der Menschen und Völker*) hatten dann weitergehend in der Zeit vor dem Weltkrieg bereits merkbare Ansätze zu einem Welt-patriotismus ausgebildet, durchaus wesensverwandt den nationalen Patriotismen und sich zu ihnen etwa verhaltend, wie diese zum Stammesempfinden. Ein rein menschliches Mitgefühl besonders in Fällen übermächtigen Unglücks hatte sich ausgebildet, das nach der Nationalzugehörigkeit der Opfer wenig oder gar nicht frug. Die spontane Hilfsbetätigung für die Beschädigten des Erdbebens von Messina oder für die Angehörigen der Opfer der Titanic hat dies in plastische Erscheinung treten lassen. Christliche Vorstellungskreise von der allgemeinen Gotteskindschaft, christliche und von der Religion in mehrere ethische Systeme übergegangene Gebote von der allgemeinen Nächstenliebe, stolzes Erkennen der grossen Errungenschaften menschlicher Gemeinschaftsarbeit in Wissenschaft und Technik, stolze Freude über den Aufstieg der Menschheit zur Erkenntnis der Naturrätsel und zur Beherrschung der Naturkräfte, Ideologien, die von der Interessensolidarität einzelner Berufszweige, wie der Arbeiterschaft, ihren Ausgang nahmen, all das hat mächtig zur Herausbildung menschheitlichen Einheitsgefühls und Solidaritätsempfindens, zur Weitung der Wirvorstellung auf das ganze Menschentum beigetragen.

Eine Solidaritätsempfindung ist so im Werden, die zum Unterschiede von allen Vorausgegangenen eine wirklich natürliche Grenze hat, die des Menschentums, das, wie wir ohne unberechtigten Dünkel sagen können, den anderen Lebewesen gegenüber tatsächlich höherwertig ist. Eine Wirvorstellung, der allerdings die Klammer gemeinsamen Kampfes gegen gleichgeartete äussere Feinde fehlt, welche den Stamm der Urzeit so fest zusammengeschmiedet hat, die jedoch

*) Siehe Näheres im dritten Kapitel.

im gemeinsamen Kampf der Menschheit gegen den Trägheitswiderstand der Materie, gegen Krankheit und Tod, im verbrüdernten Aufstieg zu stets grösserer innerer Vollkommenheit auch starke seelische Triebkräfte besitzt. Ueber sie hinaus ginge dann noch das Alleinheitsempfinden mit allen Lebewesen, das jedoch bei der im modernen Menschen- und Industriemilieu sinkenden Bedeutung unserer tierischen Mitbewohner des Planeten nur mehr die Wichtigkeit eines Spezialfalles besitzt, dem durch Verfeinerung des Mitgefühls für alles Lebendige auch heute bereits mehr und mehr Genüge getan wird — und noch weiter dann ein pantheistisches Alleinheitsgefühl mit dem Weltall. Aber das sind dann Problemlinien, die ganz jenseits unserer speziellen Frage des Menschheitsorganismus führen und gegenüber dem praktisch entscheidenden Gesichtspunkt der menschlichen Solidarität eine ausschliesslich ideelle Bedeutung besitzen. Nur der Vollständigkeit willen mussten sie hier als weitere Entwicklungsmöglichkeiten der für die letzten Jahrzehnte charakteristischen Weitung der Solidaritätskreise erwähnt werden.

Der Krieg hat freilich diese Zusammenhänge wieder zerrissen und zwar kaum bloss für die Zeit des Waffenkampfes selbst. Der aus dem blutigen Grauen selbsttätig entspringende und dann noch systematisch weitergeschürte Völkerhass wird gewiss noch lange fortwirken — aber nur ein krankhaft enger Gesichtskreis kann doch zur Irrmeinung verleiten, als ob die ganze, aus der Ueberwindung der Entfernungen und dem geistigen Weltverkehr mit innerer Notwendigkeit entspringende Entwicklungstendenz zum Menschheitspatriotismus damit dauernd abgeschnitten sei. All die Deklamationen von der sittlich notwendigen Abschliessung des eigenen Vaterlandes gegen die „Fremde“, von dem dauernden Sich-Zurückziehen auf die eigene Volkskraft, all diese mit so grossem Pathos und gewiss auch in vielen Fällen durchaus guten Glaubens und mit wahrer innerer Ueberzeugung von der Höherwertigkeit der eigenen Enge über die Weite des „schalen“ Weltbürgertums vorgetragenen Thesen, diese ganze Problemstellung muss dem vorurteilslosen Beobachter als Auflehnung des sich blähenden Menschen gegen das Naturgesetz, als groteske Verzerrung erscheinen.

Dass die Solidaritätsempfindungen innerhalb des einzelnen Volkes wieder stärker geworden, weil zu den Triebkräften des Staatspatriotismus nun vorübergehend auch wieder die ehernen Klammern des im Kampfe gegen andere Stämme begriffenen Stammes der Urzeit getreten sind, dass die Beschränkung der Beziehungen zu anderen Völkern und vor allem das verzerrende Farbglas, durch das alles Ferne augenblicklich betrachtet wird, auch das Interesse an jenen fremden Völkern, die nicht als „Feinde“ vorübergehend ganz ausserhalb des Kreises der Wirvorstellungen gestellt wurden, tatsächlich gemindert hat, dass eine vorübergehende Rückbildung vorliegt, soll damit natürlich nicht in Abrede gestellt werden. Die bewusste, von der Erkenntnis der entwicklungsgeschichtlichen Höherwertigkeit des Menschheitsempfindens getragene Reaktion gegen diese Rückbildungstendenz wird eine wichtige Aufgabe der im weitem zu erörternden Zentren bewussten Menschheitsfortschritts sein.

Und wie soll die fortschrittliche Entwicklung nun weitergehen? Um die zweckdienlichsten Hebel für weitere Ausbildung des Menschheitsbewusstseins zu erkennen, tun wir am besten, die in dieser Richtung

wirkenden Entwicklungsfaktoren der Vergangenheit zu betrachten. Die Erkenntnis von der Interessengemeinsamkeit, die soviel psychische Wirkung ausgeübt hatte, muss den Massen stets plastischer in Erinnerung gerufen werden, die in Arbeitsteilung und wechselseitiger Unterstützung errungenen Wissenschaftssiege des menschlichen Geistes müssen ihnen immer wieder und wieder gezeigt werden, auf dass, über alle Demütigungen der Stunde hinweg, das Stolzgefühl einer Zugehörigkeit zum Menschheitsganzen in ihnen wachgehalten werde. Das natürliche, rein menschliche Mitleid und Mitempfinden, das überall dort erwächst, wo einerseits Kenntnis vom Leiden und Sein des Mitmenschen, wie fern es sich auch abspiele, vermittelt wird und wo andererseits kein Nationalhass störend entgegenwirkt, muss entfaltet, die dankbare Anerkennung für die von anderen Völkern geleisteten Beiträge zur Weltkultur muss gross gezogen werden.

Wie das in beschränkter Aktionssphäre geschehen kann, zeigt das Beispiel des Instituts für den internationalen Austausch fortschrittlicher Erfahrungen.*) Die Begründer des Verbandes und der Verfasser dieser Zeilen mit ihnen gingen von der Ansicht aus, dass die Lösung der sozialen Fragen in jedem Lande dadurch erleichtert würde, wenn man die gleichen Problemstellungen in anderen Ländern und die Ergebnisse der dort vorgenommenen Lösungsversuche kritisch zusammenstelle: „die fortschrittlichen Erfahrungen der einzelnen Länder international austausche.“ Durch Veröffentlichung dieser Untersuchungen in den Dokumenten des Fortschritts und den fremdsprachigen Organen des Instituts, durch Entsendung von Vortragenden nach all den wichtigsten Städten Europas, auf dass sie dort über die Erfahrungen ihrer Heimat berichteten, suchten wir unserm unmittelbaren Ziele, der Förderung sozialer und kultureller Reform zu dienen. Aber stets hat uns dabei auch der Gedanke vorgeschwebt, dass es zum wechselseitigen Verständnis und zur Förderung der wechselseitigen Sympathie der Völker beitragen müsse, wenn jedes derselben das Bewusstsein gewönne, dass es für seinen eigenen geistigen und sozialen Fortschritt Vorteil aus den Erfahrungen der anderen Völker ziehe, wenn die wechselseitige Unkenntnis — schlimmster Nährboden des Völkerhasses — so gemindert werde.

Unsere Tätigkeit ist für die Dauer des Krieges wesentlich eingeschränkt worden, weil wir uns eben klar waren, dass all diese feinen, auf williges Verständnis, Dauer und späten Widerhall berechneten Einflüsse gegenüber den mit Elementarkraft an allen Nerven des Menschen rüttelnden Kriegsleidenschaften versagen würden, dass der Kampf gegen dieselben während der Kampfdauer nur mit ebenso scharfen, auf unmittelbare Wirkung abzielenden Methoden der Antikriegsbewegung und des auf die Möglichkeiten einer Beseitigung des Kriegsphänomens wissenschaftlich hinarbeitenden Pazifismus geführt werden könne. Aber sofort nach Friedensschluss wird dann die Betätigung des Institutes und sein Streben nach Erweckung bessern Verständnisses, besserer Würdigung der heute nur grau in grau geschauten „feindlichen“ Völker wieder aufgenommen werden.

*) Früher von Paris, Berlin, London und Wien aus tätig, nun von der neutralen Schweiz aus (Bern, Erlachstrasse 23) seine Tätigkeit fortsetzend.

Dies ein Spezialbeispiel für die Möglichkeit, der Entwicklung zum Menschheitsempfinden praktisch und in bescheidenem Rahmen zu dienen. — Dass jedoch all diese Spezialbestrebungen ebensowenig wie all die Entwicklungsansätze zur internationalen Organisation für sich allein den grossen Notwendigkeiten der menschheitlichen Einung gerecht werden können, das hat uns die gegenwärtige Krise neu bewiesen. Es bedarf stärkerer Triebkräfte, die das innerste Wesen der Menschen und Völker aufrütteln und zu grossem Aufschwung fortreissen. Es bedarf mächtiger seelischer Bewegungen, wie sie in der Vergangenheit nur von den Religionen ausgegangen sind.

Welche Entwicklungsansätze liegen in dieser Richtung vor? Was kann zu ihrer weiteren Entwicklung getan werden?

Auguste Comte hat bekanntlich versucht, eine „religion de l'humanité“ zu gründen, hat die Pflicht zur Mitarbeit an der Selbstvervollkommnung der Menschheit als eine der wichtigsten Forderungen dieser Religion aufgestellt, hat einen Zyklus von Festen eingeführt, die den stimmungsmässigen Hintergrund dazu bilden sollten. Aber die Bewegung blieb klein und die Leiter der positivistischen Gesellschaft in Paris haben bei Ausbruch des Weltkrieges der allgemeinen Leidenschaftswoge nicht widerstehen können.

Auch die dem Positivismus so ideenverwandte monistische Bewegung Deutschlands hat in Friedenszeit Menschheitsideale pflegen wollen, ihre Mehrheit jedoch, soweit die Gruppen des Deutschen Reiches in Frage kommen, hat sich von der nationalen Hochflut fortreissen lassen. Eine Minderheit blieb den alten Idealen treu und ihr gesellte sich die Mehrheit der Monisten Oesterreichs und die grosse Mehrheit der Schweizer Monisten: ein wirksamer Einfluss auf das Weltgeschehen oder auch nur auf die psychischen Stimmungen des deutschen Volkes ist trotzdem von diesen Zentren nicht ausgegangen, ja gar nicht zu gewinnen versucht worden.

Die Bewegung für ethische Kultur ist, was ihre Londoner Zentralstelle und auch was mehrere der bedeutendsten Führer im deutschen Kulturgebiet anlangt, der Menschheitssache treu geblieben und erstere greift auch in durchaus dankenswerter Weise in die Arbeit für Herstellung eines auf das Rechtsprinzip gebauten Dauerfriedens ein. Sehr gross ist ihr Einfluss trotzdem nicht.

Auch die Freimaurerverbände; manche Freidenkerorganisationen; viele Frauenverbände und selbstverständlich alle Friedensvereine und Verbände für internationale Verständigung, alle sozialistischen Organisationen sind bis Ausbruch des Krieges für die Betätigung menschheitlicher Solidarität eingetreten. Die Mehrzahl jedoch hat mit Kriegsausbruch das Banner gesenkt und die eigentlich wertvolle Arbeit für den künftigen Dauerfrieden wird heute weniger von den alten, in der Friedenszeit machtvollen Organisationen, als vielmehr von neuerstandenen Zentren, getan, in denen sich die tatfreudigen, durch das Weltunglück zu Konzentrierung all ihrer Kräfte auf die Friedenssache gedrängten Persönlichkeiten zusammenfanden: In Deutschland sind es

(neben der Zentralstelle der deutschen Friedensgesellschaft und einigen von begeisterten Männern geleiteten Ortsgruppen) vor allem der Bund „Neues Vaterland“, in England die Union for Democratic Control und die bereits erwähnte Zentralstelle der Ethischen Gesellschaften, in Holland der Anti-Kriegsrat, der von ausgezeichnet befähigten und tätigen Männern geleitet wird und die durch ihn begründete Zentralorganisation für dauernden Frieden, in der Schweiz mehrere Verbände, unter denen neben der Schweizer Friedensgesellschaft die eifrig sich betätigende „Schweizerische Vereinigung zum Studium der Grundlagen eines dauernden Friedensvertrages“ und die „Liga der neutralen Länder“ genannt werden sollen. Aber alle diese Bewegungen beschäftigen sich — und das ist in praktischer Richtung ihre Stärke — mit dem scharf abgegrenzten Arbeitsfeld der Vorbereitung eines künftigen Dauerfriedens. Sie wollen völkerrechtliche und friedentechnische Arbeit leisten, aber voll und ganz auf dem nüchternen Boden tatsächlicher Reformen für die nächste Zukunft bleiben und sich jeder Einflussnahme auf die Massenpsyche, welche eine Stärkung des Menschheitsgedankens gegenüber dem einseitigen Nationalgedanken zum Inhalte hätte, enthalten. Das ist vom Standpunkte der genannten friedentechnischen Organisationen sehr klug und richtig gehandelt. Denn sie brauchen, um in ihren segensvollen Bestrebungen Erfolg zu haben, die Sympathie oder wenigstens die Achtung der Regierungen der heute kriegführenden Staaten, die alle auf die Ueberspannung des Nationalgedankens festgelegt sind. Durch jede Vertretung der Menschheitsideale würden sie diesen Regierungen den willkommenen Vorwand dafür liefern, „dass man mit Schwärmern nicht verhandle“ und auch ihre praktischen Vorschläge „nicht ernst“ nehme.

Arbeitsteilung ist, wie überall, so auch in dieser Frage nützlich. Friedentechnik und Erweckung menschheitlichen Solidaritätsbewusstseins sind wohl zwei Bestrebungen, die sich berühren und wechselseitig fördern und ergänzen. Aber es ist für den beiderseitigen Erfolg durchaus nützlich, wenn sich für beide Bestrebungen selbständige Organe bilden.

* * *

Der einzige Verband, der sich bis jetzt mit der Belebung des Menschheitsbewusstseins, dem planmässigen Widerstand gegen den Raubbau an den gemeinschaftlichen Menschheitsinteressen, mit der Idee planvoller Selbstvervollkommnung der Menschheit als einer von der Entwicklungslehre diktierten Pflicht befasst hat, ist der „Bund für Menschheitsinteressen und Organisierung menschlichen Fortschritts“. Arbeitsteilig für die Vertretung jener Gedanken begründet, deren ausführlicher Darlegung die vorliegende Studie gewidmet ist, und mit keinerlei anderen Bestrebungen befasst, war er auch gegenüber der Massensuggestion des Kriegssturms fest verankert.

Unmittelbar nach Kriegsausbruch begründete er zwei neue Blätter „Die Menschheit“ und „La Voix de l'Humanité“, um gegenüber all dem Triumphgeschrei über die Vernichtung des Internationalismus durch die „nationale Begeisterung“ Zeugnis für die Treue zum Mensch-

heitsgedanken abzulegen. Lange waren diese Blätter die einzigen Europas, die diesen so unpopulären, so „unaktuellen“ Gesichtspunkt vertraten. Manche Schwankenden, die angesichts der Einmütigkeit der öffentlichen Meinung sich auch geschlagen gegeben hätten, sind durch das trotzig erhobene alte Banner wieder aufgerichtet worden. Zwei internationale Konferenzen (nach Bern und Lausanne vom Bunde einberufen) haben den Glauben an die Möglichkeit kultureller Gemeinschaft, kultureller Zusammenarbeit auch mit dem „Feinde“ gewissermaßen erneuert. Durch die Veröffentlichung von Rundfragen in seinen Organen „Dokumente des Fortschritts“ und „Documents du progrès“, sowie durch die Verbreitung der Konferenzbeschlüsse in fast allen Zeitungen Europas suchte der Bund den Gedanken herauszuarbeiten, dass der Krieg und mehr noch die steuerlose Entwicklung zu künftigen Rachekriegen, vorbereitet vom systematisch angestachelten Völkerhass und angefacht von verblendeter Annexionspolitik, einen Raubbau an den Friedensinteressen der künftigen Generationen und an den Ewigkeitsinteressen der Menschheit darstellen. So ist der Bund zu einem embryonären Bewusstseinszentrum für den allmenschlichen Solidaritätsgedanken und für die Erfassung der allgemeinen Menschheitsinteressen und zu einem embryonären Kraftzentrum für deren planmässige Vertretung geworden.

Freilich ist das Problem so gross, dass nur eine Vervielfältigung seiner derzeitigen Arbeitsenergien eine Annäherung an das Ziel bedeuten könnte. Nach dieser Richtung sei eine Forderung erwähnt, die von der vom Bunde für Menschheitsinteressen Ende Mai nach Bern einberufenen „Konferenz für die Zukunftsinteressen der Menschheit“ aufgestellt wurde: „Dass das Menschheitsideal und seine geschichtliche Begründung in den Lehrplan der Schulen aller Länder aufgenommen werde und die Erziehung zu wohlverstandenen Patriotismus, welcher die friedliche Entfaltung aller Kräfte des Vaterlandes im Auge hat, ergänze. So solle den auf Eroberung gerichteten Instinkten der Volkseele das notwendige Gegengewicht geschaffen werden.“

Vielleicht, dass der allgemeine Friedenswunsch nach einem endlos sich hinziehenden, opferreichen und ergebnislosen Kriege die Regierungen zur Annahme dieser Forderungen, zur Umgestaltung des Lehrplans ihrer Schulen bewegen wird. Diese planmässige Beeinflussung der jugendlichen Psyche wäre jedenfalls der rationellste und natürlichste Weg zur Erweckung jenes Menschheitsideals, das als Triebkraft für die Ausgestaltung der für die Befriedigung der Menschheitsinteressen zu schaffenden Organe nicht entbehrt werden kann.

Der Einfluss auf die Erwachsenen kann durch Versammlungen und durch die Presse erfolgen. In beiden Beziehungen ist seitens des Bundes eine weitausgreifende Propaganda in Aussicht genommen, sowie die Aufhebung von Belagerungszustand und Zensur in den kriegführenden Ländern die Versammlungs- und Pressfreiheit wieder gewährleistet und die Wiederherstellung der äusseren Formen des internationalen Lebens, sowie die Minderung der wirtschaftlichen Krise grosszügige journalistische Initiative ermöglicht. Vielleicht gelingt es so dem „Bund für Menschheitsinteressen“, das Zentrum einer über alle Länder sich erstreckenden Menschheitspartei zu werden, die sich dem Widerstande gegen jede neue Friedensstörung und dem Aus-

bau der zwischenstaatlichen Einrichtungen; sowie der planmässigen Vertretung aller anderen menschheitlichen Gemeinschaftsinteressen widmen soll. Auch der Gedanke planvoller, auf wissenschaftlicher Erforschung der Anpassungsnotwendigkeiten der Epoche begründeter und vom Fortschrittswillen der Menschheit, dem Streben nach bewusster Selbstvervollkommnung befeuerter Kulturpolitik, wird sich mit diesem Programm der „Vertretung der Menschheitsinteressen“ verbinden lassen.

Das dem Bunde eingegliederte Institut für internationalen Austausch fortschrittlicher Erfahrungen hat ja bereits seit Jahren diejenigen kulturellen und sozialen Reformen zusammengestellt, die sich in den Avantgarde-Ländern wohl bewährt haben. Eine kritische Prüfung der Anwendbarkeit dieser Reformideen auf die Lösung der in den einzelnen Ländern sich ergebenden Probleme, sowie andererseits auf die Lösung der menschheitlichen Gemeinschaftsfragen wird wertvolle Bausteine auch für dieses Programm allgemeiner Kulturpolitik liefern. So wird die ideelle Kraftquelle, die der Bund im Menschheitsideal besitzt, vielleicht auch die praktischen Reformbewegungen speisen können.

Noch eine weitere Zukunftsmöglichkeit besteht, über deren Annahme oder Ablehnung der Vorstand des Bundes in der nach Friedensschluss wiedergewonnenen ruhigen Sammlungsperiode ruhig beraten wird.

Der Beginn der gegenwärtigen Weltkrise war charakterisiert durch den „Umfall“ der auf Menschheitsgedanken und Friedenspolitik festgelegten Organisationen, so vor allem der sozialistischen Parteien in den meisten Ländern. Der Glaube an die Möglichkeit wirksamen Widerstandes gegen kriegerische Initiative ist damit auch für die demokratischen Länder, in denen solche standhafte Ablehnung der gegen das Menschheitsinteresse gerichteten Bestrebungen sehr wohl grossen Einfluss hätte üben können, erschüttert worden. Die Angehörigen dieser Parteien hatten im übrigen auch wenig oder keine Möglichkeit, sich angesichts von Belagerungszustand, Presszensur und Massensuggestion über das Recht oder Unrecht der einzelnen Staaten eine ernste kritische Meinung zu bilden und diese dann der Verhetzung gegenüber zu vertreten.

Vielleicht kann der „Bund für Menschheitsinteressen“ in Anlehnung an die für viele, auch rein weltliche Organisationen, wie z. B. den auf Antialkoholismus festgelegten Guttemplerorden bestehenden Bestimmungen von seinen Mitgliedern oder einer Elitegruppe aus ihnen ein Gefübde fordern, sich unter keinen Umständen einer gegen das Rechts- und Friedensinteresse der Kulturmenschheit gerichteten kriegerischen Initiative ihres Landes seelisch anzuschliessen. Die bestehenden Gruppen des Bundes und seine Organe — alle in streng unparteiischer Weise jenseits aller nationalen Leidenschaft geleitet — könnten diesen Mitgliedern ein gewisses Rückgrat für Vertretung ihres Standpunktes und eine gewisse Richtlinie für die Bildung einer unparteiischen, bloss dem Menschheitsinteresse entsprechenden Meinung geben.

Dass die Rolle derjenigen, die in kriegführendem Lande solchen, wenn auch rein geistigen Widerstand zu organisieren unternähmen, eine überaus gefährliche wäre, sei nicht in Abrede gestellt. Aber ge-

rade mit dem — über alle praktische Reform-Technik hinausreichenden, auf grosse, den religiösen Motiven der Vergangenheit verwandte, ideale Imperative zurückgehenden — Stimmungshintergrunde des Bundes für Menschheitsinteressen liessen sich vielleicht solche opfermutige Persönlichkeiten gewinnen. Hätte am Beginn des gegenwärtigen Weltkrieges eine hinreichend starke, in den einzelnen kriegführenden Ländern gleichmässig verbreitete Kulturorganisation bestanden, die in ernster, auf kritische Prüfung der von den einzelnen Regierungen ausgehenden Thesen gestützten Weise den gegen die krieglerische Initiative gerichteten Gesichtspunkt des Menschheitsinteresses vertreten hätte, so hätte sie, wenn auch vielleicht nicht unmittelbar in den kriegführenden Ländern — ob der allzugrossen Massensuggestion willen — so doch immerhin in den neutralen Ländern einen grossen Einfluss auf die Orientierung der öffentlichen Meinung gegen die der Friedensstörung überwiesenen Mächte ausüben können; vielleicht hätte sie so indirekt auch die zum Kriege entschlossenen Regierungen, denen die allzu offenkundige Entfremdung der neutralen Länder denn doch zu denken gegeben hätte, veranlassen können, sich nach einer besseren Basierung ihrer Rechtsthesen umzusehen, die aufrichtigen oder zur Schau getragenen Bemühungen um die Erhaltung des Friedens auszudehnen und nachdrücklicher zu gestalten; Zeit wäre gewonnen worden und damit vielleicht vieles.

Dies nur ein Gedanke, der in der Richtung einer ethischen Vertiefung der geschilderten Bewegung gelegen wäre und heute nicht etwa als Vorschlag, sondern nur als zu diskutierende Anregung gestellt sei.

Auch will durchaus nicht gesagt sein, dass der erwähnte „Bund für Menschheitsinteressen“ etwa der alleinige Embryo für Entwicklung eines Kraftzentrums zu bewusster Vertretung der Menschheitsinteressen wäre. Gewiss gibt es noch viele andere Entwicklungskeime, die selbständig sich entfaltend oder in Verbindung untereinander und mit dem erwähnten „Bund für Menschheitsinteressen“ auf eine neue psychische Orientierung der Kulturwelt werden hinarbeiten können, auf die Herausbildung eines menschheitlichen Solidaritätsgedankens, ebenso stark, als es heute die nationalen Patriotismen sind, ebenso fruchtbar für Zusammenschluss zu gemeinsamer Arbeit, aber frei von allen den negativen Momenten der nationalen Idee in der Richtung einer Bekämpfung des Nachbars. Dieses Menschheitsbewusstsein und dieser Menschheitswille, einmal in einem solchen Zentrum feste Form gewinnend und von solchem Krystallisationspunkt dann über die Erde ausstrahlend, könnte jene Funktion der Anregung und der die Vorurteile und Privilegien niederschlagenden sittlichen Energie erfüllen, die für Ausgestaltung der zwischenstaatlichen Organisation und für planmässige Vertretung der Menschheitsinteressen gegenüber allen sonst übermächtigen Gruppenegoismen unentbehrlich ist.

In diesen Zentren könnte sich dann auch mehr und mehr eine neue Seelenverfassung des Menschen entwickeln, ein wahres Mitempfinden aller Menschheitsschicksale, ein wahres Mitgefühl mit allem Menschheitsleid, eine wahre, stolze Mitfreude an all den Errungenschaften des menschlichen Geistes, die unser Geschlecht zur Erfassung der Naturrätsel und zur Beherrschung der Naturkräfte aufwärts führen; und auch der ernste Wille, alle Einzelkräfte für diese grossen Ziele

einzusetzen, die Entwicklung der Kultur nicht mehr unerfassten Entwicklungsgesetzen allein zu überlassen, sondern diesen Gesetzen nachzuforschen und in Verwertung der neuen Erkenntnisse eine wahre Beherrschung der Kulturentwicklung anzustreben — ähnlich, wie die Erkenntnis der Gesetze der anorganischen und der organischen Natur zu so weitgehenden Möglichkeiten bewussten Schaffens, rationeller Technik geführt hat. Die Menschheit könnte sich so dem Ziele nähern, ihr eigenes Schicksal und den Aufbau ihrer Gesittung in eigene Hände zu nehmen, den Fortschritt aus einem gewissermassen erduldeten zu einem bewussten und planmässigen zu gestalten.*)

Die Kultur, die jahrtausendlang unterhalb der Schwelle des menschlichen Bewusstseins sich entwickelt hatte, könnte nun ihren weiteren Weg im Lichte des Bewusstseins schreiten**), der Menschheitsorganismus würde endlich auch jene höchsten Lebensfunktionen ausbilden, die dem Eigenbewusstsein und Eigenwillen des Einzelorganismus entsprechen.

*) Siehe Müller-Lyer, „Der Sinn des Lebens“, München 1910, J. F. Lehmanns Verlag, S. 55, 58, 132, 173, 186, 224, 229.

**) Müller-Lyer, „Der Sinn des Lebens“, S. 55.

VII. KAPITEL.

Einige einleitende Gesichtspunkte zur Frage der zweckmässigsten Form der zwischenstaatlichen Ordnung.



EHRERE bedeutende Friedenstechniker haben sich seit langen Jahren und in eingehenden Werken mit dieser Frage beschäftigt und seit Kriegsbeginn ist hierzu eine ganze Literatur individueller Vorschläge und Verbandsprogramme getreten. *)

Eine eigentlich systematische Beweisführung, warum gerade die vom Autor in der Regel mit viel Liebe und Scharfsinn als praktisch verwendbar dargestellten Vorschläge gerade jenes Ausmass von Neuerungen darstellen, das einerseits für Friedenssicherung unentbehrlich und andererseits all den Trägheitswiderständen zum Trotz durchsetzbar sei, wird jedoch in den meisten Schriften und vor allem in den meisten als einfaches „Soll“ ohne eingehende Motivierung hingestellten Verbandsprogrammen nicht gegeben. Eine günstige Ausnahme machen in dieser Beziehung die Schriften von Fried und der Schweizerischen Vereinigung einerseits, von Wrangel andererseits. Die beiden ersteren bringen in scharfer Weise das unmittelbar praktisch Erreichbare zum Ausdruck, der letztere entwickelt Gesichtspunkte, die für eine dauernde und vollständige Lösung des Problems notwendig sind.

In unsern eigenen Vorschlägen (im IX. Kapitel) soll dieser zerteilten Problemstellung dadurch Rechnung getragen werden, dass einerseits die für Verhinderung eines neuen Weltkrieges, der jede

*) Unter den Friedenstechnikern seien besonders hervorgehoben: Dr. Alfred H. Fried mit seinem „Handbuch der Friedensbewegung“, das auch eingehende Literaturangaben über die Werke der anderen Forscher enthält; Prof. Otfried Nippold, Bern, vor allem mit seinem Werke: „Die Fortbildung des Verfahrens in völkerrechtlichen Streitigkeiten“, Leipzig 1907; Prof. Schücking, Marburg; Dr. Wehberg, Düsseldorf; Senator Lafontaine und Paul Otlet, Brüssel; Frédéric Passy und Gustave Hubbard, Paris; Emile Arnaud, Luzarches und Umano, Mailand. Unter den Vorschlägen, die seit Kriegsbeginn ausgearbeitet wurden, seien erwähnt: Die „Vereinigten Staaten der Erde“ von Prof. Forel (Lausanne, E. Peytrequin) und die ausgezeichnete Schrift von Baron F. von Wrangel: „Internationale Anarchie oder Verfassung?“ (Zürich, Orell Füssli), die Umanos tiefgründige, vom Autor in seinen eigenen Schriften jedoch weniger klar zum Ausdruck gebrachte Gedanken, in meisterhaft scharfer Präzision zusammenfasst; ferner „Die Europäische Wiederherstellung“ von Dr. Alfr. H. Fried (Zürich, Orell Füssli); „La fin de la guerre“ von Paul Otlet (Haag, Nyhoff 1914); desgleichen die Vorschläge der Zentralorganisation für dauernden Frieden (Haag) und der Schweizerischen Vereinigung für Studium der Grundlagen eines Dauerfriedens (Denkschrift, erschienen bei Trösch, Olten); sowie das Programm der Union of Democratic Control, London. Die Anträge der verschiedenen Verbände sind im „Mouvement pacifiste“, Bern, Juninummer 1915, S. 30—35, in übersichtlich-graphischer Weise zusammengestellt. Einige der wichtigsten Thesen werden auch im folgenden Text noch speziell erwähnt werden.

weitere Entwicklung neuerdings unterbrechen würde, unentbehrlichen Vorkehrungen dargestellt werden — mit der ergänzenden Erläuterung, welche weiteren Einrichtungen für planmässige Regelung der gemeinschaftlichen Menschheitsinteressen notwendig, jedoch um der augenblicklichen Widerstände, die von den nationalstolzen Völkern und den um ihre Souveränitätsprivilegien bangenden Regierungen ausgehen, nicht sofort zu verwirklichen, sondern der weiteren Entwicklung zu überlassen wären. So könnte eine zu grosse Häufung komplizierter augenblicklicher Vorschläge, deren Verwirklichung unmittelbar nach Friedensschluss doch nicht möglich wäre und die Erzwingung des unmittelbar Unentbehrlichen gefährden würde, vermieden werden.

* * *

Drei Methoden sollen ausser dem obgenannten Gesichtspunkt für diese Herausarbeitung in Anwendung kommen:

1. ein Ueberblick über die Entwicklung der Organe für Regelung des innerstaatlichen Lebens, die ja gegenüber der innerstaatlichen Anarchie des Mittelalters einen ganz analogen Fortschritt darstellen und ganz analoge Schwierigkeiten zu überwinden hatten, wie sie im neuen Problem der Schaffung zwischenstaatlicher Organe gegeben sind;

2. eine knappe Uebersicht der im vierten Kapitel geschilderten Entwicklungsansätze internationaler Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz;

3. eine kritische Untersuchung der Bedürfnisfrage in Analyse jener Streitigkeiten, welche in der Vergangenheit zu Kriegen geführt haben und der Einrichtungen, durch die sie hätten verhindert werden können.

* * *

I. Der Entwicklungslinie der Wirvorstellungen*) in gewissem Sinne parallel, wenngleich manchmal die genannte Entwicklung überholend, manchmal hinter ihr zurückbleibend, haben sich im Lauf der Geschichte die Gebiete, innerhalb deren Rechtsschutz und ausserhalb deren Gewaltgebot, mehr und mehr geweitet. Die Jäger- und Hirtenstämme der Vergangenheit und auch noch viele, auf gleicher Entwicklungsstufe stehende Stämme der Jetztzeit (Indianer, Albaner, die vom Verfasser dieser Zeilen besuchten Afridis in den Grenzgebirgen zwischen Indien und Afghanistan und viele andere) besitzen strenge Rechtsregeln, die jedes Stammesmitglied gegen Gewalttätigkeit seitens eines andern Mitgliedes des gleichen Stammes schützen. Dem Nachbarstamm und dessen Mitgliedern gegenüber bestehen diese Rechtsregeln nicht und bei den Afridis z. B. ist der ständige „Krieg“ von Blockhaus zu Blockhaus Normalfall. Eine Spielart, die zeigt, dass sich die schroffe Stammesverfassung sogar bei Anfängen der Sesshaftigkeit

*) Siehe zweite Seite des VI. Kapitels dieser Studie.

und in der Nachbarschaft hochentwickelter Kulturgebiete unter speziellen Umständen erhalten kann.

Die Einung der Stämme zu Staaten ist eines der Hauptprobleme der Geschichtsentwicklung. Die Griechen haben es trotz hochentwickelter geistiger Kultur nur unvollkommen gelöst, haben niemals ein alle Stämme zusammenfassendes Rechts- und Friedensgebiet schaffen können und sind im wesentlichen ob dieses Unvermögens im Daseinskampf mit Mazedonien und Rom zugrunde gegangen. Frankreich und Spanien ist es unter Führung bedeutender Herrscher relativ frühzeitig gelungen, grosse einheitliche Wirtschaftsgebiete mit weitgehender Rechtssicherheit innerhalb der ausgedehnten Staatsgrenzen zu schaffen. In Deutschland füllen die Kämpfe um den „ewigen Landfrieden“, d. h. um die Zusammenschmelzung der einzelnen Fürstentümer und Grafschaften, Stadtgebiete und Rittergüter zu einem einheitlichen Rechtsgebiet, mehrere Jahrhunderte. Die Zentralgewalt ist in ihnen, trotz wiederholten glücklichen Anlaufs, schliesslich doch nicht zu jenem Erfolge durchgedrungen, der den französischen Fürsten beschieden war und auf dieser Ueberlegenheit des geeinten Frankreich und England über das zersplitterte Deutschland beruht bekanntlich die in jenen Jahrhunderten erworbene Uebermacht des französischen und englischen Kolonialbesitzes über den deutschen und damit ein Hauptmotiv der gegenwärtigen Weltkrise. — Deutschland hat schliesslich den Landfrieden in zwei Etappen erreicht: Die private Rechtssicherheit gegenüber dem Raubritter am nächsten Bergvorsprung durch den Sieg der landesfürstlichen Gewalt auf beschränktem Territorialgebiet und ein grosses einheitliches Wirtschaftsgebiet mit gesichertem öffentlichen Recht durch die Bildung des deutschen Zollvereines und die ihm folgende Einung der deutschen Fürstentümer zum Deutschen Reich.

Die Ueberwindung der zwischenstaatlichen Anarchie durch Ausbildung grosser Staats- und Rechtsgebiete und die hierfür notwendigen Einrichtungen sind also schon oft erprobt worden; gerade die deutsche Entwicklung könnte dem deutschen Leser aufs klarste zeigen, dass die heutige Tendenz zur zwischenstaatlichen Organisation genau ebenso wenig „utopisch“ sei, als es diejenige zum „ewigen Landfrieden“ und zum geeinigten Deutschen Reich, die tatsächlich seinerzeit als utopisch verlacht wurden, gewesen ist.

Welche Einrichtungen für Werden und Bestand des modernen Rechtsstaats notwendig sind, hat bereits Montesquieu ausgeführt: Gesetzgebung, Exekutive mit der ihr unterstellten Verwaltung und Gerichtsbarkeit. Seine Lehre von den „drei Gewalten“ ist seither Gemeingut der Staatsrechtswissenschaft geworden, sie fand in allen modernen Kulturstaaten und auch wieder bei der Begründung des Deutschen Reiches Anwendung. Bismarck schuf eine gesamtdeutsche Exekutivgewalt (im Bundesrat), unterstellte ihr für jene Interessengebiete, deren Behandlung von den Einzelstaaten aufs Reich übertragen wurde, Reichsämtler mit Verwaltungsbefugnis und schuf als höchste Justizstelle das Reichsgericht, betraute jedoch mit der Regelung der Beziehungen zwischen den Bundesstaaten im wesentlichen nicht das Reichsgericht, sondern den Bundesrat, der zur Entscheidung politischer Gesichtspunkte, die eben gegenüber den rein rechtlichen durchaus überwiegen, die besseren Möglichkeiten zu bieten schien: Ein

durchaus wichtiges symptomatisches Moment, das auch auf das Problem der Schlichtung zwischenstaatlicher Konflikte anzuwenden sein wird, die, wie wir später sehen werden, überwiegend nicht juristischer Natur sind und sich darum von einem Schiedsgerichtshof oder auch von einem ordentlichen Gerichtshof im alten Sinne nicht schlichten lassen, sondern einer Regelung auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Exekutive bedürfen.

Bismarck erlag auch nicht der Versuchung, den Deutschen Reichstag einfach, wie es bei Begründung des österreichischen Reichsrats geschehen war, durch die Landtage mit ihrem Zensuswahlrecht wählen zu lassen, sondern er erfasste in genialer Weise die Möglichkeit, durch von den Landtagen unabhängige, direkte Wahlen mit allgemeiner Wahlberechtigung den eventuellen separatistischen Tendenzen der Einzelstaaten einen in sich selbst ruhenden Organismus entgegenzustellen und die freudig stolze Anteilnahme des Volkes an seinem Reichstag des allgemeinen Wahlrechts als weitere Stütze der neuen Zentralgewalt zu benutzen.

Ganz gleiche Gesichtspunkte werden auch bei der zwischenstaatlichen Organisation zu beachten sein. Wenn es auch vielleicht um der allzu grossen einzelstaatlichen Widerstände — die nicht wie im Fall Bismarcks durch die militärische Hegemonie eines einzelnen Staates gebrochen werden können — anfänglich notwendig sein wird, die gesetzgeberischen Funktionen der Staatenorganisation einer Delegation der Einzelparlamente, ja, vielleicht sogar, ganz im Beginn, den Einzelregierungen zu überantworten, so wird als Endziel die Schaffung eines aus direkten Wahlen hervorgehenden Bundeskongresses, der sich als Träger des Bundesgedankens fühlt und Lust und Liebe zur Weiterführung der zentralistischen Entwicklung gegenüber den föderalistischen Bestrebungen der Einzelstaaten besitzt, im Auge behalten werden müssen.

* * *

II. Entwicklungsansätze zu den internationalen Organen liegen bisher in recht ungleichmässiger Weise vor. Im IV. Kapitel war davoneingehend die Rede.*) Hier sei nur kurz daran erinnert, dass Ansätze zu einem internationalen Gerichtswesen vor allem in der Errichtung des als ständig bezeichneten internationalen Schiedsgerichtshofs vorliegen, dieser jedoch durch seine rein fakultativen Kompetenzen in seiner Betätigung schwer eingeschränkt wird.

Was die Ansätze zu internationaler Gesetzgebung anlangt, haben sich die internationalen Regierungskonferenzen am besten bewährt und die ihnen überantworteten Fragen technischer Natur im allgemeinen nützlich gelöst. Die Haager Konferenzen hingegen, die den ob der Wichtigkeit der behandelten Gegenstände und der ganzen äusseren Anlage nach hervortretendsten Entwicklungsansatz internationaler Gesetzgebung darstellen, haben schwer unter der Vorschrift, dass Ein-

*) Siehe auch Frieds „Handbuch der Friedensbewegung“ und die Monographie „Das Internationale Leben der Gegenwart“ des gleichen Verfassers, Leipzig, Teubner, ebenso Dr. Müller-Lyer: „Der Sinn des Lebens“, München, J. F. Lehmann, S. 105 bis 106.

stimmigkeit für alle Beschlüsse unerlässlich sei, gelitten und nur schleppend gearbeitet.*)

Ansätze zu internationalen Verwaltungsbehörden liegen im Büro des Weltpostvereins, im Zentralbüro der internationalen Eisenbahntransporte usw. vor.**) Sie haben sich gut bewährt und die Betätigungsmöglichkeit internationaler Aemter klar erwiesen.

Ansätze zu einer internationalen Exekutivgewalt haben sich im europäischen Konzert zur Friedenssicherung auf dem Balkan und im Weltkonzert zur Niederwerfung der chinesischen Boxerunruhen gezeigt, ohne jedoch in der bisherigen Form viel Lebenskraft zu bekunden.

*) Siehe die nähern Ausführungen im IV. Kapitel.

**) Siehe das IV. Kapitel der vorliegenden Studie.

VIII. KAPITEL.

Was lässt sich aus einer kritischen Betrachtung der Kriegsursachen der Vergangenheit für die Frage des Bedürfnisses nach den verschiedenen zwischenstaatlichen Organen der Zukunft entnehmen?



IE im vorhergehenden Abschnitt bemerkt, seien als dritte Grundlage unserer eigenen praktischen Vorschläge die Kriegsursachen des letzten Halbjahrhunderts und diejenigen Einrichtungen erforscht, die im gegebenen Fall den Kriegsausbruch hätten hintanhaltend können und im Falle des Wiederauftauchens ähnlicher Streitfälle ihn tatsächlich verhindern können.

Gleich der erste Krieg, der in den zu besprechenden Zeitraum fällt: der Krieg des Jahres 1866 zwischen Preussen und Italien einerseits, Oesterreich und den Staaten des deutschen Bundes andererseits ist in dieser Richtung sehr lehrreich. Der unmittelbare Kriegsanlass (die Verwaltung der Elbherzogtümer) bezog sich im wesentlichen auf Auslegung von Verträgen, war also juristischer Natur und hätte durch einen internationalen Gerichtshof, ja, im gegebenen Falle sogar durch einen deutschen Bundesgerichtshof entschieden werden können. Der wahre Kriegsgrund jedoch, nämlich der Anspruch Preussens auf Führung in Deutschland, lag ausserhalb jeder Möglichkeit juristischer Beurteilung. Innere Tüchtigkeit mag einen bessern geschichtlichen Titel auf erhöhte Machtstellung geben als geschriebenes Recht, aber ein Gerichtshof kann sich nur an solches geschriebenes Recht halten, wenn er nicht in reines Willkürregiment verfallen will. Ebenso war der Anspruch des mit Preussen verbündeten Italiens auf die österreichische Provinz Venezien offenbar juristisch vollständig unhaltbar, da Venezien in vollkommen rechtsgültiger Weise durch den Wiener Kongress an Oesterreich gekommen war. Und trotzdem sprachen bedeutende Interessen der Bevölkerungen wie auch der allgemeinen Kulturentwicklung dafür, dass Venezien in der nationalen Einung Italiens aufgehe.

Nur eine internationale gesetzgebende Versammlung hätte diese entwicklungsgeschichtlichen Momente prüfen und über sie entscheiden können. Und auch dies wieder nur sehr schwer, ins solange das bundesstaatliche Gefüge ein loses wäre. Denn ins solange ein volles Souveränitätsrecht der Staaten besteht, liessen sich auch der internationalen Gesetzgebung nur schwer Kompetenzen für Veränderung des territorialen Besitzstandes der Einzelstaaten zuerkennen, ebenso wie auch Bundestag und Reichstag des Deutschen Reiches sich nur in äussersten Notstandsfällen hierzu entschliessen würden. Erst bei stets intensiver werdender Zentralisierung der „Vereinigten Staaten der Erde“, bei stets grösserm Ueberwiegen der Bundesverwaltung über die Staatsverwaltungen wäre

die Möglichkeit, um ernstester Gründe willen die territorialen Grenzen der einzelnen Staaten zu verschieben, gegeben. Für sehr lange Zeit müsste also der gegebene territoriale Status quo als unveränderlich angesehen werden und Anträge auf Lostrennung einzelner fremdsprachiger Gebietsteile von Oesterreich oder Russland usw. könnten nicht berücksichtigt werden, nur wirksame Bundeskontrolle über Gewährleistung der nationalen Freiheit wäre möglich.

Von ernst vorschauender Seite*) ist um dieser Gesichtspunkte willen gegen jede zwischenstaatliche Organisation, vor allem aber gegen die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit eingewandt worden, dass sie die Anpassung der Staatsgrenzen an die nationalen Entwicklungsprozesse, wie sie nur der Krieg besiegeln könne, verhindere. Worauf zu erwidern ist, dass ein Stillstand dieser Anpassung während einiger Jahrzehnte (bis die Zentralisierungstendenz weiter gediehen und die Machtbefugnisse der Zentralorgane auch für solche territoriale Veränderungen ausgedehnt werden können) eben doch nur ein verhältnismässig ganz kleines Uebel darstelle, das leicht in Kauf genommen werden kann, wenn es gilt, Weltkriege zu verhindern.

* * *

2. Der unmittelbare Anlass des deutsch-französischen Krieges im Jahre 1870 lag in der spanischen Thronfolgefrage, die so offenbar unbeträchtlich und als blosser Vorwand aufzufassen war, dass ein internationaler Gerichtshof auch mangels streng juridischer Problemstellung sie leicht hätte lösen können.

Der wahre Kriegsgrund lag darin, dass sowohl Napoleon als auch Bismarck den Krieg um seiner selbst, d. h. nicht einer Kontroverse mit dem Gegner willen, sondern deshalb wünschten, weil Napoleon seine innere Stellung in Frankreich durch neuen Kriegsruhm aufzufrischen hoffte und weil Bismarck durch die Begeisterung eines gemeinsamen Krieges die deutschen Stämme näher aneinanderzuketten und so die Einung des Reiches erleichtern, resp. dynastische Widerstände leichter zu beseitigen dachte. Sosehr man diese Motive verstehen kann, können sie selbstverständlich niemals Rechtfertigung sein für einen kriegerischen Angriff auf ein fremdes Staatswesen, das ja mit den innerpolitischen Fragen seines Nachbars in keiner Beziehung steht. Auch auf die vermeintliche segensvolle Rolle der Kriege für innere Regenerierung der Staaten usw., die doch in Wahrheit gegenüber den Verrohungstendenzen, die von ihnen ausgehen, weit zurücktritt, wird man eben in Zukunft zu verzichten haben. Für Hintanhaltung solcher Kriege bedarf es also weder richterlicher noch gesetzgeberischer Betätigung, sondern einfach eines allgemeinen, bereits auf dem kommenden Friedenskongress zu erlassenden internationalen Landfriedensgesetzes und einer internationale Exekutivgewalt, stark genug, um Landfriedensbrüche auszuschliessen.

Wir werden im nächsten Abschnitt sehen, welche verschiedenen

*) Siehe die Kontroverse darüber in der Aprilnummer 1915 der „Dokumente des Fortschritts“, zwischen Dr. E. B. und der Schriftleitung, S. 24.

Methoden für die entsprechende Bewährung einer solchen Exekutivgewalt möglich sind.

3. Der russisch-türkische Krieg vom Jahre 1876 erwuchs aus der Revolution der Balkanslaven, denen das rassen- und glaubensverwandte Russland zuhilfe kam. Dieser Kriegsgrund betrifft die (wie oben bei Erörterung der italienischen Ansprüche auf Venezien auseinandergesetzt wurde) schwerst zu schlichtende Kategorie internationaler Streitigkeiten. Die internationale Verfassung wird, wie oben angedeutet, nur für entsprechenden Schutz nationaler Minderheiten in den gegebenen territorialen Begrenzungen Sorge tragen können und wäre die Schaffung eines Nationalitätengesetzes die zweite dringende Aufgabe des kommenden Friedenskongresses*); internationale Inspektionsorgane analog denen, die Russland und Oesterreich im Münchener Abkommen für Mazedonien eingesetzt hatten und die verfassungsmässige Berechtigung unterdrückter Nationalitäten, Klage wegen der Nichtbeachtung des Nationalitätengesetzes beim internationalen Gerichtshof einzubringen, würden weitere Teillösungen des Problems bedeuten. Unter Umständen könnte dem Gerichtshof — in Fällen wiederholter Missachtung des Nationalitätengesetzes durch den gleichen Staat — die Befugnis zugesprochen werden, den territorialen Anspruch des fehlbaren Staates auf das betreffende Gebiet als erloschen zu erklären, worauf dann die internationale gesetzgebende Versammlung zu territorialer Neuordnung zu schreiten hätte. Sei es, dass das betreffende Gebiet temporär von Bundes wegen verwaltet würde, sei es, dass es unabhängig erklärt oder mit einem Nachbarstaat vereinigt würde... (In schweren Verfehlungsfällen wie etwa einer Wiederholung der Armeniermetzelei durch die von der türkischen Regierung begünstigten Kurden, könnte auf diese Art zu Werke gegangen werden.)

4. Der serbisch-bulgarische Krieg des Jahres 1885 wurde durch blossen Neid Serbiens ob der bulgarischen Gebietserweiterung in Ostrumelien verursacht. In ähnlichen Fällen genügt das allgemeine Landfriedensgesetz, gewahrt durch die internationale Exekutivgewalt.

*) Auch das Haager Mindestprogramm für den Dauerfrieden sieht die Notwendigkeit internationaler Garantien für Rechtsgleichheit und freien Sprachgebrauch der Nationalitäten, sowie Religionsfreiheit vor („Dokumente des Fortschritts“, Juli 1915, S. 101); auch Forel kommt in seiner Studie: „Die Vereinigten Staaten der Erde“ und Prof. Arvid Grotenfelt von der Universität Helsingfors als berufener Wortführer eines unterdrückten Volkes in seinem Aufsatz: „Notwendige Grundlagen des künftigen Friedens“ („Dokumente des Fortschritts“, April 1915, S. 8) zu gleichen Forderungen.

5. Der griechisch-türkische Krieg des Jahres 1897 entbrannte um der kretischen Revolution willen. Für ihn gelten alle Gesichtspunkte, die wir für die Vorgeschichte des russisch-türkischen Krieges angeführt haben.

* * *

6. Der spanisch-amerikanische Krieg des Jahres 1898 erwuchs aus der kubanischen Revolution, wieder genau die gleiche Problemstellung.

* * *

7. Der Burenkrieg hatte seine wesentlichen Ursachen in der Unzufriedenheit Englands mit der konservativen Politik der Burenregierung, welche eine fortschrittliche Erschliessung der Bergwerksdistrikte erschwerte und der eingewanderten englischen Bevölkerung entsprechende politische Rechte verweigerte. Die erstere Schwierigkeit würde in Zukunft durch entsprechende Bundesgesetzgebung in wirtschaftlichen Fragen beseitigt werden können, die letztere würde in der bereits wiederholt erwähnten Weise durch das Nationalitätengesetz des Bundes und die Berechtigung einer bedrückten Nationalität oder sonstigen Menschengruppe, Klage beim Bundesgericht einzureichen, abgestellt werden können.

* * *

8. Der russisch-japanische Krieg ging auf einen Machtstreit um Korea, die Mandschurei und Nordchina zurück. Um ähnlichem in Zukunft vorzubeugen, wären solche ausländische, miteinander in Widerspruch stehende Ansprüche, resp. alle ausländischen Ansprüche auf fremdes Land überhaupt durch das Landfriedens-Gesetz und die es wahrende Exekutivgewalt des Bundes zurückzuweisen. Insoweit Länder, wie das bei Korea tatsächlich der Fall war, sich zur Erschliessung ihrer eigenen Naturschätze unfähig erweisen sollten, wären diese Agenden an eigens einzusetzende Bundesorgane zu übertragen und, wenn nötig, die betreffenden Landgebiete unter das Protektorat des Bundes zu stellen. Dem freien wirtschaftlichen Einfluss der Nachbarstaaten würden damit alle Möglichkeiten eröffnet, alle politischen Eroberungsabsichten jedoch durch die jedem Einzelstaat überlegene Macht des Bundes abgewehrt werden.

* * *

9. Eine durchaus verwandte Problemstellung lag bei den italienischen Ansprüchen auf Tripolis, die zum italienisch-türkischen Kriege führten, vor. Rechtstitel irgendwie belangvoller Art konnten

seitens Italiens nicht vorgebracht werden, sodass für eine richterliche Verhandlung jedes Substrat gefehlt hätte. Insofern sich jedoch Italien mit Recht darüber beklagte, dass die Türkei Tripolis nicht entsprechend wirtschaftlich erschliesse und damit dem benachbarten Italien keine Betätigungsmöglichkeit für seinen Handel und seine Volksgenossen biete, liegt vollständige Analogie mit den russischen und japanischen Ansprüchen auf Korea vor, die Problemlösung wäre also die gleiche.

10. Der erste Balkankrieg im Jahre 1911 entsprang aus den chronischen mazedonischen Wirren und dem Wunsche, der unabhängig gewordenen Balkanstaaten ihre noch unter türkischer Misswirtschaft leidenden Volksgenossen zu befreien. Genau das gleiche Problem wie vor dem russisch-türkischen Krieg des Jahres 1876; auch die strittigen Gebiete waren lokal benachbart. Die in solchen Fällen zu ergreifenden Massregeln wurden oben bereits angegeben.

11. Der zweite Balkankrieg jedoch erwuchs aus dem Streit der Balkanstaaten um die Teilung der türkischen Beute und dieser wieder gipfelte in der verschiedenartigen Auslegung des serbisch-bulgarischen Teilungsvertrages. Es lag also einerseits eine Folgeerscheinung eines vorausgegangenen Krieges vor: Da in der bundesstaatlichen Zukunft der Krieg überhaupt fehlen wird, kann auch nicht ein Krieg Anlass zu einem andern geben. Insofern Streitigkeiten über Auslegung eines Vertrages aus anderen Motiven entstehen sollten, wäre naturgemäss der internationale Gerichtshof, der ja bei Auslegung von Verträgen durchaus in seiner eigenen juristischen Sphäre bliebe, die zur Schlichtung des Konfliktes kompetente Stelle.

12. Schliesslich haben wir die gleiche Methode auf die Verursachung des gegenwärtigen Weltkrieges anzuwenden. So sehr auch all die Faktoren, die dieses schlimmste aller Blutgerichte herbeigeführt, für die Beteiligten selbst, die in leidenschaftlicher Inbrunst an der Sache des eigenen Landes hängen, in einseitiger Beleuchtung erscheinen, so sehr für sie jene vorurteilslose geschichtliche Betrachtung, die gegenüber den Konflikten der Vergangenheit Brauch ist, erschwert erscheint, so heftig auch noch die Polemik über all diese Fragen geführt wird — scheint mir doch, dass eine nüchterne Feststellung der historischen Verkettung heute schon möglich ist. Die von den einzelnen Staaten veröffentlichten Aktenstücke weichen in ihren tatsächlichen Behauptungen gar nicht so weit voneinander ab, als man vielfach glaubt; nur die subjektive Wertung ist eine durchgreifend verschiedene. Bei den leichtgläubigen Volksmassen hat sich allerdings ein ganzes

Gewebe von Legenden eingenistet, die aller Beweismomente ermangeln; viele sind auch zu politischen Zwecken verbreitet worden; von ihnen können wir absehen.

Der äussere Anlass zum Kriege — dafür zeugt die persönliche Erinnerung eines jeden, der die Vorgänge im Juli 1914 miterlebt hat — lag in dem Ultimatum der österreichischen Regierung, in den um des Serajewoer Mordes willen formulierten Forderungen an Serbien. Bewusstes Ultimatum wurde von der serbischen Regierung im allgemeinen bewilligt, mit einziger Ausnahme der von Oesterreich verlangten Zuziehung österreichisch-ungarischer Gerichtsbeamter zu der in Serbien zu führenden gerichtlichen Untersuchung zwecks Auffindung eventueller Mitschuldiger am Serajewoer Verbrechen. Serbien schlug vor, diese strafprozessuale Frage dem Haager Schiedsgerichtshof zu unterbreiten, Oesterreich ging hierauf nicht ein, resp. erachtete den serbischen Gegenvorschlag als gleichbedeutend mit Ablehnung seines Ultimatums, erklärte und begann den Krieg.

Bereits der bestehende Haager Schiedsgerichtshof wäre für Entscheidung dieser strafprozessualen Frage, wie überhaupt für Beurteilung der event. Mitschuld serbischer Regierungsorgane am Serajewoer Verbrechen sachlich durchaus kompetent gewesen. Was ihm fehlte, war bloss die obligatorische Kompetenz; was weiter fehlte, war das allgemeine Verbot kriegerischen Vorgehens um einer Angelegenheit willen, die durch den Gerichtshof hätte entschieden werden sollen.

Zur Schlichtung eines analogen Konfliktes in der Zukunft würde also die obligatorische Kompetenz des internationalen Gerichtshofes, sowie andererseits das allgemeine Landfriedens-Gesetz, gewahrt durch die internationale Exekutivgewalt, genügen.

Der zweite tiefere Anlass für die kriegerische Initiative Oesterreichs gegenüber Serbien lag in der Propaganda gewisser serbischer Vereine für Losreissung der von Südslaven bewohnten österreichischen Gebietsteile vom staatsrechtlichen Verband des Kaiserstaates und für ihre Angliederung an Serbien, sowie in der immanenten Tatsache, dass der blosser Bestand eines unabhängigen serbischen Staates und vor allem dessen Prestigegewinn im serbisch-türkischen und serbisch-bulgarischen Kriege eine gewisse Attraktionskraft auf die südslavischen Untertanen der Monarchie ausüben und deren innerliche Verwachsung mit dem Reich erschweren musste.

Was die aktive Propaganda der serbischen Vereine anlangt, stand deren Duldung in Widerspruch mit dem serbisch-österreichischen Vertrage des Jahres 1908, welcher den ausdrücklichen Verzicht Serbiens auf Bosnien, wie österreichisches Gebiet überhaupt, zum Ausdruck brachte. Serbien hat denn auch die diesbezüglichen Forderungen des österreichischen Ultimatums vom 23. Juli 1914 angenommen, sodass dieses Moment als unmittelbarer Kriegs Anlass ausschied. Für analoge Fälle der Zukunft wäre das Recht jedes Staates festzulegen gegenüber revolutionären Umtrieben des Nachbarstaates, die sein eigenes Gebiet bedrohen, Klage beim internationalen Gerichtshof einzubringen. Solche Umtriebe bilden, wenn sie gegen den eigenen oder gegen befreundete Staaten gerichtet sind, schon heute ein in allen Strafgesetzbüchern vorgesehenes Delikt und durchaus entsprechend wäre es, in der künftigen

Bundesverfassung, diese Strafbarkeit auf Unternehmungen gegen die Sicherheit jedweden anderen Bundesstaates, der ja dann als mehr denn bloss befreundeter Staat aufzufassen wäre, auszudehnen. Solche Umtriebe würden damit in erster Linie den ordentlichen Gerichten des betreffenden Landes unterliegen, wie jedes andere Verbrechen und im Falle der Rechtsverweigerung dem internationalen Gerichtshof zur Aburteilung zu überweisen sein.

Die blossе Attraktionskraft des serbischen Staates auf die süd-slavischen Bewohner Oesterreich oder ein ähnliches sozialpsychisches Phänomen der Zukunft könnte allerdings nicht „verboten“ werden. Die Mittel dagegen bestehen einerseits darin, den eigenen Untertanen eine so gute Verwaltung zu bieten und in ihnen dadurch so viel staats-treue Gesinnung zu erwecken, dass sie nicht nach dem Ausland schielen und andererseits, insofern das nicht gelingt, in der Aufbietung polizeilicher Machtmittel zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Innern des eigenen Gebietes, ohne darob einen Krieg mit anderen Staaten zu beginnen. (Wieder nach anderer Seite bliebe wie mehrfach betont, in Zukunft den betreffenden Volksteilen das Recht gewahrt, Klage über eventuelle Verletzung des bundesstaatlichen Nationalitäten-Gesetzes beim internationalen Gerichtshof einzureichen.)

Der unmittelbare, sowie auch der tiefere Anlass zum österreichisch-serbischen Kriege und ähnliche Fälle der Zukunft könnten also durch rein juristische Methoden, durch Betätigung des internationalen Gerichtshofes beseitigt werden.

Anders steht es um den in Wahrheit entscheidungsvollen Faktor, der allein aus der österreichisch-serbischen Spannung einen Weltkrieg erwachsen liess.

Oesterreich hat zweifellos der Hoffnung und — nach dem Grundsatz, dass der Wunsch der Vater des Gedankens ist — der Ueberzeugung gelebt, dass es seinen Kampf mit Serbien werde allein ausfechten können und dass Russland und die mit ihm verbündeten Mächte Serbien nicht zur Seite treten würden. Es glaubte vor allem in der Wahl des unmittelbaren Kriegsangebotes (Serajewoer Königsmord) eine Gewähr dafür zu besitzen, dass der russische Zar — in steter Angst vor Attentätern lebend — den der Mitschuld am Königsmord beschuldigten Serben nicht zuhulfe kommen werde. Russland hat trotzdem gemeint, die Vernichtung des ihm rassenverwandten, politisch wenn auch nicht formell staatsrechtlich von ihm abhängigen, einen Bestandteil seiner eigenen Machtsphäre bildenden serbischen Volkes nicht zu lassen zu können (neutralen Beobachtern ist das allerdings fast selbstverständlich erschienen). In gewissem Sinne mag man also als weitere Ursache des Weltkrieges die irrtümliche Beurteilung der russischen Psychologie durch die österreichische Regierung, deren irrtümliche Voraussicht einer künftigen Entwicklung bezeichnen. Sie hätte unter Voraussetzung einer Beteiligung Russlands am Kriege mit Serbien denselben zweifellos nicht begonnen, weil der Streitfall mit Serbien weder objektiv, noch auch subjektiv in ihren Augen den ungeheuren Einsatz eines Existenzkampfes mit dem slavischen Riesenreiche aufwiegen konnte.

Dass jedoch auch die deutsche Reichsregierung im gleichen Irrtum befangen gewesen sei, erscheint schwer glaubhaft. Die grosse Umsicht und Vorausberechnung aller Möglichkeiten, die sie in allen

anderen politischen Situationen befolgte, zwingen zur Annahme, dass die deutsche Regierung sich anlässlich ihrer Zustimmung zum österreichischen Ultimatum sehr wohl bewusst war, dass dasselbe nicht bloss, wie dies ja in der Absicht der österreichischen Regierung lag, zur kriegerischen Auseinandersetzung mit Serbien führen müsse, sondern — wenn auch nicht gewiss, so doch mit einem bedeutenden Wahrscheinlichkeitsgrade — auch zum Kriege mit Russland und den ihm verbündeten Grossmächten führen könne.

Die deutsche Regierung hat also, wenn auch nicht den absoluten Willen zum Kriege besessen, so doch den Entschluss gefasst, es auf eine Kraftprobe ankommen zu lassen (wie es deren im Jahre 1908 und im Jahre 1912 anlässlich der Balkanwirren wiederholt gerade Russland gegenüber glücklich bestanden hatte) und entweder dem österreichischen Bundesgenossen zu der von ihm erwünschten Stärkung der Position auf dem Balkan und gegenüber den südslavischen Völkern, sowie zu einem grossen Prestigeerfolg zu verhelfen, oder aber Krieg zu führen. Die russische Mobilisierung war kein primärer Akt, sondern ein durch kriegerische Initiative Oesterreichs gegenüber Serbien veranlasster und von Deutschland zweifellos als möglich, wenn auch nicht gewiss vorausgesehener Akt, mit dem es bei seiner ganzen Dispositionsführung rechnete.

Warum hat die deutsche Regierung diese Kriegsmöglichkeit geschaffen? Das ist neben all den anderen Problemen aus der Vorgeschichte des Krieges, deren Erklärung auf der Hand liegt, die einzige schwer zu beantwortende Frage. Gewiss hat es in Deutschland eine mächtige Strömung gegeben, die weit über die alldeutschen Kreise hinaus bis in die Familie des herrschenden Regentenhauses Einfluss besass und jene Erweiterungen des Kolonialbesitzes, die Frankreich und England in kleinlichem Geiz anlässlich der Marokkokrise verweigert hatten, durch einen Krieg erreichen wollte. (Gegenüber solchen zu Völkerkonflikten führenden Strömungen wäre in der Verfassung der Zukunft — durch Festlegung der Handelsfreiheit in den Kolonien und die (nach Gesichtspunkten der Billigkeit und des grössten Reservoirs an latenten, der Betätigungsmöglichkeit harrenden Kräften vorzukehrende) Verteilung der etwa noch vorhandenen, ordentlicher Staatlichkeit entbehrenden und wirtschaftlich unerschlossenen Gebiete — entsprechende Vorkehrung zu treffen und andererseits eventueller kriegerischer Selbsthilfe gegenüber mit den überlegenen Machtmitteln der internationalen Exekutivgewalt einzugreifen.)

Aber diese kriegsfreundliche Strömung in Deutschland wäre allein gewiss zu schwach gewesen, um zu einer kriegerischen Initiative der deutschen Reichsregierung zu führen.*) Diese sagte sich wohl, dass die stets schärfer ausgeprägte Einkreisung Deutschlands durch die Konsolidierung des Dreiverbandes und dessen militärische Erstarkung vermöge der Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich — und der Erbauung der strategischen Bahnen Russlands bis an dessen Westgrenze — das Machtverhältnis zwischen Deutschland und seinen

*) Die im Buche „J'accuse“ (Lausanne, Payot, 1915) vorgebrachten Argumente dafür, dass diese Strömung der hauptsächlich zum Krieg treibende Faktor gewesen sei, erscheinen mir nicht hinreichend beweiskräftig.

Verbündeten einerseits, dem Dreiverbände andererseits zu Deutschlands Ungunsten zu verschieben drohe und dass Deutschland bei eventuellen Konflikten der Zukunft nicht mehr würde durch die Drohung der Anwendung militärischer Machtmittel die Entscheidung nach seinem Sinn erzwingen können. Vielleicht fürchtete die deutsche Reichsregierung auch darüber hinaus, dass der Dreiverband seine wachsende militärische Kraft späterhin zur Aufstellung unbilliger Forderungen oder selbst zu einem Angriffskrieg missbrauchen könnte. Eingehendes Studium der Volkspsychologie und der Parteienverhältnisse in Frankreich und England lässt es mir sehr unwahrscheinlich erscheinen, dass die Westmächte jemals eine solche kriegerische Initiative ergriffen oder einen russischen Angriffskrieg unterstützt hätte. Aber dass sie nach Vollendung der Rüstungen, vom Jahre 1916 oder 1917 an, sich in eventuellen Konfliktsfällen mit Deutschland nicht mehr so nachgiebig erwiesen hätten, wie etwa anlässlich der an die albanische Frage geknüpften Streitigkeiten, das ist sehr wohl möglich.

Der deutschen Reichsregierung mochte nun der Gedanke unerträglich erscheinen, dass sie in Zukunft eine Minderung ihrer Machtstellung erfahren und dass ein Krieg der Zukunft für sie ungünstige Chancen bieten würde. Sie zog es darum vor, den Mächten des Dreiverbandes schon im Jahre 1914, vor Veränderung der Stärkeverhältnisse und in einem Augenblicke überlegener militärischer Bereitschaft (so waren die deutschen schweren Mörser bei den Gegnern noch nicht bekannt geworden und diese hatten ihnen noch nichts Ebenbürtiges entgegenzusetzen) entgegenzutreten und entweder durch Gelingen der österreichischen Initiative gegen Serbien einen Prestigeerfolg sowie Verbesserung der südöstlichen Machtstellung zu gewinnen oder aber den Weltkrieg, statt im Jahre 1917, bereits im Jahre 1914 zu führen.

All diese Verknüpfungen liegen allerdings nicht offen zutage und die Beteiligten hatten naturgemäss ein grosses Interesse, sie noch weiter zu verdunkeln. Auch dem Verfasser dieser Studie ward es erst nach mühseliger vergleichender Untersuchung der von den verschiedenen Seiten vorgebrachten Beweisgründe ermöglicht, sich ein endgültiges Urteil zu bilden. Er glaubt jedoch nunmehr mit einem sehr hohen Grade von Wahrscheinlichkeit sagen zu können, dass diese Motive des Präventivkrieges bei der deutschen Reichsregierung ausschlaggebend gewesen seien und dass die offensichtlich auf seiten der Zentralmächte liegende Initiative zum Ultimatum an Serbien und zur Kriegserklärung an den genannten Staat die Möglichkeit, dass diese Gegenwarts-Initiative zu diesem Kriege des Jahres 1915 von Russland oder England ausgegangen sei, offenbar ausschliesst. Inwieweit eine künftige Kriegsinitiative dieser Mächte zu befürchten war, eben diese Ueberlegung bildet ja die Grundlage des diesmal von Deutschland geführten Präventivkrieges.

Ist aber diese Hypothese des deutschen Präventivkrieges — gemildert durch den Umstand, dass Deutschland im Juli 1914 nicht den Krieg an sich, sondern die Alternative diplomatischen Einzelerfolges oder „rechtzeitigen“ Krieges sich zum Ziel gesetzt habe — richtig, dann kommen wir zu der auch für die Zukunft bedeutungsvollen Fragestellung: Wie lassen sich solche Präventivkriege, die aus dem Gegeneinander zweier Mächtigkeitsgruppen erwachsen und bei drohender

Machtverstärkung einer von ihnen in der andern den Wunsch rege machen, vor vollendeter Machtverschiebung loszuschlagen, vermeiden? Sowie man sich die zwischenstaatliche Organisation der Zukunft plastisch vorstellt, ist die Beantwortung ein Leichtes. Der Wunsch nach Machtsicherung durch Errichtung von einander gegensätzlichen Bündnissystemen muss automatisch wegfallen, sowie die Sicherheit jedes Staates durch die internationalen Institutionen verbürgt und jede Möglichkeit zur Erlangung von Vorteilen durch Machtentfaltung, resp. kriegerische Initiative durch das allgemeine Landfriedens-Gesetz und durch die jedem Einzelstaate überlegene Macht der internationalen Exekutivgewalt hinfällig gemacht ist. Sowie aber durch irgendwelche irrthümliche Erfassung dieser Verhältnisse doch in einem Einzelstaate der Wunsch nach kriegerischer Initiative wach werden sollte, würde deren Verwirklichung an der übermächtigen internationalen Exekutivgewalt scheitern.

Ein Präventivkrieg erwächst, zum Unterschiede von anderen Kriegsursachen, nicht aus objektiven Streitobjekten, sondern aus einem technischen Fehler im Aufbau der Staatenorganisation selbst. Durch die Beseitigung dieses Konstruktionsfehlers kommt seine Möglichkeit automatisch in Wegfall.


* * *

Zusammenfassend können wir sagen, dass diese kritische Untersuchung der Kriegsursachen die Unzulänglichkeit eines blossen schiedsgerichtlichen Verfahrens aufgezeigt hat. Die grossen Interessenkonflikte, die häufig ausserhalb jeder Möglichkeit juristischer Beurteilung liegen, würden niemals auf Grund dieser — allseitigen guten Willen voraussetzenden — Methode geschlichtet werden können und diese Erkenntnis kommt ja auch im üblichen Vorbehalt der bisherigen Schiedsgerichtsverträge, „dass Streitfälle, die die Ehre oder wesentliche Interessen eines Staates betreffen, von der schiedsgerichtlichen Entscheidung ausgenommen sein sollen“, zum Ausdruck. Ein ordentlicher internationaler Gerichtshof, dessen Entscheidungen durch eine internationale Exekutivgewalt zwangsweise verwirklicht würden, könnte allerdings entweder: Klagebegehren, die sich nicht auf juristische Gründe stützen können, einfach ablehnen und Selbsthilfe verwehren (das würde aber zu einer weitgehenden Erstarrung aller internationalen Verhältnisse führen und z. B. für die Erschliessung von überseeischem Neuland keinerlei Möglichkeiten bieten) — oder aber er müsste in solchen Fragen ausserhalb aller juridischen Gesichtspunkte nach freiem Ermessen entscheiden, also mit den Kompetenzen eines Gerichtshofes, die einer internationalen Gesetzgebung und Verwaltung kumulieren. Prof. Forel schlägt auf Seite 10 seiner Studie „Die Vereinigten Staaten der Erde“ die Errichtung eines solches internationalen Areopags vor, aber alle Erfahrungen des einzelstaatlichen Staatsrechts lassen es doch entsprechender erscheinen, das Prinzip der Teilung der Gewalten auch bei der Schaffung der neuen Bundesverfassung anzuwenden und die richterlichen und gesetzgebenden, sowie die Befugnisse der aus-

übenden Gewalt an verschiedene Organe zu übertragen. Wie selbe auszugestalten wären, dafür haben wir in der Erörterung der analogen Entwicklung der Rechtssicherheit im Innern der Einzelstaaten, sowie in der Uebersicht über die vorhandenen Entwicklungsansätze zu internationalen Institutionen viele Fingerzeige gefunden und wollen nun im Folgenden in Kombinierung all dieser Gesichtspunkte ein knappes, übersichtliches Bild der praktisch möglichen Neugestaltung des internationalen Lebens zu entwerfen trachten.

IX. KAPITEL.

Uebersichtliche Darstellung der Verfassung des künftigen Staatenverbandes, wie sie sich auf Grund der im vorhergehenden aufgestellten Gesichtspunkte zu gestalten hätte.

 M eine gewisse Uebersichtlichkeit der Vorschläge zu erzielen und andererseits doch zu klarem Ausdruck zu bringen, dass es sich keineswegs um willkürliche Ideengebäude, sondern Schlussfolgerungen aus der Einsicht in die vorhandenen Entwicklungsansätze und Bedürfnisse handelt, soll jedem Abschnitt ein Motivenbericht (in kleinerem Druck) beigegeben werden. Naturgemäss müssen zur Orientierung gegebenenfalls kurze Hinweise auf die in den vorhergehenden Kapiteln enthaltene Beweisführung genügen. Der Leser wolle diese drei Kapitel als eine Einheit betrachten und die beiden ersteren zum Verständnis des letzteren fortlaufend konsultieren.

I. BERUFUNG DER KONSTITUIERENDEN VERSAMMLUNG.

A. Der Kongress der kriegführenden Mächte, der über die Bedingungen des Friedensschlusses berät, beschliesse zwecks dauernder Beseitigung der aus dem Gegeneinander zweier Mächtegruppen und dem hierdurch veranlassten Wettrüsten erwachsenden Kriegsgefahr die Verbindung beider Bündnissysteme in einen einzigen Staatenverband.

B. Er richte gleichzeitig an die neutralen Mächte die Einladung, sich demselben anzuschliessen und lade sie zwecks Konstituierung dieses Staatenverbandes zu einer dritten Haager Konferenz, die unmittelbar nach Beendigung der eigentlichen Friedensverhandlung zusammentrete.

C. Auf dass diese Haager Konferenz nicht in die Unbehilflichkeit ihrer Vorgängerinnen ver falle, soll sie — wie bereits auf dem Friedenskongress der kriegführenden Mächte festzulegen und als Basis für die Einladung der Neutralen zu betonen — keiner Stimmeneinhelligkeit ihrer Beschlüsse bedürfen, sondern nach Art anderer gesetzgebender Versammlungen mit einfacher Stimmenmehrheit entscheiden. Um jedoch jedem Staate für diese Abstimmungen einen seiner Bedeutung einiger massen entsprechenden Einfluss zu gewährleisten, werde (analog der bezüglichlichen Einteilung des Deutschen Bundesrates und der inter-

nationalen Sozialistischen Kongresse sowie des Prisengerichtshofes, dessen Errichtung von der letzten Haager Konferenz beschlossen wurde) jedem Staate eine bestimmte Anzahl von Stimmen zuerkannt: z. B. 50 Stimmen den Zentralmächten (Deutschland 30, Oesterreich 14, der Türkei 6) und 50 Stimmen der gegnerischen Mächtegruppe (England 12, Frankreich 12, Russland 12, Italien 8, Belgien 4, Serbien 2), ferner den Vereinigten Staaten von Amerika 20, Japan 8, Spanien und Brasilien je 6 Stimmen, Rumänien, Schweden, Holland, der Schweiz, Portugal, Mexiko, Argentinien und Chile je 4 Stimmen, allen andern Signatarmächten der Haager Konferenz je 2 Stimmen.*) Im Falle eine der beiden Mächtegruppen den Sieg davongetragen hätte, wäre ihren führenden Staaten mehr Stimmen, z. B. im Falle des Sieges der Zentralmächte, Deutschland allein 50 Stimmen zuzusprechen.

Den einzelnen Regierungen bliebe es vorbehalten, das gesamte Verfassungswerk schliesslich anzunehmen oder aber für sich abzulehnen, d. h. sich aus dem Staatenverbände wieder zurückzuziehen.

D. Die Hälfte dieser Delegierten sei in jedem Falle von den Regierungen, die andere Hälfte von den jeweiligen Staatsparlamenten (bei Staaten mit Zweikammersystem in gemeinsamer Sitzung beider Häuser) zu ernennen.

MOTIVE:

Zu Punkt A. Fast alle Schriftsteller und Verbände, die sich mit der Neuordnung der Verhältnisse befassen, treten für eine Beseitigung des Gegensatzes der beiden Bündnissysteme ein, der am Rüstungswettbewerb und am schliesslichen Ausbruch des Krieges wesentliche Schuld getragen habe. An beachtenswerter Stelle, in der Denkschrift der Schweizerischen Vereinigung für Studium der Grundlagen eines dauernden Friedensvertrages, wird vorgeschlagen (Seite 11 des französischen Textes), die Beseitigung der Bündnisse durch deren einfaches Verbot zu erreichen. An anderer Stelle (Seite 17 der gleichen Denkschr.) wird als Ersatz der Bündnisse eine rein völkerrechtliche Gemeinschaft der Staaten ohne Föderation und ohne Exekutivgewalt vorgeschlagen.

Demgegenüber bemerkt Dr. Alfr. H. Fried in seiner wertvollen Schrift „Europäische Wiederherstellung“ (S. 103), dass man das Ende der Bündnisse nicht dekretieren könne, weil zur Durchführung des Verbotes keine Macht da wäre. Wir möchten diesem durchaus richtigen Argument noch beifügen, dass Bündnisse vielfach aus gefühlsmässigen und historischen Zusammenhängen erwachsen sind, die durch Machtspruch zu zerschneiden, unhistorisch wäre und als Gewalttätigkeit empfunden würde, ins solange eben die Einzelbündnisse nicht durch ein wahres Gesamtbündnis ersetzt wür-

*) Analoge Vorschläge wurden in einer Denkschrift der englischen Fabian Society (in der Londoner Zeitschrift „The new statesman“) entwickelt.

den. Das Bündnis zwischen Deutschland und Oesterreich z. B. beruht in erster Linie auf der Rassen- und Gefühlsgemeinschaft der österreichischen Deutschen mit ihren Brüdern im Reich; es beruht ferner auf den in langen Jahrhunderten gemeinsamer Staatlichkeit herausgebildeten Gemeinschaftsbeziehungen, eng verschwisterter Sitte und Kultur. Wer will es unternehmen, diese natürliche Beziehung aufzuheben? Und wer will, insoweit eben das allgemeine Bündnis und eine den Frieden sichernde internationale Exekutivgewalt nicht besteht, Frankreich, England und Russland daran verhindern, Sicherheit und Gleichgewicht der Macht gegenüber diesem Bund der Zentralmächte in eigenem Bunde zu suchen? Wer will überhaupt die schwächeren Staaten daran verhindern, sich gegen die Uebergriffe der starken einen Schutzwall durch Verbindung untereinander zu schaffen? Diese Verbindung der Schwachen ist ein allgemeines Naturgesetz, das bis in fernste Urzeit zurückreicht und stets einer der wichtigsten Hebel der Staatenbildung gewesen ist. Man kann es nicht aufheben. Und wenn man, wie dies mit Recht gefordert wird, das Gegeneinander der Bündnissysteme beseitigen will, so gibt es nur einen Weg: Nicht die Zerschneidung der Staatenbeziehungen durch Verbot der Bündnisse, sondern die Aufrichtung eines grossen allgemeinen Bundes, der dem Schwachen Sicherheit vor dem Starken verleiht und dem Starken in der werdenden Rechtssicherheit Schutz gibt gegen die Uebermacht der verbündeten Schwachen.

Zu Punkt B. In der gleichen Denkschrift, die in vielseitiger Berührung aller Gesichtspunkte unseres Problems mannigfache Anregung bietet, wird vorgeschlagen (S. 8 des französ. Textes), Vertreter der neutralen Mächte zum Friedensvertrag selbst heranzuziehen, während mir, um die Teilnahme der Neutralen am Aufbau der zwischenstaatlichen Organisation zu ermöglichen, die Zweiteilung des Kongresses in eine Versammlung der Kriegführenden, die sich mit der eigentlichen Liquidierung des Krieges befasse und in einen allgemeinen Kongress der Haager Signatarmächte, zwecks Aufbau der internationalen Organisation, entsprechender erschiene.

Mehrere kriegführende Mächte haben bereits mit grosser Entschiedenheit erklärt, dass sie sich die Einmischung aller Staaten, die nicht einen Teil der Kriegslast getragen hätten, verbitten müssten. Auch Fried kommt in seiner Schrift „Europäische Wiederherstellung“, Seite 84, zur Anschauung, dass sich die Kriegführenden, was die Liquidierung des Krieges selbst anlangt, „eine Einmischung vom Leibe halten wollen“. Durch die Zweiteilung des Werkes glaubt er der Schwierigkeit begegnen zu können und führt mit Recht aus, dass gerade die neutralen Mächte und ihre Vertreter gegenüber der in den Kampfanschauungen befangenen Diplomatie der kriegführenden Staaten der günstigsten positiven Faktor für ein Gelingen der zwischenstaatlichen Organisationsaufgabe darstellen würden. Ein kurzes Zuwarten von der Beendigung des Krieges bis zum Beginn des neu aufbauenden Werkes sei auch dienlich, um der öffentlichen Meinung, von den Fesseln des Kriegszustandes befreit, einige Zeit zur Sammlung und zur Einsetzung ihres Einflusses zugunsten des völkerverbindenden Werkes zu lassen.

Andererseits sei baldige Aufeinanderfolge der beiden Kongresse notwendig, um die grossen Neuerungen günstige Stimmung der Kriegs-

beendigung als Hebel für mutige Initiative bei Aufbau der zwischenstaatlichen Organisation zu verwenden.

Dem weitem Vorschlag Frieds, für den Aufbau der zwischenstaatlichen Organisation einen Staatenkreis zu wählen, der zwischen den gegenwärtig kriegführenden Mächten und der Gesamtheit aller Signatarmächte die Mitte halte, glaube ich indes doch nicht zustimmen zu können. Man soll — wo für Fried selbst bei allen anderen Gelegenheiten mit berechtigtem Eifer eintritt — lieber an Entwicklungsansätze anknüpfen, als neues, ohne hinreichende Existenzberechtigung, schaffen.

Fried möchte durch einen Kongress aller europäischen Mächte, dem jedoch auch die Vereinigten Staaten von Amerika „als zum europäischen Kulturkreise gehörig“ beizuziehen wären, einen Zweckverband „Europa“, was also ein noch engerer Kreis von Staaten wäre, begründen. Auch andere Schriftsteller und Verbände haben diesen, wie ich meine, unglückseligen Gedanken einer auf Europa beschränkten zwischenstaatlichen Organisation aufgegriffen, so Dr. Nico van Suchtelen, Holland, in seinem Verband: „Die Vereinigten Staaten von Europa“ und die Schweizer Friedensgesellschaft auf ihrer letzten Hauptversammlung in Basel. Demgegenüber scheinen mir für die Erstreckung der zwischenstaatlichen Organisation auf die ganze Kulturwelt folgende Gesichtspunkte zu sprechen: 1. Europa ist ein willkürlicher, nur ganz künstlich abzugrenzender Begriff. Sollen Canada, Südafrika und Australien als Bestandteile des britischen Weltreichs ausserhalb jenes Zweckverbandes „Europa“ (Fried) oder jener „Vereinigten Staaten von Europa“ (Suchtelen) bleiben, dem England als Haupt des Britischen Weltreichs angehört? Soll man die ihrer ganzen Wesenheit nach asiatische Türkei einbeziehen und die, wie auch Fried zugibt, zum europäischen Kulturkreis gehörigen Staaten von Amerika ausschliessen?

2. Gelänge es, so würde, trotz aller Gegenbemühungen, ein Gegensatz zu anderen Kontinenten aufleben, die Schlagworte von der Abwehr der amerikanischen oder der gelben Gefahr würden wieder Gewicht erhalten und vollständig mutwilligerweise, ohne irgendwelchen innern Anlass wäre die Gefahr einer neuen Form von Kriegen, der Kämpfe von kontinentalen Staatsverbänden gegeneinander, gegeben.

3. Entwicklungsansätze für zwischenstaatliche Organisation (z. B. Haager Konferenzen, Weltpostverein) liegen im wesentlichen nur für eine die ganze Kulturwelt umspannende Verfassung vor. Nur in Balkanfragen ist das „Europäische Konzert“ einigemal in Wirksamkeit getreten, aber dieser Entwicklungsansatz tritt an Bedeutung und Dauer hinter den früher erwähnten ganz in den Hintergrund.

4. Schwerstes Hindernis für Verwirklichung des ganzen Föderationsgedankens wird im Hass zwischen den europäischen Grossmächten liegen, der als Bodensatz des Krieges und seiner Greuelpropaganda zurückzubleiben droht. Viel schwerer wird es sein, Deutschland und Frankreich, trotz des Hasses, der sie trennt, in einem Staatenverband zu einigen, als Frankreich und Amerika, die sich freundlich und Deutschland und Amerika, die sich korrekt gegenüberstehen.

Auch die Bestrebungen für zwischenstaatliche Organisation sind in Amerika viel einflussreicher als in Europa. (Man denke an die Initiative Bryans in der Schiedsgerichtsbewegung.) Gerade sie werden den nütz-

lichsten, einigenden Faktor in der ganzen weitem zwischenstaatlichen Entwicklungsbewegung bilden, sie mutwillig auszuschliessen, würde eine schwere Gefährdung des ganzen Unterfangens bedeuten.

5. Die Idee der zwischenstaatlichen Organisation schöpft ihre innere Existenzberechtigung aus dem Vorhandensein internationaler Interessenverknüpfung, der vielfältigen Probleme und Konfliktsmöglichkeiten des Welt Handels; dieser ist jedoch stärker entwickelt zwischen den europäischen Industrie- und den amerikanischen Rohproduktionsländern als zwischen den europäischen Staaten selbst. Um der zwischenstaatlichen Organisation in sich ruhende Festigkeit und natürliche Gestaltung zu geben, muss man sie auf das ganze Gebiet der zu regelnden Interessenverknüpfungen erstrecken.

Zu Punkt C. Was die Unzulänglichkeit einer auf Stimmeneinhelligkeit angewiesenen Versammlung anlangt, siehe das IV. Kap. (Abschnitt über Gesetzgebung) und die Geschichte der Haager Konferenzen in Frieds „Handbuch der Friedensbewegung“.

Die im Text für die einzelstaatlichen Regierungen gewährte Möglichkeit (die von der konstituierenden Versammlung beschlossene Bundesverfassung schliesslich en bloc abzulehnen, d. h. sich noch nachträglich aus dem zu schaffenden Staatenverbände zurückzuziehen) würde hinreichenden Schutz gegen Vergewaltigung bieten. Angesichts der grossen Vorteile an Rechtssicherheit und Interessenschutz, welche den Föderierten im Gegensatz zur prekären Stellung eventueller Outsider zuteil würden, sähen sich die Regierungen schwerlich veranlasst, um eines nebensächlichen Differenzpunktes willen auf diese überwiegenden Vorteile zu verzichten. Die Gefahr der Obstruktion gegenüber den Einzelanträgen, wie sie im Haag zum Schaden der wahren Friedenssicherung auf beiden Konferenzen geübt wurde, wäre damit jedenfalls beseitigt.

Zu Punkt D. Regierungsdelegierte fühlen sich, wie man gerade bei den ersten Haager Konferenzen wieder bestätigt fand, stets in erster Linie als eifersüchtige Hüter der Souveränität ihrer Auftraggeber. Gerade dieser Souveränitätsstandpunkt aber wird ein Haupthindernis für die Ausbildung einer hinreichend starken, funktionstüchtigen Zentralgewalt bilden; es erscheint daher nützlich, den Regierungsdelegierten durch Heranziehung von Parlamentsdelegierten ein Gegengewicht zu schaffen. Die letzteren würden sich naturgemäss nicht bloss vom oberwähnten einzelstaatlichen Souveränitätsgesichtspunkte, sondern auch von den sozialen und kulturellen Bestrebungen ihrer Wählerschaft bestimmen lassen, der Aufschrei des Volkes gegen eine Wiederholung der Kriegsschrecken würde an ihrem Ohr nicht ungehört verhallen, sie könnten Träger der geistigen Bewegungen für Einführung zwischenstaatlicher Organisation werden. Auch die radikale Fortschritt zugeneigten politischen Parteien, wie die Sozialdemokratie, würde damit einen, wenn auch bescheidenen Einfluss auf die Verhandlung der konstituierenden Versammlungen gewinnen und gegenüber den zweifellos doch übermächtig vertretenen konservativen Gruppen ein gewisses Bewegungsferment bilden können.

II. DIE ORDNUNG DER GESETZGEBENDEN GEWALT.

A. Die im Haag sobald als möglich nach Schluss des eigentlichen Friedenskongresses zusammentretende, konstituierende Versammlung würde sich zunächst verpflichten, auch in Zukunft als gesetzgebende Körperschaft des Staatenverbandes zusammenzutreten, ähnlich wie die Haager Konferenzen dies getan, doch regelmässiger: etwa in jedem Monat Januar und für eine so lange Sitzungsperiode, als dies für Erledigung des Bundesbudgets und der von den einzelstaatlichen Regierungen oder auch von individuellen Mitgliedern der Versammlung (Parlamentsdelegierten) eingebrachten Anträge erforderlich wäre.

Punkt B. Eine Veränderung des Wahlgesetzes wäre nicht in unmittelbare Verhandlung zu ziehen, sondern als minder dringlich einer weitem Entwicklung zu überlassen. Später könnte dann eine Zweiteilung der Versammlung in ein aus den Regierungsdelegierten bestehendes Oberhaus und ein von Parlamentsdelegierten gebildetes Unterhaus erfolgen.

C. Noch später könnte die Zusammensetzung des Unterhauses durch direkte Wahlen (analog dem amerikanischen Repräsentantenhaus oder dem Deutschen Reichstag) in Erwägung gezogen werden.

MOTIVE:

Zu Punkt A. Eine regelmässige Periodizität ist notwendig, um automatische Gelegenheit zur Fortführung der gesetzgeberischen Arbeit zu bieten. Auch das Mindestprogramm der Haager Zentralorganisation für einen dauerhaften Frieden sieht in seinem § 3 (abgedruckt in den „Dokumenten des Fortschritts“, Juliheft 1915, Seite 101) solche regelmässige Sitzungsperioden vor.

Zu Punkt B und C. Siehe die Darstellung der Vorteile einer aus direkten Wahlen hervorgehenden, zum natürlichen Träger der Einheitsentwicklung werdenden Versammlung im VII. Kapitel dieser Studie, bei Besprechung des dem Deutschen Reichstag innewohnenden Wertes für Stärkung der Reichseinheit. Siehe für die Wichtigkeit einer gesetzgebenden Versammlung überhaupt, die viele Fragen zu lösen hat, welche jeder richterlichen Entscheidung entschlüpfen würden, die Darstellung im VIII. Kapitel dieser Studie, sowie die Schrift von Wrangel und Umano: „Internationale Anarchie oder Verfassung?“ S. 19. Umanos Vorschläge bezüglich des für diese Versammlung anzuwendenden Wahlsystems (S. 20), das jedem Staate soviel Vertreter gäbe, als seiner verhältnismässigen militärischen Machtstellung entspräche, berücksichtigt diese letztere doch mehr, als es mit den allgemeinen Rechtsauffassungen, die auch eine lebendige Macht

bilden, vereinbar wäre. Verschiedene Grösse der Wahlkreise (je nach Steuerkraft und Bildungshöhe der Bevölkerung), Ausschluss der Analphabeten vom Wahlrecht, event. auch Kontingentierung der jeder Nation zuzureichenden Mandate, d. i. Wahlkreise (wie es bei Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Oesterreich gegenüber den einzelnen Nationalitäten des Reichs in mühevollen Verhandlungen schliesslich gelang) wären jedoch durchaus in Erwägung zu ziehen.

Die Erfahrung Deutschlands, Oesterreichs, Amerikas und der Schweiz zeigt, dass sich in Bundesstaaten und Staatenbünden allerdings zentralistische und föderalistische Parteien zu bilden pflegen und dass letztere der Ausgestaltung der Zentralgewalt oft mit Erfolg widerstreben. Zweifellos wird sich im Staatenverband der Zukunft eine noch um sehr viel grössere föderalistische Strömung „zwecks Wahrung der einzelstaatlichen Souveränität“ und möglicher Beschränkung der vereinheitlichenden internationalen Entwicklung bilden. Dennoch zeigen die Beispiele Deutschlands, Amerikas, der Schweiz, in einem gewissen Grade auch Oesterreichs, dass die Widerstände gegen notwendige Ausgestaltung einheitlicher Gesetze und Verwaltungsstellen allmählich geringer werden, dass sie hinfällig werden, wenn eine naturgegebene Parallelentwicklung des wirtschaftlichen und geistigen Lebens zu grösserer Vergesellschaftung vorhanden ist. Der entscheidende Schritt der künftigen zwischenstaatlichen Organisation wird darin liegen, die Staaten nur einmal in einem Verbande zusammenzufassen, wie lose er auch sei und ihm gesetzgebende Organe zur Ermöglichung weiterer Entwicklung zu geben. Die Umwandlung des losen in einen straff und leistungsfähig gestalteten Staatenverband begegnet dann keinen ernststen Schwierigkeiten mehr.

III. ERSTE DRINGLICHE BUNDESGESETZE.

A. Zunächst muss ein allgemeines Landfriedensgesetz beschlossen werden, das den dem Bunde angeschlossenen Staaten die Verpflichtung auferlegt, alle ihre Gravamina gegenüber einem andern Bundesstaate vor die Bundesinstanzen (gesetzgebende Versammlung, Exekutivgewalt oder Justiz) zu bringen. Das Landfriedensgesetz verbietet jede kriegerische Selbsthilfe, resp. erklärt eine solche als Aufruhr und bedroht sie mit Niederwerfung durch die gesamten Machtmittel des Bundes.

B. In zweiter Linie ist eine internationale Polizeitruppe zu errichten, welcher in normaler Zeit die Besetzung der Bundesterritorien in unerschlossenen Ländern und der Grenzschutz gegen unzivilisierte oder ausserhalb des Staatenverbandes stehende Völker obliegt, die aber im Falle eines drohenden Landfriedensbruches — über Antrag des bedrohten Staates — sofort dessen Grenze zu besetzen und dem Angreifer damit klar zu machen hätte, dass er nicht seinem einzelnen Nachbar allein gegenüberstehe, sondern dass jede Grenzüber-

schreitung unmittelbare Herausforderung der Gesamtmacht des Staatenverbandes bedeute.

C. In dritter Linie sind alle dem Verbande angehörigen Staaten zu verpflichten, jedem Rufe der Exekutivgewalt des Staatenverbandes zur Entsendung von militärischen Kontingenten gegen einen Friedensbrecher Folge zu leisten.

D. Die militärischen Machtmittel jedes Einzelstaates sind andererseits nach einem festzulegenden Schlüssel zu begrenzen, z. B.: Herabsetzung der Truppenzahl des stehenden Heeres und Kriegsbudgets auf ein Fünftel des Standes vom 1. August 1914 und jährlicher Einschränkung beider um 10 %.

E. Sämtliche Mitglieder des Staatenverbandes würden einander für eine festzusetzende Reihe von Jahren, z. B. für drei Jahrzehnte, unbedingte Wahrung ihres territorialen Besitzstandes gewährleisten, während von dem zu bestimmenden Zukunftszeitpunkte an eine Kompetenz der Bundesbehörden zu territorialen Neuordnungen, um wichtiger Momente willen, erwüchse.

F. Als Gegenleistung für diese Garantie des territorialen Besitzstandes müssten sich alle Staaten des Verbandes verpflichten, ihren sämtlichen Untertanen Rechtsgleichheit, Religionsfreiheit und den freien Gebrauch ihrer Sprache zu garantieren.*)

G. In allen Kolonien ist für Import und Export seitens aller Staaten des Verbandes gleiche Zollfreiheit oder gleiche Höhe der Zolltarife zu gewährleisten.

MOTIVE:

Zu Punkt A. Der allgemeine Landfrieden ist wesentlicher Zweck der ganzen zwischenstaatlichen Organisation und seine unbedingte Garantie ist die dringlichste aller Massnahmen, weil eben jeder neue Krieg das ganze zwischenstaatliche Werk in seiner Existenz gefährden würde.

Zu Punkt B und C. Vielfach ist in der Literatur der Gedanke zur Geltung gebracht worden, dass auch friedliche Mittel zur Abwehr eines friedensstörenden Staates genügen würden. Gustave Spiller, der Generalsekretär des internationalen Verbandes ethischer Gesellschaften, weist in der „Voix de l'humanité“ vom 17. Juni 1915 (Lausanne, Fr. Ruedi) darauf hin, dass z. B. gegenüber etwaiger Unbotmässigkeit von Provinzen eines

*) Diese Forderung ist unter anderm auch in § 1 des Mindestprogramms der Haager Zentralorganisation für einen dauerhaften Frieden (abgedruckt in den „Dokumenten des Fortschritts“, Juli 1915, S. 101) ausgesprochen.

gegebenen Rechtsstaates doch auch andere Mittel der Friedenswahrung vollständig genügten. So zeigt auch Reichsgerichtsrat Neukamp in der Zeitschrift für Völkerrecht, dass der Ausschluss eines Staates aus den Post- und Verkehrsbeziehungen, sowie äussersten Falls auch aus jeder Handelsbeziehung mit den übrigen Staaten ein sehr weitgehendes Pressionsmittel gegenüber Friedensstörern bedeuten würde. Beides ist gewiss richtig und es steht durchaus zu hoffen, ja, zu erwarten, dass militärische Bundesexekution sich niemals als praktisch notwendig erweisen und dass all die friedlichen Mittel, die naturgemäss in erster Linie anzuwenden sind, durchaus hinreichen würden.

Aber sie prägen sich der Phantasie der Menschen eben doch weit weniger scharf ein, als es bei polizeilichen und militärischen Garantien der Fall ist. Nur wenn jedem Staate offen vor Augen steht, dass er im äussersten Falle durch die militärischen Machtmittel des Bundes gegen Friedensstörung geschützt sei, kann man von ihm wesentliche Herabminderung seiner eigenen Rüstungen fordern und nur, wenn jeder Staat, der event. auf Friedensstörung sänne, der klaren Gewissheit gegenübersteht, dass event. gegen ihn die ultima ratio einer übermächtigen militärischen Machtentfaltung in Anwendung käme, wird er sich alle Absichten der Friedensstörung aus dem Kopfe schlagen. Die Existenz der internationalen Polizeitruppe und die verfassungsmässige Garantie des Beistands aller Föderierten im Falle einer Bundesexekution wird hinreichen, um das tatsächliche Einschreiten des einen oder andern der beiden Machtfaktoren überflüssig zu machen.

Zu Punkt D. Herabsetzung der Rüstungen läge im offenbaren finanziellen Interesse aller Mitglieder des Staatenverbandes, sie nur könnte Ersparnisse gewährleisten, die allein gegenüber den schweren Verlusten des Krieges und gegenüber der Pflicht der Zinsenzahlung für alle durch den Krieg notwendig gewordenen Anleihen einen gewissen Ausgleich schaffen müßten. Sie ist auch notwendig zur Beruhigung der schwächeren Staaten, deren Vertrauen in die Rechtssicherheit durch diesen freiwilligen Verzicht der Starken auf einen Teil ihrer Uebermacht gehoben würde. In der ganzen Literatur, v. a. aber in Frankreich*) wird auf die Einschränkung der Rüstungen entscheidender Wert gelegt. Gewiss gibt man in allen soziologisch geschulten Kreisen zu, dass sie eine Folgeerscheinung der internationalen Anarchie darstellen und dass die zwischenstaatliche Ordnung jedem ernsthaften Verlangen nach Rüstungseinschränkung vorausgehen müsse; aber man weist mit Recht darauf hin, dass diese Konsequenz der Rüstungseinschränkung auch tatsächlich gezogen werden müsse, weil die Rüstungen und die durch sie zu Macht und Einfluss emporgetragenen Militärkassen eine natürliche Entwicklungstendenz zur praktischen Anwendung der mit soviel angewandter Wissenschaft zusammengetragenen militärischen Machtmittel besitzen, ja, weil wachsende Waffenrüstung sogar unter Umständen eine augenblicks noch stärkere gegnerische Macht zu Präventivkriegen zwingen oder doch ihr die Möglichkeit eines solchen Präventivkrieges nahelegen könnte. Wir haben im VIII. Kapitel, § 11, gesehen, dass diese Gefahr eine nur allzu reale ist und dass die Begrenzung der Rüstungen darum einen der Grundsteine der künftigen Friedenssicherung bilden muss.

*) Siehe den Aufsatz von Prof. Hamon, Paris, in der „Menschheit“ vom 5. September (Bern, Max Drechsel).

Zu Punkt E. Den jungen Organen des Staatenbundes kann für den Anfang nicht die schwere Aufgabe zugemutet werden, die territorialen Grenzen der einzelnen Staaten zu ändern und den selbstverständlichen Widerstand der betreffenden Regierung zu brechen. Für die dem Staatenverbände sich anschliessenden Regierungen würde es auch eine schwere Beunruhigung bilden müssen, wenn sie sich einer solchen Möglichkeit gegenübergestellt sähen. Die ausdrückliche Garantie dagegen wird ihnen den Beitritt zum Staatenverbände erleichtern. Jene absolute Garantie der territorialen Integrität aller Staaten, wie sie die bereits erwähnte Denkschrift über die Grundlagen eines dauernden Friedensvertrages (S. 39) selbst für den Fall eines Weiterbestandes vollständiger Souveränität aller Staaten vorschlägt, wäre allerdings für die in manchen von ihnen lebenden unterdrückten Nationalitäten eine trostlose Zukunftsaussicht. Aber da in dem von uns ausgeführten Falle eine solche absolute Souveränität nicht mehr bestünde und, wie im Punkt F ausgeführt, gewisse Grundrechte der Bevölkerung von Bundeswegen garantiert würden, wäre eine solche Garantie der territorialen Unverletzlichkeit der Staaten eher erträglich.

Trotzdem sollte sie meines Erachtens nur für eine begrenzte Reihe von Jahrzehnten ausgesprochen werden, um nicht die nationalen Entwicklungsprozesse, die nun einmal, wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft, zu gewissen territorialen Neugestaltungen hindrängen werden, für immer zu unterbinden und damit dem Menschheitsfortschritt einen Riegel vorzuschieben.

Wir haben im VIII. Kapitel in eingehender Untersuchung gesehen, dass ein nach geschriebenem Rechte urteilender Gerichtshof allerdings nicht befähigt wäre, solche territoriale Neugestaltung, die mit dem geschriebenen Recht fast immer in Widerspruch steht, vorzunehmen, aber für eine fernere Zukunft könnte allerdings der internationalen Gesetzgebung, die sich inzwischen eingelebt haben wird, die Kompetenz für solche Neuordnung zugesprochen werden.

Zu Punkt F. Wie bereits eben erwähnt, setzt die aus allgemeiner Rücksichten notwendige, wenn auch zeitlich begrenzte Garantie der territorialen Unverletzlichkeit der Staaten einen entsprechenden Schutz den nationalen und religiösen Minderheiten innerhalb ihrer Grenzen voraus. Andernfalls würde es früher oder später zu revolutionären Bewegungen kommen, Bluts- und Glaubensbrüder der Unterdrückten würden wie in der Vergangenheit (siehe z. B. russisch-türkischer Krieg) den Aufständischen zuhelfe kommen, der vom auswärtigen Feind bedrohte Staat würde sich naturgemäss an die Bundesbehörden um Schutz wenden und Bundesstruppen müssten so indirekt zur Niederwerfung einer an sich berechtigten Empörung unterdrückter Völkerschaften marschieren. Die Garantie entsprechender Rechte der Minderheiten und eine, wie wir später ausführen werden, entsprechende Kontrolle durch die Verwaltungsbehörden des Bundes, gepaart mit entsprechendem Recht der Unterdrückten auf Anrufung des Bundesgerichtes ist darum für den Bestand der ganzen zwischenstaatlichen Organisation unerlässlich.

Zu Punkt G. Wie oben erwähnt, wäre es überaus schwer, den Bundesbehörden für die erste Zeit die Befugnis zur Verschiebung von Staats-

grenzen zuzuerkennen und ähnliches gilt auch für die Frage einer Uebertragung von Kolonialbesitz von einer Macht auf die andere. Um andererseits den aufblühenden Industriestaaten, wie Deutschland, eine Garantie für ihre wirtschaftliche Expansion zu bieten, ist es unerlässlich, dass ihnen freier Absatz ihrer Produkte und freier Bezug von Rohstoffen auch aus den von anderen Staaten geleiteten Kolonialgebieten gewährleistet würde. Eine der wichtigsten Reibungsflächen und Konfliktsmöglichkeiten, die vom imperialistischen Gedanken so weitgehend ausgenützt wurden, käme damit in Wegfall.

IV. ORDNUNG DES INTERNATIONALEN RICHTSWESENS.

A. Weiters wäre dann durch Beschluss der gesetzgebenden Versammlung ein ständiger internationaler Gerichtshof für alle zwischenstaatlichen Konflikte rechtlichen Charakters zu errichten.

B. Die Hälfte seiner Beisitzer wäre von den höchsten Gerichtshöfen der Bundesstaaten und zwar je einer von jedem Gerichtshof in der für Zusammensetzung der gesetzgebenden Versammlung festgesetzten Reihenfolge bis zur Deckung des Bedarfes zu delegieren, die andere Hälfte von dem (später zu erwähnenden) Bundesrat aus der Zahl der Mitglieder der Gerichtshöfe der Schweiz, Hollands, Dänemarks, Norwegens, Schwedens, Spaniens und Portugals zu ernennen.

C. Aus der Zahl der Beisitzer dieses Gerichtshofes werden durch Los vier Senate (deren Zahl später je nach Bedarf vermehrt werden kann) gebildet und zwar 1. ein Senat für Rechtssprechung in allen Konflikten zwischen einzelnen Bundesstaaten, die sich auf Auslegung von Verträgen beziehen (wie z. B. der im VIII. Kapitel, § 10, erörterte Streitfall) oder andere strikte Rechtstitel zur Unterlage haben;

2. ein Senat für Rechtsgewährung an solche Gruppen oder Einzelpersonen, die sich durch Regierungen der einzelnen Bundesstaaten in ihren durch Bundesgesetze gewährleisteten Rechten (so das Nationalitätengesetz des vorigen Abschnittes) verletzt erachten, ferner für Rechtsgewährung an solche Bundesstaaten, die sich durch Uebergriffe der Bundesbehörden in ihren Rechten verkürzt meinen;

3. ein Senat für Strafklagen gegen einzelne Bundesstaaten wegen Landfriedensbruchs, revolutionärer Umtriebe (wie etwa im Falle der serbischen Umtriebe gegen Oesterreich, die im VIII. Kapitel, § 11 erörtert wurden) oder anderer zwischenstaatlicher Friedensstörungen;

4. ein Senat für Entscheidung von Zivilklagen eines Staates gegen einen andern oder eines Bürgers gegen einen Staat, dessen Bürgerrechtsverband er nicht angehört.

D. Die Senate entscheiden selbst über ihre Kompetenz bezüglich aller bei ihnen anhängig gemachter Klagebegehren. Ein Recht eines beklagten Staates auf Ablehnung der Gerichtsverhandlung (vergleichbar dem fakultativem Charakter der Schiedsgerichtshöfe) besteht nicht. Entsendet eine beklagte Partei keinen Rechtsvertreter, so wird ein solcher ex offio bestellt. In näher zu bezeichnenden schweren Fällen ist ein Appell an die vereinigten Senate des internationalen Gerichtshofes zulässig. Weigert sich ein Staat, den Entscheidungen des Gerichtshofes Folge zu leisten, so werden dieselben von der internationalen Exekutivgewalt mit den in Abschnitt III, Punkt B, sowie in den Motiven zu Abschnitt III, Punkt B, erwähnten oder irgendwelchen anderen, nach Ansicht des (später zu erwähnenden) Bundesrats zweckdienlichen Mitteln zwangsweise durchgeführt.

MOTIVE:

Zu Punkt A. Die Judikatur des Gerichtshofes ist auf Konflikte rechtlichen Charakters zu beschränken. Entscheidung nach freiem Ermessen über allgemeine Entwicklungsfragen oder Interessenkonflikte ist nicht Rechtsprechung und nicht Sache eines Gerichtshofes, sondern der Gesetzgebung und Verwaltung. Siehe die eingehende Darlegung im VIII. Kap. dieser Studie und vor allem dessen letzte Konklusionen.

Zu Punkt B. Die Errichtung des wirklich ständigen Schiedsgerichtshofes im Haag ist daran gescheitert, dass sich die im Haag vertretenen Mächte nicht über den Besetzungsturnus für die Ernennung der Richter verständigen konnten.*) Eine Wahl durch die obersten Gerichtshöfe der einzelnen Länder selbst würde bereits mehr Gewähr dafür bieten, dass der Richter sich als solcher und nicht als einseitiger Vertreter seines Staates fühle.

Die in Punkt B angeführten kleinen Staaten empfehlen sich dadurch, dass sie einerseits nicht am Weltkriege teilgenommen und gegenüber den grossen Machtkonflikten der Grossmächte keine schroffe Stellung eingenommen haben — andererseits durch ihre hochentwickelte Kultur.

Zu Punkt C. Je mehr Agenden minder kontroverser Art dem internationalen Gerichtshof überwiesen werden und eine je weitergehende allgemeine Gerichtsübung sich einbürgert, desto mehr wird der Gerichtshof den Gegensätzen der Staaten selbst entrückt und findet in sich selbst Festigkeit der Grundsätze und Ruhe des Vorgehens. Seine Psychologie nähert sich

*) Siehe Fried, „Handbuch der Friedensbewegung“, zweiter Teil, S. 255.

derjenigen der ordentlichen nationalen Gerichtshöfe an, die ja auch in grossen Interessenfragen, ja, selbst bei Beschwerden gegen höchste Staatsbehörden sich in der überwiegenden Mehrzahl der Kulturländer wohl bewährt haben.

Zu Punkt D. Ein bloss fakultatives Gerichtsverfahren genügt nicht als Friedensbürgschaft. Es darf nicht wieder möglich sein, dass ein Staat sich weigere, die vom Gegner angebotene Schlichtung des Streitfalles durch den internationalen Gerichtshof anzunehmen, wie es Serbien anlässlich seines Angebotes, die an das Serajevoer Verbrechen geknüpften Forderungen vom Haager Gerichtshof entscheiden zu lassen, widerfuhr. Auf dass ein Gericht sich als Friedensbürgschaft unbedingt bewähren könne, darf die Entscheidung darüber, ob seine Kompetenz anzuerkennen, nicht dem Beklagten, sondern nur dem Gerichtshof selbst zustehen. Ebenso muss für zwangsweise Durchsetzung der Gerichtsentscheidungen gesorgt sein. Dadurch unterscheidet sich ja das Recht von der Moral, dass es von Machtfaktoren geschützt wird und nur auf dieser Verbindung beruht seine ordnende und sichernde Kraft.

V. ORDNUNG DER AUSÜBENDEN GEWALT UND VERWALTUNG.

A. Den Regierungsdelegierten der gesetzgebenden Versammlung werde als Vertreter der „Verbündeten Regierungen“ die ausübende Gewalt des Staatenverbandes übertragen, analog wie die „verbündeten Regierungen“ Deutschlands (der Bundesrat) einerseits als Exekutive, andererseits gewissermassen als zweite Kammer der Reichslegislative fungieren.

B. Dieser Bundesrat ernenne die hohen Beamten, denen die Führung der einzelnen Verwaltungszweige, deren Notwendigkeit sich im Laufe der Entwicklung herausbildete, zu übertragen wäre, resp. welche die von der gesetzgebenden Versammlung schrittweise geschaffenen Bundesgesetze durchzuführen haben; ihnen obliege die weitere Ausgestaltung des Beamtenkörpers.

C. Für den Anfang wäre ein Bundesamt für Justiz und Polizei, ein Bundesamt für auswärtige Angelegenheiten (Verkehr mit Staaten, die dem Verbands nicht angehören), ein Bundesamt für zwischenstaatlichen Handel (wichtig auch für Konfliktverhinderung, siehe VIII. Kapitel, § 6) und ein Bundesamt für Verwaltung der Bundesfinanzen zu errichten. Insoweit nicht Vorkehrung für direkte Bundeseinnahmen (Zölle usw.) von der gesetzgebenden Versammlung getroffen ist, werden die Ausgaben des Bundes durch Matrikularbeiträge der Bundesstaaten aufgebracht.

D. Ueberall ist an die vorhandenen internationalen Aemter und Kommissionen zunächst anzuknüpfen und erst allmählich eine Ausgestaltung derselben vorzunehmen.

MOTIVE:

Zu Punkt A. Um die begreifliche Empfindlichkeit der um ihre Souveränität beunruhigten Regierungen tunlichst zu schonen, erscheint es nützlich, ihnen selbst, resp. ihren eigenen Delegierten, die ausübende Gewalt im Bunde zuzuerkennen und ihnen so neue ehrende Aufgaben an Stelle der ihnen entgleitenden zu setzen.

Zu Punkt B. Das Beispiel aller Staatenverbände zeigt, dass sich solche Bundesämter rasch und leicht einleben. Das Werden einer bürokratischen Routine ist auch hier für die Sicherung der neuen Institutionen gegenüber Gegensätzen zwischen den Einzelstaaten nützlich. Solche reguläre Bundesämter erscheinen darum gegenüber den konsultativen Expertenkommissionen, wie sie Prof. Forel in seiner Schrift: „Die Vereinigten Staaten der Erde“, S. 86, vorschlägt, vorzuziehen. Die Abhängigkeit dieser Verwaltungskörper vom Bundesrat ist gegenüber der von Wrangel in seiner Studie: „Internationale Anarchie oder Verfassung?“ (S. 25) vorgeschlagenen Ernennung der Verwaltungsbeamten durch das Parlament vorzuziehen, um eben den Traditionen und Vorurteilen der einzelstaatlichen Regierungen entgegenzukommen. In sachlicher Beziehung wird so auch mehr Straffheit der Verwaltung verbürgt.

Zu Punkt C. Regel dieser ganzen Ueberlegung ist es, für den Anfang nur die für Friedenssicherung unentbehrlichen Instanzen aufzurichten und alles andere der Entwicklung zu überlassen. So wird die Errichtung der meisten Verwaltungsstellen als minder dringlich zurückgestellt und der allmählichen Bearbeitung durch die alljährlich zusammentretende gesetzgebende Versammlung überlassen bleiben können.



X. KAPITEL.

Schlusswort.



DER Ausbau der zwischenstaatlichen Organisation würde zur ersten und entscheidungsvollen Folge die Beseitigung des Krieges haben. Was das für die Menschheit bedeuten würde, davon zeugen die Erfahrungen des letzten Jahres eindrucksvoller, als jede Darlegung es vermöchte.

Sie würde in zweiter Linie die Beschränkung und im weitern Entwicklungsgange die völlige Beseitigung der Militärausgaben, denen gegenüber die Ausgaben für internationale Polizei nur einen kleinen Bruchteil ausmachen würden, herbeiführen. Um welche Ziffern es sich dabei handelt, zeigt ein Ueberblick über die Militärausgaben der letzten Jahrzehnte, die z. B. in Deutschland vom Jahre 1880 bis zum Jahre 1910 von ca. 500 auf mehr denn 1500 Millionen Franken angewachsen sind, seither sich noch weiter sehr bedeutend gesteigert haben und,

wenn auf diesen Krieg eine zwischenstaatliche Organisation nicht folgen würde, wenn Annexionen eine Gefahr von Rachekriegen herbeiführten, offenbar noch weiter (auf mindestens drei Milliarden Mark pro Jahr) gesteigert werden würden. Die Rüstungsausgaben Russlands und Englands sind absolut und relativ in ganz ähnlicher Weise gestiegen*); die Gesamtsumme der Rüstungsausgaben seitens der sechs europäischen und der zwei aussereuropäischen Grossmächte (Amerika und Japan) hat im Jahre 1908 über acht Milliarden Franken betragen**). Sie haben sich in den letzten sechs Jahren vor Kriegsausbruch, die bekanntlich den Rüstungswettbewerb enorm steigerten, fast überall auf annähernd das Doppelte erhöht und müssten sich — mangels einer zwischenstaatlichen Organisation nach Kriegsbeendigung — weiter erhöhen. Es handelt sich also um 20 bis 25, ja vielleicht 30 Milliarden pro Jahr, die für diese unproduktiven Zwecke ausgegeben würden und die fast vollständig durch Einführung zwischenstaatlicher Organisation erspart werden könnten. Rechnet man hierzu noch die Anleihezinsen für die Kosten und Verluste, die durch den — sonst unabwendbaren — Rachekrieg überall erwachsen würden, so kommt man bei Zugrundelegung von 300 Milliarden Kriegsausgaben des nächsten Weltkrieges (gegenüber den 200 Milliarden dieses Krieges bei zweijähriger Dauer — „Fortschritt“ ist gerade in diesen Beziehungen gewiss —) und des für Kriegsanleihe üblichen Zinsfusses von 5% auf weitere 15 Milliarden: somit im Ganzen auf ca. 40 bis 45 Milliarden Franken pro Jahr.

Rechnet man die verbleibenden Rüstungsausgaben der Einzelstaaten und die Ausgaben für die internationale Polizeitruppe auf fünf Milliarden, so bleibt eine Nettoersparnis von 35 bis 40 Milliarden Franken pro Jahr (zieht man auch die kleineren Mächte in Rechnung, so zusammen gewiss über 50 Milliarden Franken pro Jahr) als erste und greifbarste Folge der zwischenstaatlichen Organisation übrig. Kapitalisiert man die jährliche Ersparnis, so kommt man zur fabelhaften Gewinnsumme von 1000 Milliarden Franken.

Aber auch die Ersparnis der sonstigen wirtschaftlichen und geistigen Schädigungen des nächsten Weltkrieges und die Rettung von Millionen von Menschenleben, die derselbe verschlingen würde, sind gewiss als bedeutende Faktoren zugunsten der Reform einzuschätzen.

* * *

Im weitem Entwicklungsgange liesse sich durch die internationale Gesetzgebung und Verwaltung auch eine sonstige Fülle von Vorteilen für die allgemeinen Menschheitsinteressen und damit auch indirekt für all die Nationalinteressen, die in ihnen enthalten sind, erzielen.

Man könnte eine planmässige Besiedelung der Erde vornehmen, den an Naturschätzen reichen Ueberseeländern Arbeitskräfte zuführen und die übevölkerten Gebiete mancher Länder des alten Erdteils wie auch Indiens und Chinas erleichtern. Heute bedeutet ja die Auswanderung militärischen Kraftverlust für das Mutterland und stösst sich an tausend Widerständen in den jungen Ueberseeländern, die zum Teil auch infolge mangelhafter Verwaltung (Südamerika) nicht

*) Siehe die Tabelle in Frieds „Handbuch der Friedensbewegung“, S. 56.

**) Letztes Jahr, von dem Fried präzise Angaben macht.

entsprechende Vorbedingungen für rasches und erfolgreiches Einleben der Einwanderer bieten. Die internationalen Verwaltungsbehörden könnten dem abhelfen.

Bei Wegfall jener militärischen Gesichtspunkte, die heute noch viele Länder veranlassen, Deckung ihres Eigenbedarfes an unentbehrlichen Lebensbedürfnissen auf ihrem eigenen Boden anzustreben, könnte die wirtschaftliche Arbeitsteilung der Erde noch weit vollkommener entwickelt, könnte jede Produktion auf wirklich jenem Boden angesiedelt werden, der ihr geologisch, klimatisch und verkehrstechnisch die günstigsten Bedingungen bietet. Der wirtschaftliche Reichtum der Menschheit liesse sich so ganz gewaltig erweitern und aus dieser Quelle, wie aus der der verminderten Rüstungsausgaben könnten Mittel fließen, welche es gestatteten, den Wohlstand heischenden proletarischen Massen in hohem Grade entgegenzukommen und dabei doch alle erworbenen Rechte der besitzenden Klassen in weitem Ausmasse zu schonen, der geistigen Arbeit auch weiterhin eine bevorzugte Entlohnung zuzuweisen. Die Bedingungen für die Lösung der sozialen Frage im engern Sinn des Wortes würden so auch wesentlich verbessert.

Durch die erweiterte wirtschaftliche Arbeitsteilung der Erde würde zugleich die Entwicklung der Menschheit zu einem vollkommenen Organismus um ein Grosses gefördert und gerade hierin lägen in reger Wechselbeziehung wieder neue Triebkräfte für die Ausgestaltung der internationalen Organe, für stets schärfere Ausprägung und Leistungsfähigkeit des grossen erdbeherrschenden sozialen Organismus.

All dies würde auch eine stets regere Wechselbeziehung der geistigen Zentren und Kulturen ermöglichen und zum Aufbau einer synthetischen Weltkultur führen, welche die vorzüglichsten Züge aller Nationalkulturen in sich vereinigen würde, unbeschadet dessen, dass die trotz alledem differenzierten klimatischen und Rasseverhältnisse auf dem Boden dieser Weltkultur eigenartige Linien nationaler Gesittung, die sich vor allem in der Kunst spiegelten, weiterbestehen liesse. Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse schlossen sich allüberall dem Beispiel der fortschrittlichsten Länder an, die Wissenschaft und Technik würden in ihrem Siegeszuge weiterstürmen ... und gegen all dies kann auch von vernünftigem nationalem Gesichtspunkt nichts eingewandt werden. Der Differenzierung in jenen geistigen und seelischen Beziehungen, wo sie Reiz besitzt und Köstliches zu schaffen vermag, wäre auch in Zukunft keine Schranke in den Weg gelegt.

* * *

Wir stehen also vor der Möglichkeit, eine grosse historische, ja, mehr als das, biologische Entwicklung zu vollenden.

Die Menschheit besass in der Vergangenheit keinerlei Züge eines wahren, in sich geschlossenen Organismus, ihre Völker waren zersplittert und sich selbst genügend (siehe das II. Kapitel dieser Studie). Später hat dann, wie wir im III. Kapitel gesehen haben, eine stets engere Beziehung der Völker zueinander und eine wachsende Arbeitsteilung eingesetzt. Dieser an sich segensvollen Entwicklung entsprach jedoch nicht die Ausbildung entsprechender Organe für Regelung all der so erwachsenden Gemeinschaftsinteressen, für Ausgleich der so geschaffenen Reibungsflächen und Konflikte. (Siehe das IV. Kapitel dieser

Studie.) So hat gerade die Internationalisierung der Erde erhöhte Gefahr der Unruhe, erweiterte Form der Konflikte mit sich gebracht; die im verschieden raschen Wachstum der Arbeitsteilung und innern Wechselbeziehung der Menschheit einerseits, der entsprechenden Organe andererseits begründete Ungleichmässigkeit im menschheitlichen Organismus hat zu einer wahren Krise in seinem Schosse geführt.

Der Weltkrieg hat viele Zusammenhänge zerrissen. Führt er nicht durch den Rückschlag seiner grossen Verluste zu einem Aufbäumen der sozialen Intelligenz und zu bewusstem Schaffen der notwendigen Organe, so mag die Krankheit noch weiter gesteigert und ihre Heilung für lange hinausgeschoben werden. Gelingt es aber, aus der erschütternden Erkenntnis all des an den gemeinschaftlichen Interessen der Menschheit begangenen Raubbaus ein Zentrum für Menschheitsbewusstsein, planmässige Wahrung der Menschheitsinteressen und planmässige Selbstvervollkommnung der Menschheit hervorzulassen (wovon wir im VI. Kapitel näher gesprochen haben); gelingt es weiter, jene Organe internationaler Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz auszubilden, nach denen das reale Leben schreit (siehe die Ausführungen im VII., VIII. und IX. Kapitel), dann mag die Krise zu ihrer wahren organischen Lösung gelangen.

Die Menschheit war ehemals mehr oder minder eine blosser Abstraktion, sie ist später ungleichmässig entwickelter, von einander widerstrebenden Kräften zerrissener Organismus geworden, Zweckbewusstsein, diese (wie wir im I. Kapitel gesehen haben) entscheidende Befähigung jedes leistungsfähigen sozialen Organismus, fehlte ihr — erst heute ist die reale Möglichkeit zu harmonischer Vollendung gegeben.

Fast könnte man sagen, dass all dies erst die Geburtswehen eines wahren Organismus waren, dass die Geburt der Menschheit als einer wirklichen Einheit mit Eigenbewusstsein, Eigenwillen und ausgebildeten Organen für Regelung ihres kollektiven Eigenlebens erst ein Zukunftsproblem ist — ein Problem der nächsten Zukunft, das grösste, das bisher auf diesem Planeten zur Lösung gestellt wurde.

PAUL OTLET, DIREKTOR DES INTERNATIONALEN
BIBLIOGRAPHISCHEN INSTITUTS ZU BRÜSSEL UND
GENERALSEKRETÄR DES WELTVERBANDES INTER-
NATIONALER VEREINE: „GRUNDLAGEN DER FRIE-
DENSBEWEGUNG“.



Die gegenwärtige Lage wird vom Chaos der Ideen, vom Chaos der materiellen Entwicklung charakterisiert. Die geschichtlichen Kräfte gehen zügellos weiter. Alle Bande sind gelöst, heute Krieg zwischen den Völkern, morgen vielleicht Revolution im Innern der Staaten. Es gilt, zu bremsen. Es gilt, sich zu einem allgemeinen Ueberblick über die Völkerbeziehungen aufzuschwingen und die mögliche Synthese von Nationalismus und Internationalismus, die Grundlagen einer internationalen Ordnung des international gewordenen Lebens zu finden. Die Aufstellung einiger allgemeinen Regeln, welche das Gemeingut der Forscher mit neuen Gesichtspunkten verbinden und auf die man in der Diskussion stets wieder zurückkommen kann, mag die Erreichung dieses Zieles erleichtern.

I. Soziologische Grundlage des Problems.

a) Alle Gesellschaften sind Organismen. Der Friede ist ihr Gesundheitszustand, der Krieg ihr Krankheitszustand.

b) Zum Unterschiede von den rein biologischen Organismen können die Lebensbedingungen der Gesellschaften mehr und mehr vom bewussten Willen und der bewussten Handlung gewählt werden.

c) Die innere Politik der Staaten hat die Tendenz, vom reinen Instinktstadium mehr und mehr zu einer bewussten und geordneten Entwicklung überzugehen, welche einer Anwendung der soziologischen Wissenschaft gewissen Raum gibt. Die internationale Politik sollte in die gleiche Richtung gelenkt werden.

Es erscheint nicht möglich, mit solchen Personen zu diskutieren, die den Krieg als an sich höherwertig gegenüber dem Frieden betrachten oder die meinen, dass die soziale Entwicklung von ganz blinden Kräften beherrscht werde, denen man „es überlassen müsse, das Neue zu begründen“.

II. Die Ursachen des Krieges.

Um ein Uebel zu heilen, muss man seine Ursachen kennen. Diagnostische Behandlung ist notwendig. Der gegenwärtige Krieg ist, wenn wir weniger seine letzten Ursprünge als vielmehr den gegenwärtigen Stand seiner Entwicklung und seiner Fortführung im Auge behalten, nicht auf eine einzelne Ursache zurückzuführen, sondern auf eine Reihe von Ursachen, die nachstehend erörtert werden mögen.

a) Wirtschaftliche Ursachen: Behinderung wirtschaftlicher Ausbreitung durch Mangel an Kolonien und Abschliessung wirtschaftlicher Märkte und zwar als Folge protektionistischer Handelspolitik, illoyaler Konkurrenz, Exportprämien und „Dumping“, wie es von Trusts und Kartellen, die Zollschutz genießen, geübt wird.

b) Bevölkerungstechnische Ursachen: Rasches Anwachsen der Bevölkerung in gewissen Ländern, Schwierigkeit der Auswanderung, falsches Erfassen des Nationalinteresses derart, dass man den Verlust von Volksgenossen für den Militärdienst verhindern will.

c) Ethnologische Ursachen: Bedrückung von Volksschichten infolge einer gegen ihren Willen vorgenommenen Annexion. Entnationalisierung durch Gewalttätigkeit und Zwang; willkürliche Gruppierung von Bevölkerungen unter der Herrschaft gewisser ausländischer Regierungen; Unterdrückung der Minoritäten durch die Majoritäten; übertriebener Zentralismus, der sich der Selbstverwaltung entgegenstemmt.

d) Juridische Ursachen: Fehlen eines Rechtssystems, um die internationalen Beziehungen zu regeln, eines Rechtssystems, wie es für Regelung aller anderen Beziehungen (Einzelpersonen und Gesellschaften innerhalb des Staates, Staaten, die einen höhern Verband bilden unter einander) bestehen. Straflosigkeit der Vertragsverletzung, vager Charakter des Völkerrechtes, das durch internationale Verträge unvollständig geordnet und im übrigen der Willkür und der zufälligen ungeordneten Arbeit der Theoretiker überlassen bleibt.

e) Politische Ursachen: Falsche Auffassung der auswärtigen Politik, die sich von falschen Machtzielen leiten lässt und dabei sachliche Zusammenarbeit ausseracht lässt; Staatenehrgeiz und Eroberungswünsche, Existenz autokratischer Regierungen, die im Kriege Ableitung für innere Schwierigkeiten suchen. Offensive und defensive Bündnisse. Missbrauch geheimer Verträge.

f) Militärische Ursachen: Schraube ohne Ende der Rüstungen, die in die Hände von wenigen, ohne entsprechendes Gegengewicht und ohne entsprechende Kontrolle, eine gewaltige Macht legt, die zu gebrauchen sie allzu leicht veranlasst sein mögen. Entwicklung des Militarismus, der die öffentliche Meinung beherrscht, entgegen dem natürlichen Mechanismus der Einrichtungen, welcher die Leitung der Armee nach politischen Gesichtspunkten und nicht die der Politik nach militärischen Gesichtspunkten fordert.

g) Moralische Ursachen: Ethische Mängel; Schulerziehung mit Zielsetzung einer primitiven Form des Patriotismus, die im Hass der Nachbarvölker und nicht in der Liebe des eigenen Volkes gipfelt; ungesunde Ausbeutung der Leidenschaften durch die Presse.

III. Heilmittel für diese Kriegsursachen.

Die Heilung dieser Uebel darf nicht in irgendwelchem Allheilmittel, sondern muss in einer Gesamtheit von Massregeln, die den einzelnen Ursachen des Krieges entsprechen, bestehen. Es gilt, die internationalen Beziehungen wieder aufzurichten oder vielleicht richtiger, sie erstmalig zu organisieren. Die Ordnung muss auf die Anarchie folgen. Eine Weltverfassung ist auszuarbeiten, welche die Prinzipien der Beziehungen zwischen den Staaten aufstellt und die entsprechenden Behörden errichtet, um die Anwendung dieser Prinzipien zu gewährleisten. Diese Weltverfassung hat entsprechende Abwehr gegenüber jeder der sieben oben erwähnten Reihen von Kriegsursachen vorzukehren.

1. Wirtschaftliche Ursachen: Handelsfreiheit, zu mindest in den Kolonien.

2. Bevölkerungstechnische Ursachen: Internationales Bürgerrecht, Gleichheit der Berechtigungen für jedes Individuum in jedem Lande.

3. Ethnologische Ursachen: Unabhängigkeit oder doch Selbstverwaltung der Nationalitäten. Weder Annexions- noch Eroberungsrechte. Schutz der Minderheiten.

4. Juridische Kriegsursachen: Internationaler Staatenverband; internationales Parlament (Umwandlung der Haager Konferenzen); internationale Justiz (Schiedsgerichtshof, ordentliches Gericht, Enquête und Untersuchungskommission); Exekutivgewalt (Staatenrat, Kommission für Besorgung internationaler öffentlicher Dienste); internationale Waffengewalt, zusammengesetzt aus Staatskontingenten unter der Leitung eines internationalen Generalstabs.

5. Politische Kriegsursachen: Zusammenarbeit der Staaten; Ausdehnung der demokratischen Regierungsform; erweitertes Männer- und Frauenstimmrecht; demokratische Kontrolle der auswärtigen Politik; Unterdrückung der Bündnisse und der geheimen Verträge.

6. Militärische Kriegsursachen: Wesentliche Herabsetzung der Militärmacht und Verwendung des Grossteils der derzeitigen Militärbudgets für Volkserziehung und Volkswohlfahrt.

7. Moralische Kriegsursachen: Schul- und Pressreform; Strafgesetz für Schutz der Weltverfassung, ihrem Geist und ihrem Buchstaben nach.

IV. Mittel, um diese Ziele zu erreichen.

1. Privates Vorgehen.

a) Wissenschaftliche Erfassung der Kriegsursachen und der ihnen entsprechenden Heilmittel.

b) Propaganda und Entwicklung der öffentlichen Meinung.

c) Zusammenfassung aller Bestrebungen für einen Dauerfrieden in einem Zentralverband, der von allen beauftragt wird, ihr Mindestprogramm den Mächten zu überreichen.

2. Einflussnahme der neutralen Staaten. Sofortiger Zusammentritt einer ständigen Kommission der Neutralen, die sich ständig bemüht, eine Grundlage für entsprechende Vermittlung zu finden, ohne im übrigen vorher Abschluss eines Waffenstillstandes zu fordern und die sich bemühen würde, den Kriegführenden Vorschläge für einen organisch aufgebauten Frieden und für möglichste Vereinigung ihrer Wünsche zu unterbreiten.

3. Allgemeines Vorgehen der Regierungen. Einberufung zur Zeit des Friedensschlusses von zwei Kongressen:

a) einem Kongress der Kriegführenden, die untereinander die Land- und Finanzfragen regeln;

b) einem allgemeinen Kongress sämtlicher neutralen und kriegführenden Staaten, der die Funktion einer konstituierenden Versammlung erfüllt und die Weltverfassung ausarbeitet.



